

Busch / Schöller / Seelow

Weltmarkt und Weltwährungs- krise

HERAUSGEBER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Busch / Schöller / Seelow

**WELTMARKT
UND
WELTWÄHRUNGSKRISE**

ALS MANUSKRIFT GEDRUCKT

1971

HERAUSGEBER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Rusch - Scholler - Seelow

WELTMARKT
UND
WELTWAHRUNGSKRISE

WELTWAHRUNGSKRISE

Herstellung und Vertrieb
Margret Kuhlmann
28 Bremen 1, Postfach 1641

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	Seite 7
1. Weltmarkt als Resultat der kapitalistischen Produktionsweise	Seite 9
1.1. Immanente Tendenz des Kapitals zu schrankenloser Akkumulation	Seite 9
1.2. Zusammenhang von Zirkulations- und Verwertungsprozeß	Seite 10
1.2.1. Möglichkeit der Krise	Seite 11
1.2.2. Wirklichkeit der Krise	Seite 11
1.2.2.1. Widerspruch von Produktion und Konsumtion	Seite 12
1.2.2.2. Disproportionale Entwicklung	Seite 12
1.3. Weltmarkt als Bewegungsform der Gesetzmäßigkeiten und Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise	Seite 13
2. Ungleichmäßige Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen	Seite 15
2.1. Ungleichmäßige Entwicklung innerhalb einer Nation	Seite 15
2.2. Ungleichmäßige Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen	Seite 17
3. Ungleichmäßige Entwicklung und die Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt	Seite 19
3.1. Wertgesetz im nationalen Rahmen	Seite 19
3.1.1. Doppelte Bestimmung von gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit	Seite 19
3.1.2. Marktwert und Marktpreis	Seite 22
3.2. Wertgesetz auf dem Weltmarkt	Seite 24
3.2.1. Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt	Seite 25
3.2.2. Diskussion über Weltdurchschnittsprofitrate und Weltproduktionspreis	Seite 31
3.2.3. Ungleicher Tausch auf dem Weltmarkt	Seite 31

4.	Weltgeld und Weltwährungssystem	Seite 34
4.1.	Formen und Funktion des Geldes	Seite 34
4.1.1.	Geld als Maß der Werte und als Maßstab der Preise	Seite 36
4.1.2.	Geld als Zirkulationsmittel	Seite 36
4.1.3.	Geld als Geld	Seite 37
4.1.3.1.	Geld als Schatz	Seite 37
4.1.3.2.	Geld als Zahlungsmittel	Seite 37
4.1.4.	Weltgeld	Seite 38
4.2.	Zahlungsbilanz und ihre Bestandteile	Seite 39
4.3.	Wechselkurs und Devisenmarkt	Seite 43
4.3.1.	Devisenmarkt	Seite 43
4.3.2.	Kaufkraftparitätentheorie	Seite 44
4.3.3.	Wertgesetz und Wechselkurse	Seite 45
4.4.	Geschichte und heutige Struktur des Weltwährungssystems	Seite 47
4.4.1.	Goldstandard	Seite 47
4.4.1.1.	Goldkernwährung	Seite 48
4.4.1.2.	Golddevisenwährung	Seite 49
4.4.2.	System von Bretton Woods	Seite 50
4.4.2.1.	Formen des Weltgeldes im Bretton-Woods-System	Seite 50
4.4.2.2.	System fester Wechselkurse	Seite 51
4.4.2.3.	Funktionen des IWF	Seite 52
4.4.2.4.	Sonderziehungsrechte	Seite 53
4.4.2.5.	Weitere Formen der internationalen Währungskooperation	Seite 53
4.5.	Ungleichmäßige Entwicklung auf dem Weltmarkt und Zahlungsbilanzmechanismen	Seite 54
4.5.1.	Goldmengen-Preis-Mechanismus	Seite 54
4.5.2.	Wechselkursmechanismus	Seite 58
5.	Ungleichmäßige Entwicklung zwischen den USA, Westeuropa und Japan	Seite 60
5.1.	Ungleichmäßige Entwicklung der nationalen Kapitale bis zum 2. Weltkrieg	Seite 60
5.2.	Ungleichmäßige Entwicklung der nationalen Kapitale vom 2. Weltkrieg bis zur Gründung der EWG	Seite 63
5.3.	Verhältnis zwischen den USA, Westeuropa und Japan in den 60er Jahren	Seite 66

5.3.1.	Entwicklung der EWG	Seite 66
5.3.2.	Entwicklung Japans	Seite 71
5.3.3.	Ungleichmäßige Entwicklung zwischen den USA, Westeuropa und Japan in den 60er Jahren	Seite 76
5.3.4.	Ungleichmäßige Entwicklung der Währungskrisen in den 60er Jahren	Seite 78
6.	Die Dollarkrise 1971	Seite 81
6.1.	Problematik der Leitwährung	Seite 81
6.2.	US-Zahlungsbilanz	Seite 82
6.2.1.	Daten zur Entwicklung der US-Zahlungsbilanz	Seite 82
6.2.2.	Programme zur Sanierung der US-Zahlungsbilanz	Seite 84
6.2.3.	Bretton-Woods-System und US-Imperialismus	Seite 84
6.3.	Die wirtschaftliche Situation der USA am Vorabend der Krise	Seite 86
6.4.	Maßnahmen Präsident Nixons	Seite 88
6.5.	Währungspolitische Konsequenzen	Seite 90
6.6.	Reaktionen in den USA	Seite 92
6.6.1.	Auswirkungen für die nationale Wirtschaftspolitik	Seite 92
6.6.2.	Auswirkungen auf die internationale Stellung der USA	Seite 93
6.7.	Reaktionen einzelner Länder	Seite 94
6.7.1.	Die BRD	Seite 94
6.7.2.	Frankreich	Seite 95
6.7.3.	Die EWG	Seite 96
6.7.4.	Japan	Seite 97
6.8.	Notwendigkeit der Anpassung der Wechselkurse	Seite 97
7.	Reformpläne und Tendenzen zur Neuordnung des Weltwährungssystems	Seite 99
7.1.	Rückkehr zum reinen Goldstandard	Seite 99
7.2.	Flexible Wechselkurse	Seite 100
7.3.	Verfeinerung des Bretton-Woods-Systems	Seite 100
7.4.	Perspektiven des Weltwährungssystems	Seite 101
	Anmerkungen	Seite 105

Einleitung

Aus den Diskussionen, die anlässlich der Dollar-Krise geführt werden, läßt sich entnehmen, daß sowohl bürgerliche Ökonomen wie auch Marxisten unklare Vorstellungen über die Ursachen von Währungskrisen haben.

Die bürgerlichen Ökonomen begreifen die Währungskrisen nur als Zirkulationskrisen, die aus den strukturellen Mängeln des Systems von Bretton Woods hervorgehen. Ihre Verworrenheit und Oberflächlichkeit wird aus der Palette von widersprüchlichen Reformvorschlägen deutlich, die von der Forderung nach einer Demonetisierung des Goldes bis hin zur Wiedereinführung des reinen Goldstandards reichen. Auch die Versuche marxistischer Theoretiker, die Weltwährungskrisen zu erklären, sind unserer Meinung nach unzureichend.

In den uns bekannten Arbeiten wird nicht der Versuch unternommen, die Währungskrisen methodisch richtig von der Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt abzuleiten; vielmehr sehen die meisten Marxisten die Ursachen der Weltwährungskrisen im Niedergang des US-Imperialismus oder noch allgemeiner im »Zerfallsprozeß des Imperialismus«, ohne dies allerdings auch nur annäherungsweise theoretisch ableiten und empirisch belegen zu können.

In der vorliegenden Arbeit wird der Versuch unternommen, die Währungskrisen aus der Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt zu erklären. Daraus ergibt sich folgender Aufbau der Arbeit:

Im *Teil 1* wird entwickelt, daß die kapitalistische Produktionsweise mit Notwendigkeit den Weltmarkt herstellen muß. Auf dem Weltmarkt stoßen die nationalen Kapitale in scharfer Konkurrenz aufeinander, weil der Weltmarkt für sie Lösungsform ihrer nationalen Reproduktionskrisen ist.

In *Teil 2 und 3* wird gezeigt, daß auf Grund der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen sich noch keine durchschnittliche Intensität der Arbeit im internationalen Rahmen hergestellt hat und deshalb das Wertgesetz auf dem Weltmarkt sich nur modifiziert durchsetzen kann. Die Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt findet in den festen Wechselkursen des Systems von Bretton Woods ihre Bewegungsform, weshalb der Schlüssel zur Erklärung der Krisen im heutigen Weltwährungssystem in den Auswirkungen der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen und der darin bedingten Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt zu sehen ist.

Im *Teil 4* wird zunächst das Weltgeld abgeleitet und die Geschichte sowie die heutige Struktur des Weltwährungssystems dargestellt, um daran anschließend die konkreten Mechanismen zu beschreiben, in denen sich das Wertgesetz in den verschiedenen Währungssystemen bewegt (Geldmengen-Preis-Mechanismus, Wechselkursmechanismus).

In den *Teilen 5 und 6* wird die ungleichmäßige Entwicklung auf dem Weltmarkt anhand des Verhältnisses zwischen den USA, Westeuropa und Japan insbesondere in den 60'er Jahren konkretisiert. Ergebnis ist, daß sich die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den USA, Westeuropa und Japan in den 60'er Jahren derart verschärft hat, daß die Anpassung der Wechselkurse an die Verschiebungen in der Stufenleiter der universellen Arbeit die Form einer Krise im Weltwährungssystem annehmen muß. Auch die Dollarkrise 1971 wird als ein solcher Anpassungsprozeß analysiert. Die Besonderheit der augenblicklichen Weltwährungskrise wird darin gesehen, daß sich die ungleichmäßige Entwicklung gegen das Leitwährungsland selber gewendet hat.

Im *Teil 7* werden die Reformvorschläge bürgerlicher Ökonomen zur Neuordnung des Weltwährungssystems vorgestellt. Aus unseren theoretischen Überlegungen deuten wir gleichzeitig mögliche Perspektiven der kapitalistischen Weltwährungsordnung an.

Die vorliegende Arbeit untersucht die Auswirkungen der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen auf das Weltwährungssystem. Wir erheben nicht den Anspruch, den krisenhaften und zyklischen Verlauf des Akkumulationsprozesses des Kapitals auf Weltebene zu diskutieren. Deshalb fällt es außerhalb unserer Betrachtung, etwa die gegenwärtige Weltwährungskrise als Vorläufer einer allgemeinen Weltwirtschaftskrise zu interpretieren.

Busch/Schöller/Seelow

Berlin, September / Oktober 1971

1. Weltmarkt als Resultat der kapitalistischen Produktionsweise

1.1. Immanente Tendenz des Kapitals zu schrankenloser Akkumulation

Die allgemeine Formel des Kapitals, wie sie unmittelbar in der Zirkulationssphäre erscheint, ist $G - W - G'$. Diese Formel ist insofern allgemeine Formel des Kapitals, als sie als allgemeines Ziel des Kreislaufprozesses die Vermehrung des Werts (G) um ein Inkrement (Mehrwert) angibt. Ziel dieses Tauschvorganges ist nicht der Gebrauchswert, wie in der einfachen Warenproduktion, die sich in der Kreislaufform $W - G - W$ darstellt, sondern der Tauschwert, bzw. dessen Vermehrung:

«Die einfache Warenzirkulation — der Verkauf für den Kauf — dient zum Mittel für einen außerhalb der Zirkulation liegenden Endzweck, die Aneignung von Gebrauchswerten, die Befriedigung von Bedürfnissen. Die Zirkulation des Geldes als Kapital ist dagegen Selbstzweck, denn die Verwertung des Werts existiert nur innerhalb dieser stets erneuerten Bewegung. Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos.»¹

Diese Verwertung des Werts ist nicht aus der Zirkulationssphäre erklärbar, da die Zirkulation Geld — Ware — Geld nur die Formverwandlung des Wertes ausdrückt, nicht aber Quelle des Werts und seiner Vermehrung sein kann. Die Ursache der Vermehrung des Werts ist vielmehr in der Produktionssphäre zu suchen, in der die Kapitalistenklasse sich einen Teil des Arbeitstages der Arbeiterklasse, die unbezahlte Mehrarbeit, aneignet. Diese unbezahlte Mehrarbeit ist die Quelle des Mehrwerts und Voraussetzung der Verwertung des Kapitals. Daraus ist als Ziel der Kapitalistenklasse die permanente Ausdehnung der Mehrarbeit abzuleiten. Da jedoch durch die Normalisierung des Arbeitstages (8-Stundentag) die Ausdehnung der Mehrarbeit über eine Verlängerung des Arbeitstages historisch begrenzt ist, bleibt der Kapitalistenklasse als einziger Ausweg, über die Steigerung von Produktivität und Intensität der Arbeit den Anteil der notwendigen Arbeit am Gesamtarbeitstag zu verkürzen und damit die Mehrwertproduktion zu steigern. Dieser immanente Zwang des Kapitals, durch eine Steigerung von Produktivität und Intensität der Arbeit die Mehrwertproduktion zu steigern, wird dem Einzelkapital als Zwangsgesetz der Konkurrenz äußerlich aufgeherrscht:

Die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit eines Einzelkapitalisten hat zunächst zur Folge, daß dieser über eine außerordentliche Produktivkraft verfügende Kapitalist einen Extramehrwert erzielt, weil der individuelle Wert seiner Ware unter dem gesellschaftlichen Wert der Waren in derselben Branche liegt, er aber zum gesellschaftlichen Wert verkauft. Da der Kapitalist, der über eine überdurchschnittliche Produktivkraft verfügt, weniger Arbeitszeit zur Herstellung einer Ware aufwendet, als gesellschaftlich notwendig ist, bietet sich ihm die Möglichkeit, seine Waren unter ihrem gesellschaftlichen Wert zu verkaufen, um damit seine Konkurrenten wenigstens teilweise aus dem Markt zu drängen. Diese sind deshalb bei Strafe des Unterganges gezwungen, die Produktivkraft der Arbeit ebenfalls zu steigern, was zur Fol-

ge hat, daß der Extramehrwert des Einzelkapitalisten schwindet; jedoch hat sich durch diesen Prozeß die Mehrwert- bzw. Ausbeutungsrate für die gesamte Kapitalistenklasse erhöht, sofern die im Preis gesunkenen Waren dieser Branche in die Reproduktion der Ware Arbeitskraft eingehen.

Aus dem bisher gesagten ergibt sich die allgemeine Tendenz des Kapitals vermittels des Konkurrenzzwanges permanent die Produktivkraft der Arbeit und damit die Akkumulation des Kapitals zu steigern, d. h. das Kapital verwertet sich zwanghaft auf stets erweiterter Stufenleiter. Marx faßt diese Tendenz wie folgt zusammen:

»Nur als Personifikation des Kapitals ist der Kapitalist respektabel. Als solcher teilt er mit dem Schatzbildner den absoluten Bereicherungstrieb. Was aber bei diesem als individuelle Manie erscheint, ist beim Kapitalisten Wirkung des gesellschaftlichen Mechanismus, worin er nur ein Triegrad ist. Außerdem macht die Entwicklung der kapitalistischen Produktion eine fortwährende Steigerung des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals zur Notwendigkeit, und die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf. Sie zwingt ihn, sein Kapital fortwährend auszuweiten, um es zu erhalten, und ausweiten kann er es nur vermittels progressiver Akkumulation!«² »Akkumuliert, akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!... Akkumulation um der Akkumulation, Produktion um der Produktion willen, in dieser Formel sprach die klassische Ökonomie den historischen Beruf der Bourgeoisperiode aus.«³

1.2. Zusammenhang von Zirkulations- und Verwertungsprozeß

Bis hierher wurde die Tendenz des Kapitals zur Reproduktion auf stets erweiterter Stufenleiter aus dem Verwertungstrieb unter der Konkurrenz der Kapitale in der Annahme abgeleitet, »daß das Kapital seinen Zirkulationsprozeß in normaler Weise durchläuft.«⁴

Dabei blieb unberücksichtigt, daß Produktion und Verwertung des Kapitals keine *unmittelbare* Einheit bilden, diese vielmehr an äußerliche Bedingungen geknüpft ist. Die unmittelbare Einheit von Produktion und Verwertung ist im Produktionsprozeß nur als Möglichkeit gesetzt:

Die Verwertung des Kapitals hat im Produktionsprozeß schon insofern stattgefunden, als es sich unbezahlte Mehrarbeit angeeignet hat, diese ist jedoch in Waren vergegenständlicht, die erst die Formverwandlung in Geld vollziehen müssen, ehe der Wert dem Kapitalisten als verwerteter Wert zurückfließen kann. Der Kapitalist hat sein Kapital erst dann verwertet, wenn das vorgeschossene Geldkapital den Produktionsprozeß durchlaufen hat und, nachdem es dort mit Mehrwert angereichert wurde, wieder zu ihm als Geldkapital plus einem Inkrement zurückgeflossen ist. Die Verwertung des Kapitals, dessen Basis die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit im Produktionsprozeß ist, ist also an die Zirkulation als äußerlicher Bedingung gebunden. Dieser Kreislaufprozeß des industriellen Kapitals — der als gesamter die Verwertung des Kapitals beschreibt — hat die Form: $G - W \dots P \dots W' - G'$.

1. Weltmarkt als Resultat der kapitalistischen Produktionsweise

1.1. Immanente Tendenz des Kapitals zu schrankenloser Akkumulation

Die allgemeine Formel des Kapitals, wie sie unmittelbar in der Zirkulationssphäre erscheint, ist $G - W - G'$. Diese Formel ist insofern allgemeine Formel des Kapitals, als sie als allgemeines Ziel des Kreislaufprozesses die Vermehrung des Werts (G) um ein Inkrement (Mehrwert) angibt. Ziel dieses Tauschvorganges ist nicht der Gebrauchswert, wie in der einfachen Warenproduktion, die sich in der Kreislaufform $W - G - W$ darstellt, sondern der Tauschwert, bzw. dessen Vermehrung:

»Die einfache Warenzirkulation — der Verkauf für den Kauf — dient zum Mittel für einen außerhalb der Zirkulation liegenden Endzweck, die Aneignung von Gebrauchswerten, die Befriedigung von Bedürfnissen. Die Zirkulation des Geldes als Kapital ist dagegen Selbstzweck, denn die Verwertung des Werts existiert nur innerhalb dieser stets erneuerten Bewegung. Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos.«¹

Diese Verwertung des Werts ist nicht aus der Zirkulationssphäre erklärbar, da die Zirkulation $Geld - Ware - Geld$ nur die Formverwandlung des Wertes ausdrückt, nicht aber Quelle des Werts und seiner Vermehrung sein kann. Die Ursache der Vermehrung des Werts ist vielmehr in der Produktionssphäre zu suchen, in der die Kapitalistenklasse sich einen Teil des Arbeitstages der Arbeiterklasse, die unbezahlte Mehrarbeit, aneignet. Diese unbezahlte Mehrarbeit ist die Quelle des Mehrwerts und Voraussetzung der Verwertung des Kapitals. Daraus ist als Ziel der Kapitalistenklasse die permanente Ausdehnung der Mehrarbeit abzuleiten. Da jedoch durch die Normalisierung des Arbeitstages (8-Studentag) die Ausdehnung der Mehrarbeit über eine Verlängerung des Arbeitstages historisch begrenzt ist, bleibt der Kapitalistenklasse als einziger Ausweg, über die Steigerung von Produktivität und Intensität der Arbeit den Anteil der notwendigen Arbeit am Gesamtarbeitstag zu verkürzen und damit die Mehrwertproduktion zu steigern. Dieser immanente Zwang des Kapitals, durch eine Steigerung von Produktivität und Intensität der Arbeit die Mehrwertproduktion zu steigern, wird dem Einzelkapital als Zwangsgesetz der Konkurrenz äußerlich aufgeherrscht:

Die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit eines Einzelkapitalisten hat zunächst zur Folge, daß dieser über eine außerordentliche Produktivkraft verfügende Kapitalist einen Extramehrwert erzielt, weil der individuelle Wert seiner Ware unter dem gesellschaftlichen Wert der Waren in derselben Branche liegt, er aber zum gesellschaftlichen Wert verkauft. Da der Kapitalist, der über eine überdurchschnittliche Produktivkraft verfügt, weniger Arbeitszeit zur Herstellung einer Ware aufwendet, als gesellschaftlich notwendig ist, bietet sich ihm die Möglichkeit, seine Waren unter ihrem gesellschaftlichen Wert zu verkaufen, um damit seine Konkurrenten wenigstens teilweise aus dem Markt zu drängen. Diese sind deshalb bei Strafe des Unterganges gezwungen, die Produktivkraft der Arbeit ebenfalls zu steigern, was zur Fol-

ge hat, daß der Extramehrwert des Einzelkapitalisten schwindet; jedoch hat sich durch diesen Prozeß die Mehrwert- bzw. Ausbeutungsrate für die gesamte Kapitalistenklasse erhöht, sofern die im Preis gesunkenen Waren dieser Branche in die Reproduktion der Ware Arbeitskraft eingehen.

Aus dem bisher gesagten ergibt sich die allgemeine Tendenz des Kapitals vermittle des Konkurrenzzwanges permanent die Produktivkraft der Arbeit und damit die Akkumulation des Kapitals zu steigern, d. h. das Kapital verwertet sich zwanghaft auf stets erweiterter Stufenleiter. Marx faßt diese Tendenz wie folgt zusammen:

»Nur als Personifikation des Kapitals ist der Kapitalist respektabel. Als solcher teilt er mit dem Schatzbildner den absoluten Bereicherungstrieb. Was aber bei diesem als individuelle Manie erscheint, ist beim Kapitalisten Wirkung des gesellschaftlichen Mechanismus, worin er nur ein Triebrad ist. Außerdem macht die Entwicklung der kapitalistischen Produktion eine fortwährende Steigerung des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals zur Notwendigkeit, und die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanente Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf. Sie zwingt ihn, sein Kapital fortwährend auszuweihen, um es zu erhalten, und ausdehnen kann er es nur vermittle progressiver Akkumulation!«² »Akkumuliert, akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!... Akkumulation um der Akkumulation, Produktion um der Produktion willen, in dieser Formel sprach die klassische Ökonomie den historischen Beruf der Bourgeoisperiode aus.«³

1.2. Zusammenhang von Zirkulations- und Verwertungsprozeß

Bis hierher wurde die Tendenz des Kapitals zur Reproduktion auf stets erweiterter Stufenleiter aus dem Verwertungstrieb unter der Konkurrenz der Kapitale in der Annahme abgeleitet, »daß das Kapital seinen Zirkulationsprozeß in normaler Weise durchläuft.«⁴

Dabei blieb unberücksichtigt, daß Produktion und Verwertung des Kapitals keine unmittelbare Einheit bilden, diese vielmehr an äußerliche Bedingungen geknüpft ist. Die unmittelbare Einheit von Produktion und Verwertung ist im Produktionsprozeß nur als Möglichkeit gesetzt:

Die Verwertung des Kapitals hat im Produktionsprozeß schon insofern stattgefunden, als es sich unbezahlte Mehrarbeit angeeignet hat, diese ist jedoch in Waren vergegenständlicht, die erst die Formverwandlung in Geld vollziehen müssen, ehe der Wert dem Kapitalisten als verwerteter Wert zurückfließen kann. Der Kapitalist hat sein Kapital erst dann verwertet, wenn das vorgeschossene Geldkapital den Produktionsprozeß durchlaufen hat und, nachdem es dort mit Mehrwert angereichert wurde, wieder zu ihm als Geldkapital plus einem Inkrement zurückgeflossen ist. Die Verwertung des Kapitals, dessen Basis die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit im Produktionsprozeß ist, ist also an die Zirkulation als äußerlicher Bedingung gebunden. Dieser Kreislaufprozeß des industriellen Kapitals — der als gesamter die Verwertung des Kapitals beschreibt — hat die Form: $G - W \dots P \dots W' - G'$.

Die Einheit von Produktion und Verwertung ist hergestellt, wenn das den Mehrwert enthaltende Warenkapital (W') sich in Geldkapital von gleicher Wertgröße (G') verwandeln kann.

1.2.1. Möglichkeit der Krise

Bereits die formelle Analyse der einfachen Warenmetamorphose zeigt, daß die Formverwandlung ins Stocken geraten kann. Mit dem Übergang vom primitiven Produktentausch $W-W$ zur einfachen Warenzirkulation $W-G-W$, d. h. der Verdopplung der Ware in Ware und Geld, ist die Möglichkeit des Auseinanderklaffens von Kauf und Verkauf gegeben:

«Die Schwierigkeit, die Ware in Geld zu verwandeln, zu verkaufen, stammt bloß daher, daß die Ware in Geld, das Geld aber nicht unmittelbar in Ware verwandelt werden muß, also *Verkauf* und *Kauf* auseinanderfallen können. Wir haben gesagt, daß diese *Form* die *Möglichkeit der Krise* einschließt, d. h. die Möglichkeit, daß Momente, die zueinander gehören, die untrennbar sind, sich *zertrennen und daher gewaltsam vereint* werden, ihre Zusammengehörigkeit durch die Gewalt, die ihrer wechselseitigen Selbständigkeit angeht, durchgesetzt wird. Und weiter ist Krise nichts als die gewaltsame Geltendmachung der Einheit von Phasen des Produktionsprozesses, die sich gegeneinander verselbständigt haben.»⁶

1.2.2. Wirklichkeit der Krise

Ist in der einfachen Warenmetamorphose die Möglichkeit der Krise lediglich der Form nach angelegt, so führen erst die Gesetzmäßigkeiten und Widersprüche der kapitalistischen Warenproduktion dazu, daß die Möglichkeit zur Wirklichkeit der Krise wird.

Die in Teil 1.1 aufgezeigte Gesetzmäßigkeit des Kapitals, die Produktivkraft ins Maßlose zu steigern, zu akkumulieren um der Akkumulation willen, produziert aufgrund der Notwendigkeit, die Einheit von Produktion und Verwertung herzustellen, den Zwang, sowohl den produktiven als auch den konsumtiven Zirkel der Zirkulation auszudehnen. Marx beschreibt diesen doppelten Prozeß in den Grundrissen wie folgt:

«Eine Bedingung der auf dem Kapital basierten Produktion ist daher die *Produktion eines stets erweiterten Zirkels* der Zirkulation; sei es, daß der Kreis direkt erweitert wird oder daß mehr Punkte in demselben als Produktionspunkte geschaffen werden. Erschien die Zirkulation zunächst als gegebene Größe, so erscheint sie hier als bewegte und durch die Produktion selbst sich ausdehnende.»⁶

«Andererseits die Produktion von relativem Surpluswert, d. h. die auf Vermehrung und Entwicklung der Produktivkräfte gegründete Produktion von Surpluswert, erheischt Produktion neue Konsumtion; daß sich der konsumtive Zirkel innerhalb der Zirkulation ebenso erweitert, wie vorhin der produktive Zirkel.»⁷

Diese Notwendigkeit, den Zirkulationsprozeß entsprechend den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals auszudehnen, bricht sich an dem widersprüchlichen Charakter des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst. Die Ausdehnung des Zirkels der Zirkulation findet ihre Schranke einerseits an dem dem Kapital immanenten Widerspruch von unbegrenzter Steigerung der Produktivkraft und begrenzter Konsumtionskraft der Massen, andererseits an der Tendenz des Kapitals zur disproportionalen Entwicklung.

1.2.2.1. Widerspruch von Produktion und Konsumtion

Da das Kapital die Tendenz hat, die Surplusarbeit ins Maßlose zu steigern, folgt daraus die umgekehrte Tendenz, die notwendige Arbeit und damit die Konsumtionskraft der Massen aufs Äußerste zu begrenzen. Dies steht im Widerspruch dazu, daß dem Kapitalisten alle Arbeiter mit Ausnahme seiner eigenen nicht als Arbeiter, sondern als Konsumenten gegenüberstehen. Daraus ergibt sich, daß der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital einen Widerspruch von Gesamtkapital und Einzelkapital produziert:

Während dem Einzelkapital seine Arbeiter ausschließlich als Mehrwerterzeuger erscheinen, steht die Arbeiterklasse dem Gesamtkapital sowohl als Mehrwerterzeuger als auch als Konsument gegenüber. Marx beschreibt diesen Widerspruch in den Grundrissen wie folgt:

„Jeder Kapitalist weiß von seinem Arbeiter, daß er ihm gegenüber nicht als Produzent dem Konsumenten gegenübersteht und wünscht seinen Konsum, i. e. seine Tauschfähigkeit, sein Salair möglichst zu beschränken. Er wünscht sich natürlich die Arbeiter der *anderen* Kapitalisten als möglichst große Konsumenten *seiner* Ware. Aber das Verhältnis *jedes* Kapitalisten zu *seinen* Arbeitern ist das *Verhältnis überhaupt von Kapital und Arbeit*, das wesentliche Verhältnis.“⁸

Dieser Zwang des Kapitals, die Konsumtionsfähigkeit der Massen zu begrenzen, führt zusammen mit dem anderen Zwang, die Produktion um der Produktion willen zu steigern, zur relativen Überproduktion und damit zur Beschränkung des Verwertungstriebes des Kapitals. Die Begriffe Überproduktion, bzw. Unterkonsumtion sind insofern irreführend, als unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen verglichen mit den realen Bedürfnissen der Massen eher unter- als überproduziert wird. Weil aber der kapitalistische Produktionsprozeß gleichzeitig Verwertungsprozeß ist, kann hinsichtlich der Verwertungsbedürfnisse des Kapitals von Überproduktion an Waren gesprochen werden.⁹ Diesen Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise bezeichnet Marx als den letzten Grund der Krise:

„Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“¹⁰

1.2.2.2. Disproportionale Entwicklung

Der Zirkel der Zirkulation wird jedoch nicht nur durch den Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion eingeschränkt; er bricht sich an einer

Die Einheit von Produktion und Verwertung ist hergestellt, wenn das den Mehrwert enthaltende Warenkapital (W') sich in Geldkapital von gleicher Wertgröße (G') verwandeln kann.

1.2.1. Möglichkeit der Krise

Bereits die formelle Analyse der einfachen Warenmetamorphose zeigt, daß die Formverwandlung ins Stocken geraten kann. Mit dem Übergang vom primitiven Produktentausch $W-W$ zur einfachen Warenzirkulation $W-G-W$, d. h. der Verdopplung der Ware in Ware und Geld, ist die Möglichkeit des Auseinanderklaffens von Kauf und Verkauf gegeben:

„Die Schwierigkeit, die Ware in Geld zu verwandeln, zu verkaufen, stammt bloß daher, daß die Ware in Geld, das Geld aber nicht unmittelbar in Ware verwandelt werden muß, also *Verkauf und Kauf auseinanderfallen können*. Wir haben gesagt, daß diese *Form die Möglichkeit der Krise* einschließt, d. h. die Möglichkeit, daß Momente, die zueinander gehören, die untrennbar sind, sich zertrennen und daher gewaltsam vereint werden, ihre Zusammengehörigkeit durch die Gewalt, die ihrer wechselseitigen Selbständigkeit ange-tan wird, durchgesetzt wird. Und weiter ist Krise nichts als die gewaltsame Geltendmachung der Einheit von Phasen des Produktionsprozesses, die sich gegeneinander verselbständigt haben.“⁴

1.2.2. Wirklichkeit der Krise

Ist in der einfachen Warenmetamorphose die Möglichkeit der Krise lediglich der Form nach angelegt, so führen erst die Gesetzmäßigkeiten und Widersprüche der kapitalistischen Warenproduktion dazu, daß die Möglichkeit zur Wirklichkeit der Krise wird.

Die in Teil 1.1 aufgezeigte Gesetzmäßigkeit des Kapitals, die Produktivkraft ins Maßlose zu steigern, zu akkumulieren um der Akkumulation willen, produziert aufgrund der Notwendigkeit, die Einheit von Produktion und Verwertung herzustellen, den Zwang, sowohl den produktiven als auch den konsumtiven Zirkel der Zirkulation auszudehnen. Marx beschreibt diesen doppelten Prozeß in den Grundrissen wie folgt:

„Eine Bedingung der auf dem Kapital basierten Produktion ist daher die Produktion eines stets erweiterten Zirkels der Zirkulation; sei es, daß der Kreis direkt erweitert wird oder daß mehr Punkte in demselben als Produktionspunkte geschaffen werden. Erschien die Zirkulation zunächst als gegebene Größe, so erscheint sie hier als bewegte und durch die Produktion selbst sich ausdehnende.“⁶

„Andererseits die Produktion von relativem Surpluswert, d. h. die auf Vermehrung und Entwicklung der Produktivkräfte gegründete Produktion von Surpluswert, erheischt Produktion neue Konsumtion; daß sich der konsumtive Zirkel innerhalb der Zirkulation ebenso erweitert, wie vorhin der produktive Zirkel.“⁷

Diese Notwendigkeit, den Zirkulationsprozeß entsprechend den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals auszudehnen, bricht sich an dem widersprüchlichen Charakter des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst. Die Ausdehnung des Zirkels der Zirkulation findet ihre Schranke einerseits an dem dem Kapital immanenten Widerspruch von unbegrenzter Steigerung der Produktivkraft und begrenzter Konsumtionskraft der Massen, andererseits an der Tendenz des Kapitals zur disproportionalen Entwicklung.

1.2.2.1. Widerspruch von Produktion und Konsumtion

Da das Kapital die Tendenz hat, die Surplusarbeit ins Maßlose zu steigern, folgt daraus die umgekehrte Tendenz, die notwendige Arbeit und damit die Konsumtionskraft der Massen aufs Äußerste zu begrenzen. Dies steht im Widerspruch dazu, daß dem Kapitalisten alle Arbeiter mit Ausnahme seiner eigenen nicht als Arbeiter, sondern als Konsumenten gegenüberstehen. Daraus ergibt sich, daß der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital einen Widerspruch von Gesamtkapital und Einzelkapital produziert:

Während dem Einzelkapital seine Arbeiter ausschließlich als Mehrwertschöpfer erscheinen, steht die Arbeiterklasse dem Gesamtkapital sowohl als Mehrwertschöpfer als auch als Konsument gegenüber. Marx beschreibt diesen Widerspruch in den Grundrissen wie folgt:

»Jeder Kapitalist weiß von seinem Arbeiter, daß er ihm gegenüber nicht als Produzent dem Konsumenten gegenübersteht und wünscht seinen Konsum, i.e. seine Tauschfähigkeit, sein Salair möglichst zu beschränken. Er wünscht sich natürlich die Arbeiter der *anderen* Kapitalisten als möglichst große Konsumenten *seiner* Ware. Aber das Verhältnis *jedes* Kapitalisten zu *seinen* Arbeitern ist das Verhältnis überhaupt von Kapital und Arbeit, das wesentliche Verhältnis.«⁸

Dieser Zwang des Kapitals, die Konsumtionsfähigkeit der Massen zu begrenzen, führt zusammen mit dem anderen Zwang, die Produktion um der Produktion willen zu steigern, zur relativen Überproduktion und damit zur Beschränkung des Verwertungstriebes des Kapitals. Die Begriffe Überproduktion, bzw. Unterkonsumtion sind insofern irreführend, als unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen verglichen mit den realen Bedürfnissen der Massen eher unter- als überproduziert wird. Weil aber der kapitalistische Produktionsprozeß gleichzeitig Verwertungsprozeß ist, kann hinsichtlich der Verwertungsbedürfnisse des Kapitals von Überproduktion an Waren gesprochen werden.⁹ Diesen Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise bezeichnet Marx als den letzten Grund der Krise:

»Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.«¹⁰

1.2.2.2. Disproportionale Entwicklung

Der Zirkel der Zirkulation wird jedoch nicht nur durch den Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion eingeschränkt, er bricht sich an einer

weiteren Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise, der der disproportionalen Entwicklung. Der Verwertungstrieb des Kapitals und der dem Einzelkapital von außen durch die Konkurrenz aufgeherrschte Akkumulationszwang bewirken, daß sporadisch die Produktion einer Sphäre den reproduktiven Zusammenhang zwischen den nationalen Anlagesphären des Kapitals sprengt. Marx hat diese Tendenz zur disproportionalen Entwicklung und der daraus entspringenden Überproduktionstendenz des Kapitals am ausführlichsten in den Grundrissen entwickelt:

»Endlich: *proportionate production* (...) bloß wenn die Tendenz des Kapitals sich in richtigen Proportionen zu verteilen, so ebensoviele seine notwendige Tendenz — da es Surplusarbeit maßlos anstrebt, Surplusproduktivität, Surpluskonsum etc. — über die Proportion hinauszutreiben. In der Konkurrenz erscheint diese innere Tendenz des Kapitals als ein Zwang, der ihm von fremdem Kapital angetan wird und der es vorantreibt über die richtige Proportion mit beständigem *Marche, marche!*...

Die existierende Proportion muß immer aufgehoben werden durch das Schaffen von Surpluswerten und Vermehrung der Produktivkräfte. Diese Forderung aber, daß die Produktion *gleichzeitig und simultaneously* erweitert werden soll in *derselben Proportion*, legt äußerliche Forderungen an das Kapital, die keineswegs aus ihm selbst hervorgehen;«¹¹

Die so in doppelter Weise bestimmte Überproduktionstendenz des Kapitals, die die Notwendigkeit zur Ausdehnung der Zirkulation und damit die notwendige Einheit von Produktion und Verwertung permanent sprengt, beschreibt Marx im dritten Band des Kapitals zusammenfassend wie folgt:

»Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisierung sind nicht identisch. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander. Die einen sind nur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die anderen durch die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige und durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft. Diese letztere ist aber bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft noch durch die absolute Konsumtionskraft, sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert. (...) Der innere Widerspruch sucht sich auszugleichen durch Ausdehnung des äußeren Feldes der Produktion. Je mehr sich aber die Produktivkraft entwickelt, um so mehr gerät sie in Widerstreit mit der engen Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen.«¹²

1.3. Weltmarkt als Bewegungsform der Gesetzmäßigkeiten und Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise

Die Notwendigkeit, die Einheit von Produktion und Verwertung herzustellen, treibt das Kapital in seiner Entwicklung über den lokalen und nationalen Markt zum auswärtigen und Weltmarkt, weil es aufgrund der beschriebenen Überproduktionstendenzen diese Einheit im lokalen und nationalen Rahmen

nicht herstellen kann. Der auswärtige und Weltmarkt stellen also die Bewegungsformen der oben genannten Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise dar. Auf diese Art gelingt es dem Kapital, seine lokalen und nationalen Reproduktionsschwierigkeiten auf den auswärtigen und Weltmarkt zu verlagern: Erst jetzt wird verständlich, was Marx meint, wenn er im dritten Band des Kapital die Herstellung des Weltmarktes neben der Konzentration der Produktionsmittel und der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit als dritte Haupttatsache der kapitalistischen Produktionsweise benennt.¹³ Ebenso wird klar, weshalb Marx sagen kann, daß der Weltmarkt im Begriff des Kapitals selbst gegeben ist:

»Wie das Kapital daher einerseits die Tendenz hat, stets mehr Surplusarbeit zu schaffen, so die ergänzende mehr Austauschpunkte zu schaffen;.... au fond die auf dem Kapital basierte Produktion, oder die ihm entsprechende Produktionsweise zu propagieren. Die Tendenz, den *Weltmarkt* zu schaffen ist unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben.«¹⁴

Die Tendenz zur Reproduktion auf stets erweiterter Stufenleiter ist jedoch allen nationalen Kapitalen gemein, so daß alle nationalen Kapitale ihren Überproduktionstendenzen die Bewegungsform des auswärtigen und Weltmarktes zu geben bestrebt sind. Der auswärtige und Weltmarkt sind somit Lösungsformen für die nationalen Reproduktionskrisen und ihre Begrenzung zugleich, denn die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise in Gestalt der Überproduktionstendenzen werden auf dem auswärtigen und Weltmarkt nur auf stets erweiterter Stufenleiter reproduziert:

»Indessen, mit dem bloßen Zugeständnis, daß der Markt mit der Produktion sich erweitern muß, wäre andererseits auch schon wieder die Möglichkeit einer Überproduktion zugegeben, in dem der Markt äußerlich geographisch umschrieben ist, der inländische Markt als beschränkt erscheint gegen einen Markt, der inländisch und ausländisch ist, der letzte wieder gegen den Weltmarkt, der aber in jedem Augenblick wieder beschränkt ist, an sich der Erweiterung fähig.«¹⁵

Neben den beiden genannten Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise, die das Kapital zur Herstellung des Weltmarktes drängen, muß noch auf eine weitere immanente Tendenz des Kapitals hingewiesen werden, die die Tendenz zur Herstellung des Weltmarktes verschärft:

Das Kapital steht unter dem Zwang, sich in höchstmöglichem Maße zu verwerten, d. h. unter anderem, sein Warenkapital dort zu realisieren, wo es die höchsten Preise erzielt. Da der auswärtige und Weltmarkt für manche Anlagensphären des nationalen Kapitals günstigere Realisierungsbedingungen bietet als der lokale und nationale Markt, produzieren diese Kapitale von vornherein für den Weltmarkt. Der Weltmarkt ist deshalb nicht nur Resultat der Überproduktionstendenzen der nationalen Kapitale, sondern ebenso sehr als Resultat der dem Kapital immanenten Tendenz zur höchstmöglichen Verwertung anzusehen.

weiteren Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise, der der *disproportionalen Entwicklung*. Der Verwertungstrieb des Kapitals und der dem Einzelkapital von außen durch die Konkurrenz aufgeherrschte Akkumulationszwang bewirken, daß sporadisch die Produktion einer Sphäre den reproduktiven Zusammenhang zwischen den nationalen Anlagesphären des Kapitals sprengt. Marx hat diese Tendenz zur disproportionalen Entwicklung und der daraus entspringenden Überproduktionstendenz des Kapitals am ausführlichsten in den Grundrissen entwickelt:

»Endlich: *proportionate production* (...) bloß wenn die Tendenz des Kapitals sich in richtigen Proportionen zu verteilen, so ebensowohl seine notwendige Tendenz — da es Surplusarbeit maßlos anstrebt, Surplusproduktivität, Surpluskonsum etc. — über die Proportion hinauszutreiben. In der Konkurrenz erscheint diese innere Tendenz des Kapitals als ein Zwang, der ihm von fremdem Kapital angetan wird und der es vorantreibt über die richtige Proportion mit beständigem *Marche, marche!*...

Die existierende Proportion muß immer aufgehoben werden durch das Schaffen von Surpluswerten und Vermehrung der Produktivkräfte. Diese Forderung aber, daß die Produktion *gleichzeitig* und *simultaneously* erweitert werden soll in *derselben Proportion*, legt äußerliche Forderungen an das Kapital, die keineswegs aus ihm selbst hervorgehen:«¹¹

Die so in doppelter Weise bestimmte Überproduktionstendenz des Kapitals, die die Notwendigkeit zur Ausdehnung der Zirkulation und damit die notwendige Einheit von Produktion und Verwertung permanent sprengt, beschreibt Marx im dritten Band des Kapitals zusammenfassend wie folgt:

»Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisierung sind nicht identisch. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander. Die einen sind nur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die anderen durch die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige und durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft. Diese letztere ist aber bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft noch durch die absolute Konsumtionskraft, sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert. (...) Der innere Widerspruch sucht sich auszugleichen durch Ausdehnung des äußeren Feldes der Produktion. Je mehr sich aber die Produktivkraft entwickelt, um so mehr gerät sie in Widerstreit mit der engen Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen.«¹²

1.3. Weltmarkt als Bewegungsform der Gesetzmäßigkeiten und Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise

Die Notwendigkeit, die Einheit von Produktion und Verwertung herzustellen, treibt das Kapital in seiner Entwicklung über den lokalen und nationalen Markt zum auswärtigen und Weltmarkt, weil es aufgrund der beschriebenen Überproduktionstendenzen diese Einheit im lokalen und nationalen Rahmen

nicht herstellen kann. Der auswärtige und Weltmarkt stellen also die Bewegungsformen der oben genannten Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise dar. Auf diese Art gelingt es dem Kapital, seine lokalen und nationalen Reproduktionsschwierigkeiten auf den auswärtigen und Weltmarkt zu verlagern. Erst jetzt wird verständlich, was Marx meint, wenn er im dritten Band des Kapital die Herstellung des Weltmarktes neben der Konzentration der Produktionsmittel und der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit als dritte Haupttatsache der kapitalistischen Produktionsweise benennt.¹³ Ebenso wird klar, weshalb Marx sagen kann, daß der Weltmarkt im Begriff des Kapitals selbst gegeben ist:

»Wie das Kapital daher einerseits die Tendenz hat, stets mehr Surplusarbeit zu schaffen, so die ergänzende mehr Austauschpunkte zu schaffen;.... auf die auf dem Kapital basierte Produktion, oder die ihm entsprechende Produktionsweise zu propagieren. Die Tendenz, den Weltmarkt zu schaffen ist unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben.«¹⁴

Die Tendenz zur Reproduktion auf stets erweiterter Stufenleiter ist jedoch allen nationalen Kapitalen gemein, so daß alle nationalen Kapitale ihren Überproduktionstendenzen die Bewegungsform des auswärtigen und Weltmarktes zu geben bestrebt sind. Der auswärtige und Weltmarkt sind somit Lösungsformen für die nationalen Reproduktionskrisen und ihre Begrenzung zugleich, denn die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise in Gestalt der Überproduktionstendenzen werden auf dem auswärtigen und Weltmarkt nur auf stets erweiterter Stufenleiter reproduziert:

»Indessen, mit dem bloßen Zugeständnis, daß der Markt mit der Produktion sich erweitern muß, wäre andererseits auch schon wieder die Möglichkeit einer Überproduktion zugegeben, in dem der Markt äußerlich geographisch umschrieben ist, der inländische Markt als beschränkt erscheint gegen einen Markt, der inländisch und ausländisch ist, der letzte wieder gegen den Weltmarkt, der aber in jedem Augenblick wieder beschränkt ist, an sich der Erweiterung fähig.«¹⁵

Neben den beiden genannten Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise, die das Kapital zur Herstellung des Weltmarktes drängen, muß noch auf eine weitere immanente Tendenz des Kapitals hingewiesen werden, die die Tendenz zur Herstellung des Weltmarktes verschärft:

Das Kapital steht unter dem Zwang, sich in höchstmöglichem Maße zu verwerten, d. h. unter anderem, sein Warenkapital dort zu realisieren, wo es die höchsten Preise erzielt. Da der auswärtige und Weltmarkt für manche Anlagensphären des nationalen Kapitals günstigere Realisierungsbedingungen bietet als der lokale und nationale Markt, produzieren diese Kapitale von vornherein für den Weltmarkt. Der Weltmarkt ist deshalb nicht nur Resultat der Überproduktionstendenzen der nationalen Kapitale, sondern ebenso sehr als Resultat der dem Kapital immanenten Tendenz zur höchstmöglichen Verwertung anzusehen.

2. Ungleichmäßige Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen

Die Ableitung des Weltmarkts aus den Gesetzmässigkeiten und Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise endete mit der Erkenntnis, daß die »Weltmarktkrisen... als die reale Zusammenfassung und gewaltsame Ausgleichung aller Widersprüche der bürgerlichen Ökonomie gefaßt werden«¹⁶ müssen.

Der Weltmarkt stellt also nur eine begrenzte Bewegungsform der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise dar, woraus folgt, daß die nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt in scharfer Konkurrenz aufeinanderstoßen. Im folgenden Abschnitt sollen im Rahmen der Entwicklung der Kategorie ungleichmäßige Entwicklung die materiellen Ausgangsbedingungen dieser nationalen Konkurrenzbeziehungen benannt werden. Bevor die Gründe untersucht werden, die zu einer ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen führen, sollen die Faktoren dargestellt werden, die eine ungleichmäßige Entwicklung zwischen Unternehmen, Branchen und Regionen in einer Nation hervorrufen.

2.1. Ungleichmäßige Entwicklung innerhalb einer Nation

Die Höhe der Kostpreise ($c + v$) bei konkurrierenden Einzelkapitalen einer Produktionssphäre können aufgrund folgender unterschiedlicher Verwertungsbedingungen variieren.

- a) Der Wert des konstanten Kapitals, der in den Kostpreis der Einzelware eingeht, kann bei konkurrierenden Einzelkapitalen verschieden sein, weil einerseits die Ökonomisierung des konstanten Kapitals unterschiedlich entwickelt sein kann, und andererseits die Preise der einzelnen Elemente des konstanten Kapitals differieren können. Die Ökonomisierung des konstanten Kapitals kann unterschiedlich sein, weil der Produktionsablauf unterschiedlich rationell organisiert ist:
- o Mehr oder minder große Produktionsexkremente, d. h. Produktionsauschuß aufgrund unterschiedlicher Ausübung der Leitungsfunktion des Kapitals.
- o Unterschiedlicher Grad der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, was sich im unterschiedlichen Grad der Wertübertragung des fixen Kapitals auf eine Wareneinheit niederschlägt (z. B. unterschiedliche Ausnutzung der Gebäude).

Die Preise der Elemente des konstanten Kapitals weichen voneinander ab, wenn die Einzelkapitalisten über unterschiedliche Bezugsquellen für Roh- und Hilfsstoffe der Produktion verfügen.

- b) Da der Kostpreis sich aus $c + v$ zusammensetzt, können die Kostpreise der Einzelkapitale einer Branche auch dann variieren, wenn die Einzelkapitale unterschiedliche Arbeitslöhne zahlen und die Arbeitskräfte in unterschiedlichem Maße ausbeuten, etwa durch differierende Methoden der Intensivierung der Arbeit.
- c) Schließlich führt auch eine unterschiedliche Zusammensetzung des Kapitals, die mit einem unterschiedlichen Grad an Produktivität der Arbeit verbunden ist, zu voneinander abweichenden Kostpreisen der Waren der konkurrierenden Einzelkapitale.

Diese angeführten Faktoren führen zu unterschiedlichen Konkurrenzbedingungen und damit Verwertungsbedingungen der Kapitale einer Branche, was sich schließlich in unterschiedlichen Akkumulationsraten und damit einer ungleichmäßigen Entwicklung zwischen Unternehmen einer Anlagesphäre des Kapitals niederschlägt.

Die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den verschiedenen Branchen einer Nation resultiert im wesentlichen aus der unterschiedlichen organischen Zusammensetzung in den verschiedenen Anlagesphären des Kapitals und aus der sich verändernden Struktur des gesellschaftlichen Bedürfnisses, für das die einzelnen Sphären produzieren.

Das sich vor allem aufgrund technologischer Veränderungen wandelnde gesellschaftliche Bedürfnis (Erdöl statt Kohle) führt zu unterschiedlichen Akkumulationsbedingungen in den einzelnen Anlagesphären des Kapitals, was zu der Unterscheidung zwischen Wachstumsbranchen, stagnierenden Branchen und Branchen die sich in Strukturkrisen befinden, führt.

Die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den Regionen einer Nation läßt sich im wesentlichen aus Standortfragen erklären, d.h. der unterschiedlichen Verfügung der einzelnen Regionalgebiete über Rohstoffe, Arbeitskräfte, Infrastruktur, Märkte, etc.

Diese angeführten materiellen Faktoren, die unterschiedliche Verwertungsbedingungen der Kapitale in einer Branche, zwischen den Branchen und zwischen Regionen bedingen, produzieren eine Profitratenhierarchie, die in der permanenten Tendenz zur ungleichmäßigen Entwicklung mündet, weil die Kapitale mit höheren Profiten eine höhere Akkumulationsrate aufweisen. Allerdings wird dieser Tendenz zur ungleichmäßigen Entwicklung in zweifacher Weise entgegengewirkt:

- a) Die Zwangsgesetze der Konkurrenz treiben die Einzelkapitale einer Branche bei Strafe des Untergangs dazu, die Produktivkräfte permanent dem höchsten Stand in ihrer Anlagesphäre anzupassen. Durch diese Verallgemeinerung der Produktionsbedingungen gleichen sich die Profitraten tendenziell aus; die Akkumulationsbedingungen in der betreffenden Branche verallgemeinern sich folglich aufgrund der Zwangsgesetze der Konkurrenz.
- b) Der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den Branchen einer Nation wird durch die Tendenz des Kapitals, sich im höchstmöglichen Maße zu verwerten, entgegengewirkt. Die beschriebene Profitratenhierarchie zwischen den Branchen ruft eine ständige Wanderungsbewegung der Kapita-

2. Ungleichmäßige Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen

Die Ableitung des Weltmarkts aus den Gesetzmässigkeiten und Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise endete mit der Erkenntnis, daß die »Weltmarktkrisen... als die reale Zusammenfassung und gewaltsame Ausgleichung aller Widersprüche der bürgerlichen Ökonomie gefaßt werden«¹⁶ müssen.

Der Weltmarkt stellt also nur eine begrenzte Bewegungsform der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise dar, woraus folgt, daß die nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt in scharfer Konkurrenz aufeinanderstoßen. Im folgenden Abschnitt sollen im Rahmen der Entwicklung der Kategorie ungleichmäßige Entwicklung die materiellen Ausgangsbedingungen dieser nationalen Konkurrenzbeziehungen benannt werden. Bevor die Gründe untersucht werden, die zu einer ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen führen, sollen die Faktoren dargestellt werden, die eine ungleichmäßige Entwicklung zwischen Unternehmen, Branchen und Regionen in einer Nation hervorrufen.

2.1. Ungleichmäßige Entwicklung innerhalb einer Nation

Die Höhe der Kostpreise ($c + v$) bei konkurrierenden Einzelkapitalen einer Produktionssphäre können aufgrund folgender unterschiedlicher Verwertungsbedingungen variieren.

- a) Der Wert des konstanten Kapitals, der in den Kostpreis der Einzelware eingeht, kann bei konkurrierenden Einzelkapitalen verschieden sein, weil einerseits die Ökonomisierung des konstanten Kapitals unterschiedlich entwickelt sein kann, und andererseits die Preise der einzelnen Elemente des konstanten Kapitals differieren können. Die Ökonomisierung des konstanten Kapitals kann unterschiedlich sein, weil der Produktionsablauf unterschiedlich rationell organisiert ist:
- o Mehr oder minder große Produktionsexkremente, d. h. Produktionsauschuß aufgrund unterschiedlicher Ausübung der Leitungsfunktion des Kapitals.
- o Unterschiedlicher Grad der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, was sich im unterschiedlichen Grad der Wertübertragung des fixen Kapitals auf eine Wareneinheit niederschlägt (z. B. unterschiedliche Ausnutzung der Gebäude).

Die Preise der Elemente des konstanten Kapitals weichen voneinander ab, wenn die Einzelkapitalisten über unterschiedliche Bezugsquellen für Roh- und Hilfsstoffe der Produktion verfügen.

- b) Da der Kostpreis sich aus $c + v$ zusammensetzt, können die Kostpreise der Einzelkapitale einer Branche auch dann variieren, wenn die Einzelkapitale unterschiedliche Arbeitslöhne zahlen und die Arbeitskräfte in unterschiedlichem Maße ausbeuten, etwa durch differierende Methoden der Intensivierung der Arbeit.
- c) Schließlich führt auch eine unterschiedliche Zusammensetzung des Kapitals, die mit einem unterschiedlichen Grad an Produktivität der Arbeit verbunden ist, zu voneinander abweichenden Kostpreisen der Waren der konkurrierenden Einzelkapitale.

Diese angeführten Faktoren führen zu unterschiedlichen Konkurrenzbedingungen und damit Verwertungsbedingungen der Kapitale einer Branche, was sich schließlich in unterschiedlichen Akkumulationsraten und damit einer ungleichmäßigen Entwicklung zwischen Unternehmen einer Anlagesphäre des Kapitals niederschlägt.

Die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den verschiedenen Branchen einer Nation resultiert im wesentlichen aus der unterschiedlichen organischen Zusammensetzung in den verschiedenen Anlagesphären des Kapitals und aus der sich verändernden Struktur des gesellschaftlichen Bedürfnisses, für das die einzelnen Sphären produzieren.

Das sich vor allem aufgrund technologischer Veränderungen wandelnde gesellschaftliche Bedürfnis (Erdöl statt Kohle) führt zu unterschiedlichen Akkumulationsbedingungen in den einzelnen Anlagesphären des Kapitals, was zu der Unterscheidung zwischen Wachstumsbranchen, stagnierenden Branchen und Branchen die sich in Strukturkrisen befinden, führt.

Die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den Regionen einer Nation läßt sich im wesentlichen aus Standortfragen erklären, d.h. der unterschiedlichen Verfügung der einzelnen Regionalgebiete über Rohstoffe, Arbeitskräfte, Infrastruktur, Märkte, etc.

Diese angeführten materiellen Faktoren, die unterschiedliche Verwertungsbedingungen der Kapitale in einer Branche, zwischen den Branchen und zwischen Regionen bedingen, produzieren eine Profitratenhierarchie, die in der permanenten Tendenz zur ungleichmäßigen Entwicklung mündet, weil die Kapitale mit höheren Profiten eine höhere Akkumulationsrate aufweisen. Allerdings wird dieser Tendenz zur ungleichmäßigen Entwicklung in zweifacher Weise entgegengewirkt:

- a) Die Zwangsgesetze der Konkurrenz treiben die Einzelkapitale einer Branche bei Strafe des Untergangs dazu, die Produktivkräfte permanent dem höchsten Stand in ihrer Anlagesphäre anzupassen. Durch diese Verallgemeinerung der Produktionsbedingungen gleichen sich die Profitraten tendenziell aus; die Akkumulationsbedingungen in der betreffenden Branche verallgemeinern sich folglich aufgrund der Zwangsgesetze der Konkurrenz.
- b) Der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den Branchen einer Nation wird durch die Tendenz des Kapitals, sich im höchstmöglichen Maße zu verwerten, entgegengewirkt. Die beschriebene Profitratenhierarchie zwischen den Branchen ruft eine ständige Wanderungsbewegung der Kapita-

le in die Branchen mit den höchsten Profitraten hervor, was in diesen Branchen Überproduktionstendenzen hervorruft und damit zum tendenziellen Sinken der Profitraten führt; während umgekehrt durch den Kapitalabfluß aus den Anlagesphären mit geringeren Profitraten Unterproduktionstendenzen und damit steigende Profitraten entstehen. Diese Wanderungsbewegung der Kapitale, die im Prozeß eine allgemeine nationale Profitrate produziert, gleicht die Akkumulationsbedingungen zwischen den Branchen *tendenziell aus und wirkt somit der ungleichmäßigen Entwicklung entgegen.*

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß es eine immanente Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktionsweise ist, einerseits die ungleichmäßige Entwicklung permanent zu produzieren, weil sich die genannten materiellen Faktoren, die die *ungleichmäßige Entwicklung hervorrufen, stets auch neu reproduzieren*, andererseits dieser Tendenz zur Ungleichmäßigkeit durch die Konkurrenz der Kapitale und den Prozeß zur allgemeinen Profitrate permanent entgegenzuwirken. Die Ungleichmäßigkeit und die Tendenz dieser entgegenzuwirken, lassen sich somit als Strukturmomente der kapitalistischen Produktionsweise ableiten.

2.2. Ungleichmäßige Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen

Die für den nationalen Rahmen angeführten materiellen Faktoren, die zu unterschiedlichen Konkurrenzbedingungen der Kapitale, damit zu unterschiedlichen Verwertungsbedingungen und schließlich zu unterschiedlichen Akkumulationsraten führen, gelten gleicherweise für die Konkurrenzbeziehungen zwischen den nationalen Kapitalen und deren Akkumulationsbedingungen. Während aber im nationalen Rahmen die Gesetzmäßigkeiten, die der ungleichmäßigen Entwicklung entgegenwirken, voll wirksam werden können, verschärft sich im internationalen Rahmen die ungleichmäßige Entwicklung dadurch, daß die entgegenwirkenden Faktoren nur begrenzt durchschlagen können:

- a) Im nationalen Rahmen hat sich durch die Mobilität und damit durch die Konkurrenz der Arbeitskräfte ein Prozeß zur Angleichung der Arbeitslöhne und Arbeitsintensitäten hergestellt; dies trifft im internationalen Rahmen wegen der begrenzten Mobilität der Arbeitskräfte und des unterschiedlichen Standes der nationalen Klassenkämpfe nicht zu.
Im internationalen Rahmen ist deshalb eine Stufenleiter von nationalen Arbeitslöhnen und Intensitäten der Arbeit festzustellen.
- b) Da ebenfalls im internationalen Rahmen die Wanderungsbewegung der Kapitale begrenzt ist, können sich die Akkumulationsbedingungen zwischen den nationalen Kapitalen nicht in dem Maße verallgemeinern wie im nationalen Rahmen. Die Tendenz zur Weltdurchschnittsprofitrate ist eine äußerst begrenzte.
- c) Diese an sich schon brüchige Tendenz, der ungleichmäßigen Entwicklung im internationalen Rahmen entgegenzuwirken, wird noch durch mögliche Eingriffe des Nationalstaats unterstützt, wie z. B. durch Begrenzung der

Niederlassungsrechte für Arbeitskräfte und Kapital, sowie durch Maßnahmen im Rahmen der Zoll- und Handelspolitik.

Zusätzlich zu diesen die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen verschärfenden Faktoren sind noch historische und politische Gründe zu nennen:

- a) Die kapitalistische Produktionsweise entwickelte sich nicht gleichzeitig in allen Regionen der Welt, sondern ungleichzeitig, weil die unterschiedliche historische Entwicklung in verschiedenen Regionen der Welt unterschiedliche Bedingungen für den Umschlag der einfachen Warenproduktion in die kapitalistische Warenproduktion setzte (vgl. germanisch/feudale Produktionsweise und asiatische Produktionsweise).
- b) Diese ungleichzeitige Entwicklung im Weltmaßstab hatte einerseits zur Folge, daß die weiter akkumulierten nationalen Kapitale, insbesondere England, eine Monopolstellung auf dem Weltmarkt einnahmen, und brachte andererseits die Möglichkeit zur kolonialen und imperialistischen Unterjochung vorkapitalistischer Gesellschaftsformationen mit sich.
- c) Als weitere wichtige Faktoren, die die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen verschärfen, sind Weltkriege, nationale Befreiungskriege und staatliche Organisationsformen zu nennen. Als Beispiele seien erwähnt:
 - o Der 30-jährige Krieg, aus dem die Zersplitterung des deutschen Reichs in Kleinstaaten hervorging; unterschiedliche allgemeine Rechtsvorschriften, unterschiedliche Steuergesetze, verschiedene Maße und Währungen und schließlich Zollbarrieren behinderten den Akkumulationsprozeß des deutschen Kapitals. Diese Situation änderte sich erst mit der Gründung des deutschen Zollvereins 1833/34.
 - o Der Zusammenschluß der Vereinigten Staaten von Amerika, der dem amerikanischen Kapital lange Zeit die Möglichkeit zur Produktion für einen unbegrenzten Markt bot. Damit war die Basis für eine Konzentration und Zentralisation des Kapitals gegeben, die die Ausnutzung der Vorteile der Massenproduktion ermöglichte.
 - o Der erste und zweite Weltkrieg, der entscheidend dazu beitrug, daß die USA Großbritannien von seiner führenden Stellung auf dem kapitalistischen Weltmarkt verdrängen konnten. Insbesondere dank der beiden Weltkriege wurden die USA zur führenden Welthandels- und Weltindustrialnation und damit zum Finanzzentrum der kapitalistischen Welt.

Können wir einerseits feststellen, daß der Tendenz zur ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen nicht in dem Maße entgegengewirkt wird, wie im nationalen Rahmen durch den Fluß der Kapitale und der Arbeitskräfte, und daß andererseits diese Tendenz zur Ungleichmäßigkeit durch eine Reihe weiterer historischer und politischer Faktoren verschärft wird, so stellt sich die Frage, ob sich die kapitalistische Produktionsweise international in immer schärferem Ausmaße ungleichmäßig entwickelt. Diese Frage wird im folgenden Abschnitt über die Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt geklärt werden.

3. Ungleichmäßige Entwicklung und die Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt

Im folgenden Abschnitt soll die Bedeutung der im vorangegangenen Teil entwickelten Kategorie der ungleichmäßigen Entwicklung für die Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt dargestellt werden. In diesem Zusammenhang wird auch die oben aufgeworfene Frage geklärt werden, ob die Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt ähnlich wie im nationalen Rahmen der permanenten Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise zur ungleichmäßigen Entwicklung entgegenwirkt. Zur Klärung und Diskussion dieser Problematik ist es zunächst notwendig, die Wirkungsweise des Wertgesetzes im nationalen Rahmen abzuleiten.

3.1. Wertgesetz im nationalen Rahmen

3.1.1. Doppelte Bestimmung von gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit

In der warenproduzierenden Gesellschaft (Bestimmungsmomente: Privatproduktion, Arbeitsteilung und Austausch) nimmt die gesellschaftliche Arbeit die Form des Wertes an. In der Wertform der Produkte spiegeln sich — wenn auch sachlich verhüllt — *gesellschaftliche* Beziehungen von Privatproduzenten wider. Der Wert, dessen Substanz die gesellschaftliche Arbeit ist, findet in der Arbeitszeit das Maß seiner Größe.

Da aber diese Arbeit *unmittelbar* als Privatarbeit geleistet wird, ihr gesellschaftlicher Charakter sich also erst *post festum* — im Austausch — zeigen kann, müssen die privat verausgabten Arbeitsquantum eine gesellschaftliche Bestimmung finden; diese ist eine doppelte:

a) nur das privat verausgabte Arbeitsquantum bewährt sich als gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit und zählt damit als Wert, das die Gebrauchswerte »mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit herstellt«.¹⁷

Die privat verausgabten Arbeitsquantum zählen als gesellschaftlich notwendige Arbeit, wenn sie *innerhalb einer Produktionssphäre sich als gesellschaftliche bewähren*, d. h. dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte in dieser Sphäre entsprechen.

b) Die Funktion des Wertgesetzes in der warenproduzierenden Gesellschaft liegt aber nicht nur darin, hinter dem Rücken der Privatproduzenten durchzusetzen, daß die verausgabten Arbeitsquantum dem Stand der Entwicklung der Produktivkräfte in einer Sphäre entsprechen; es ist seine zweite Funk-

tion zu gewährleisten, daß die von einer gesamten Produktionssphäre absorbierte gesellschaftliche Arbeitszeit den gesellschaftlichen Bedürfnissen entspricht: »Das Geschwätz über die Notwendigkeit, den Wertbegriff zu beweisen, beruht nur auf vollständiger Unwissenheit sowohl über die Sache, um die es sich handelt, als die Methode der Wissenschaft. Daß jede Nation verrecken würde, die, ich will nicht sagen, für ein Jahr, sondern für einige Wochen die Arbeit einstellte, weiß jedes Kind.

Ebenso weiß es, daß die den verschiedenen Bedürfnissen entsprechenden Massen von Produkten verschiedene und quantitativ bestimmte Massen der gesellschaftlichen Gesamtarbeit erheischt. Daß diese Notwendigkeit der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit in bestimmte Proportionen durchaus nicht durch die bestimmte Form der gesellschaftlichen Produktion aufgehoben, sondern nur ihre Erscheinungsweise ändern kann, ist self-evident. Naturgesetze können überhaupt nicht aufgehoben werden. Was sich in historisch verschiedenen Zuständen ändern kann, ist nur die Form, worin jene Gesetze sich durchsetzen. Und die Form, worin sich diese proportionelle Verteilung der Arbeit durchsetzt, in einem Gesellschaftszustand, worin der Zusammenhang der gesellschaftlichen Arbeit sich als Privataustausch der individuellen Arbeitsprodukte geltend macht, ist eben der Tauschwert dieser Produkte«. ¹⁸

Diese proportionelle Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit über die Produktionssphären entspricht der zweiten Bestimmung von gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit:

»Es versteht sich übrigens bei der ganzen Betrachtung von selbst: Es soll nicht gezeugnet werden, daß in einzelnen Sphären überproduziert und darum in anderen zu wenig produziert werden kann; partielle Krisen also aus disproportionate production (die proportionate production ist aber immer nur das Resultat der disproportionate production auf Grundlage der Konkurrenz) entspringen können und eine allgemeine Form dieser disproportionate production mag Überproduktion von fixem oder andererseits von zirkulierendem Kapital sein. Wie es die Bestimmung für die Waren, daß sie zu ihrem Wert verkauft werden, daß nur die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit in ihnen enthalten, so für eine ganze Produktionssphäre des Kapitals, das von der Gesamtarbeitszeit der Gesellschaft nur der notwendige Teil auf diese besondere Sphäre verwandt sei, nur die Arbeitszeit die zur Befriedigung des gesellschaftlichen Bedürfnisses (demand) erheischt. Wenn mehr, so mag zwar jede einzelne Ware nur die notwendige Arbeitszeit enthalten; die Summe enthält mehr als die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, ganz wie die einzelne Ware zwar Gebrauchswert hat, die Summe aber unter den gegebenen Voraussetzungen, einen Teil ihres Gebrauchswertes verliert«. ¹⁹

Diese Interpretation des Wertgesetzes auf der Basis der doppelten Bestimmung von gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit wird nicht von allen Marxisten geteilt. So leiten beispielsweise Ernest Mandel und Paul M. Sweezy die Basis des Wertes einseitig nur von der technisch bestimmten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit ab. ²⁰

Diese einseitige und verkürzte Ableitung des Wertes, die den Gebrauchswert in seiner Bedeutung für die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit vernachlässigt, wird auch aus folgender Kritik Engels an Rodbertus deutlich:

»Hätte er untersucht, wodurch und wie die Arbeit Wert schafft und daher auch bestimmt und mißt, so kam er auf die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, — notwendig für das einzelne Produkt sowohl gegenüber anderen Produkten derselben Art, wie auch gegenüber dem gesellschaftlichen Gesamtbedarf.«²¹

Neben dieser irrtümlichen Ableitung des Wertgesetzes durch zahlreiche marxistische Autoren ist ein weiterer Fehler verbreitet, nämlich der der dinglichen Interpretation des Wertgesetzes. Es ist wichtig, an dieser Stelle auf diese Mängel einzugehen, weil diese Fehler sich in der Darstellung der Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt reproduzieren. Eine verdinglichte Auffassung vom Wertgesetz liegt unserer Meinung nach dann vor, wenn im Zusammenhang mit der Kategorie Extramehrwert von einem Werttransfer innerhalb einer Anlagesphäre des Kapitals gesprochen wird. Dabei wird vernachlässigt, daß das Wertgesetz gesellschaftliche Beziehungen zwischen Privatproduzenten ausdrückt, so daß nur diejenige privat verausgabte Arbeit Wert bildet, die sich als gesellschaftlich notwendige Arbeit bewährt.

So vertritt z. B. Mandel die Auffassung, daß das Produktivitätsgefälle innerhalb einer Anlagesphäre des nationalen Kapitals einen Werttransfer zwischen den Einzelkapitalen dieser Branche produziere. Dieser Ansicht leistet offensichtlich die Marxsche Unterscheidung von »individuellem« und »gesellschaftlichem« Wert Vorschub, die er im Rahmen der Ableitung der Kategorie des Extramehrwerts verwendet.

Marx führt den Extramehrwert, den einzelne Kapitalisten in einer Anlagesphäre erzielen, auf die außerordentliche Produktivkraft der Arbeit in diesem industriellen Unternehmen zurück. Aufgrund der überdurchschnittlichen Produktivkraft der Arbeit wird in diesem Unternehmen weniger Arbeitszeit pro Wareneinheit vernutzt, als es in dieser Sphäre allgemein üblich ist. Da aber die durchschnittliche Arbeitszeit in dieser Sphäre als die gesellschaftlich notwendige und damit wertbildende gilt, kann der Kapitalist mit außerordentlicher Produktivkraft die bei ihm aufgewendete Arbeitszeit pro Wareneinheit höher verwerten, wenn er seine Waren zu ihrem gesellschaftlichen Wert verkauft. Marx spricht in diesem Zusammenhang unglücklicherweise von »individuellem« und »gesellschaftlichem« Wert, obwohl doch der Charakter des Wertgesetzes als Ausdruck gesellschaftlicher Beziehungen zwischen Privatproduzenten es verbieten sollte, von einer Kategorie wie »individuellem« Wert zu sprechen:

»Der individuelle Wert dieser Ware steht nun unter ihrem gesellschaftlichen Wert, d. h. sie kostet weniger Arbeitszeit als der große Haufen derselben Artikel, produziert unter den gesellschaftlichen Durchschnittsbedingungen. Das Stück kostet im Durchschnitt 1 sh. oder stellt 2 Stunden gesellschaftlicher Arbeit dar; mit der veränderten Produktionsweise kostet es nur 9 d oder enthält nur 1 1/2 Arbeitsstunden. Der wirkliche Wert einer Ware ist aber nicht ihr individueller, sondern ihr gesellschaftlicher Wert, d. h. er wird nicht durch die Arbeitszeit gemessen, die sie im einzelnen Fall dem Produzenten tatsächlich kostet, sondern durch die gesellschaftlich zu ihrer Produktion erheischte Arbeitszeit. Verkauft also der Kapitalist, der die neue Methode anwendet, seine Ware zu ihrem gesellschaftlichen Wert von 1 sh, so verkauft er sie 3 d über ihrem individuellen Wert, und realisiert so einen Extramehrwert von 3 d.«²²

Aus diesem Zitat wird deutlich, daß Marx selber den Ausdruck individueller Wert nicht als Basis des Wertes verstanden wissen wollte. Daraus wird deutlich, daß es unzulässig ist, aus dem Vergleich der Kategorien »individueller« und »gesellschaftlicher« Wert einen Werttransfer innerhalb einer Anlagesphäre des Kapitals ableiten zu wollen. Noch klarer wird dies aus folgendem Zitat:

»Die Arbeit von ausnahmsweiser Produktivkraft wirkt als potenzierte Arbeit oder schafft in gleichen Zeiträumen höhere Werte als die gesellschaftliche Durchschnittsarbeit derselben Art... Der Kapitalist, der die verbesserte Produktionsweise anwendet, eignet sich daher einen größeren Teil des Arbeitstages für die Mehrarbeit an, als die übrigen Kapitalisten in demselben Geschäft.«²³

Hierdurch wird eindeutig geklärt, daß der Extramehrwert bei dem Kapitalisten, der mit erhöhter Produktivkraft arbeitet, selber produziert wurde, und nicht etwa durch einen Abzug von Mehrwertmassen entsteht, die andere Kapitalisten produziert haben. Die Arbeitszeit, die der schlechteste Privatproduzent in dieser Sphäre über die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit hinaus aufwendet, gilt nicht als gesellschaftliche, bildet daher keinen Wert, der in andere Sphären abfließen könnte.

3.1.2. Marktwert und Marktpreis

Auf der Grundlage der in doppelter Weise abgeleiteten Kategorie »gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit« kann jetzt eine Interpretation von Marktwert und Marktpreis vorgenommen werden. Im 10. Kapitel des 3. Bandes des Kapital leitet Marx die Kategorie Marktwert in ihrer doppelten Bestimmung ab: Unter der Voraussetzung, daß die in einer Produktionssphäre aufgewendete Arbeitszeit dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach den in dieser Sphäre produzierten Waren entspricht, wird der Marktwert durch die Produzenten in dieser Sphäre bestimmt, die das überwiegende Quantum an Waren zur Befriedigung des gesellschaftlichen Bedürfnisses produzieren, ihre Arbeitszeit bildet also die Basis für die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit.

Dabei unterscheidet Marx drei Fälle:

Innerhalb einer Anlagesphäre produzieren in der Regel — vermittelt über den Konkurrenzmechanismus — diejenigen Kapitale das überwiegende Quantum an Waren, die zu mittleren Produktionsbedingungen produzieren (Fall I). Nur in Ausnahmefällen wird das Hauptquantum an Waren durch die unter schlechtesten oder besten Bedingungen produzierenden Kapitale erstellt (Fall II, Fall III), deren Arbeitszeit damit die durchschnittliche, d. h. die gesellschaftlich notwendige ist und somit den Marktwert bestimmt. Wenn allerdings in dieser Produktionssphäre mehr oder weniger gesellschaftliche Arbeitszeit aufgewendet wurde als das gesellschaftliche Bedürfnis erheischt, weicht der Marktwert aufgrund der zweiten Bestimmung von gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit von der Arbeitszeit ab, die durch den Entwicklungsstand der Produktivkräfte in dieser Produktionssphäre bestimmt wird:

»Bleibt nun die Nachfrage für diese Masse auch die gewöhnliche, so wird die Ware zu ihrem Marktwert verkauft, welcher der drei vorhin untersuchten

Fälle auch den Marktwert regieren möge. Die Warenmasse befriedigt nicht nur ein Bedürfnis, sondern sie befriedigt es in seinem gesellschaftlichen Umfang. Ist dagegen das Quantum kleiner oder größer als die Nachfrage dafür, so finden Abweichungen des Marktpreises vom Marktwert statt. Die erste Abweichung ist, daß, wenn das Quantum zu klein, stets die unter den schlechtesten Bedingungen produzierte Ware den Marktwert reguliert, und wenn zu groß, stets die unter den besten Bedingungen produzierte; daß also eines der Extreme den Marktwert bestimmt, trotzdem, daß nach dem bloßen Verhältnis der Massen, die unter den verschiedenen Bedingungen produziert sind, ein anderes Resultat stattfinden müßte.«²⁴

Allerdings findet diese zweite Bestimmung des Marktwertes durch den Gebrauchswert ihre Grenze an den extremen Produktionsbedingungen in der betreffenden Anlagesphäre. Wäre dies nicht so, dann wäre der eigentlichen Bemessungsgrundlage des Wertes, der Arbeitszeit, der Boden entzogen:

»Der Unterschied von Marktwert und individuellem Wert eines Produkts kann sich daher nur auf die verschiedene Produktivität beziehen, womit ein bestimmtes Quantum Arbeit verschiedene Proportionen des Gesamtprodukts hervorbringt. Er kann sich nie darauf beziehen, daß der Wert unabhängig vom Arbeitsquantum, das in dieser Sphäre überhaupt angewandt ist, bestimmt wird.«²⁵

Wenn zum Beispiel das überwiegende Quantum der Waren einer Anlagesphäre durch die mittleren Produktionsbedingungen produziert wird, die Nachfrage aber die Zufuhr weit überschießt, dann wird der Marktwert durch den sog. individuellen Wert der Waren bestimmt, die zu schlechtesten Bedingungen produziert werden. Ein weiteres Auseinanderklaffen von Nachfrage und Zufuhr würde nur bedeuten, daß der Marktpreis über dem durch die schlechtesten Bedingungen bestimmten Marktwert liegt.

»Dieser Marktwert selbst kann nie größer sein, als der individuelle Wert des Produkts der mindest fruchtbaren Klasse. Wäre er höher, so bewiese das nur, daß der Marktpreis über dem Marktwert steht. Der Marktwert aber muß wirklichen Wert darstellen.«²⁶

Ist bis jetzt die Bewegung der Marktwerte geklärt, bleibt noch das Schwanken der Marktpreise um die Marktwerte darzustellen. »Die Wertgröße der Ware drückt also ein notwendiges, ihrem Bildungsprozeß immanentes Verhältnis zur gesellschaftlichen Arbeitszeit aus. Mit der Verwandlung der Wertgröße in Preis erscheint dies notwendige Verhältnis als Austauschverhältnis einer Ware mit der außer ihr existierenden Geldware. In diesem Verhältnis kann sich aber ebensowohl die Wertgröße der Ware ausdrücken, als das Mehr oder Minder, worin sie unter gegebenen Umständen veräußerlich ist. Die Möglichkeit quantitativer Inkongruenz zwischen Preis und Wertgröße, oder das Abweichen des Preises von der Wertgröße, liegt in der Preisform selbst. Es ist dies kein Mangel dieser Form, sondern macht sie umgekehrt zur adäquaten Form einer Produktionsweise, worin sich die Regel nur als blindwirkendes Durchschnittsgesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann.«²⁷

Da in der warenproduzierenden Gesellschaft die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit auf die einzelnen Produktionssphären sich nicht planvoll vollzieht, sondern die Produktion sich an den Verwertungs-

Interessen der Privatproduzenten orientiert, produziert diese Gesellschaftsform eine permanente Inkongruenz von Produktion und gesellschaftlichem Bedarf, d. h. von Nachfrage und Zufuhr. Diese scheinbar regellose Bewegung ist die Ursache für das Schwanken der Marktpreise um die Marktwerte entsprechend der Inkongruenz von Angebot und Nachfrage. Marktpreise und Marktwerte drücken jeweils Durchschnittsgrößen aus. Nur wenn sich Nachfrage und Zufuhr decken, fallen Marktpreis und Marktwert zusammen und werden durch die durchschnittlichen Produktionsbedingungen in der betreffenden Sphäre bestimmt. Weichen Nachfrage und Zufuhr nur gering voneinander ab, dann schwankt der Marktpreis um das Gravitationszentrum Marktwert, wie es durch die massenhaften Produktionsbedingungen bestimmt ist.

Weichen Nachfrage und Zufuhr in extremem Maße und längerfristig voneinander ab, dann schwanken die Marktpreise nicht wie üblich kurzfristig um den Marktwert, wie er durch die Produktionsbedingungen bestimmt ist; vielmehr verlagert sich — wie oben dargestellt — der Marktwert selber. Bleibt die Inkongruenz von Angebot und Nachfrage auch nach der Bewegung der Marktwerte an die Extreme bestehen, dann liegen die Marktpreise über oder unter dem durch die extremen Produktionsbedingungen bestimmten Marktwert. Ist diese längerfristige Inkongruenz durch den Fluß der Kapitale ausgeglichen, dann hat sich entsprechend den veränderten Produktionsbedingungen in der Sphäre ein neues Zentrum der Marktpreise herausgebildet.

Diese von uns vorgestellte Interpretation des 10. Kapitels des 3. Bandes des Kapital, d. h. der Kategorien Marktwert und Marktpreis ist in der marxistischen Literatur umstritten, weil — wie oben gezeigt — die Kategorie gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit als Basis des Werts unterschiedlich gefaßt wird.²⁸

3.2. Wertgesetz auf dem Weltmarkt

Wir haben gesehen, daß das Wertgesetz gesellschaftliche Beziehungen zwischen Privatproduzenten ausdrückt, wobei hier »gesellschaftlich« doppelt bestimmt war:

Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit war einerseits bestimmt durch den Stand der Entwicklung der Produktivkräfte in einer Produktionssphäre, andererseits durch die den gesellschaftlichen Bedürfnissen proportional entsprechende Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf die einzelnen Produktionssphären. Je nachdem sich die Beziehungen zwischen den Privatproduzenten national oder international gestalten, ändert sich auch der Bezugsrahmen für die Bestimmung von gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit. Zur Bemessung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, die Maß der Wertgröße einer Ware ist, muß jeweils betrachtet werden, ob die Privatproduzenten lokal, regional, national oder international in Austausch treten und insofern der Durchschnittsgrad an Intensität und Produktivität der Arbeit und die gesellschaftlichen Bedürfnisse lokal, regional, national oder international bestimmt sind.

3.2.1. Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt

Im Verlaufe der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise hat sich im nationalen Rahmen durch die Konkurrenz und Mobilität der Kapitale und der Arbeitskräfte eine weitgehende Tendenz zur Angleichung der Intensität der Arbeit herausgebildet. Deshalb wird die extensive Größe der Arbeit im nationalen Rahmen mit einem annähernd gleichen Verdichtungsgrad der Arbeit gewichtet. Die mit mittlerer Intensität der Arbeit gewichtete Arbeitszeit bildet die Maßeinheit der Wertgröße, Arbeit mit geringerer Intensität in derselben Zeit verrichtet, verwertet sich geringer, nur Arbeit mit überdurchschnittlicher Intensität stellt sich in höheren Werten dar.

Während im nationalen Rahmen durch die Mobilität der Kapitale und der Arbeiter eine Tendenz zur Verallgemeinerung dieses Aspektes der Verwertungsbedingungen des Kapitals festzustellen ist, kann im internationalen Rahmen noch von keiner Verallgemeinerung der Intensität der Arbeit gesprochen werden.

Die Ursache hierfür liegt darin, daß das Kapital im internationalen Rahmen zwar die Tendenz zur Ungleichmäßigkeit permanent reproduziert, aber aufgrund der oben aufgeführten Faktoren (geringer Fluß der Kapitale und der Arbeitskräfte, Nationalstaat) nicht im selben Maße die entgegenläufigen Tendenzen produziert.

Die Ungleichzeitigkeit und die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung produzieren also auf dem Weltmarkt unterschiedliche Grade der Intensität der Arbeit. Es ist deshalb zu fragen, mit welchem Maß an Intensität die extensive Größe der auf dem Weltmarkt erscheinenden nationalen Arbeit gewichtet wird.

Marx nimmt zu diesem Problem im 20. Kapitel des ersten Bandes des 'Kapital' wie folgt Stellung:

»In jedem Lande gilt eine gewisse mittlere Intensität der Arbeit, unter welcher die Arbeit bei Produktion einer Ware mehr als die gesellschaftlich notwendige Zeit verbraucht und daher nicht als Arbeit von normaler Qualität zählt. Nur ein über den nationalen Rahmen sich erhebender Intensitätsgrad ändert in einem gegebenen Lande das Maß des Werts durch die bloße Dauer der Arbeitszeit.

Anders auf dem Weltmarkt, dessen integrierende Teile die einzelnen Länder sind. Die mittlere Intensität der Arbeit wechselt von Land zu Land, sie ist hier größer, dort kleiner. Diese nationalen Durchschnitte bilden also eine Stufenleiter, deren Maßeinheit die Durchschnittseinheit der universellen Arbeit ist. Verglichen mit der weniger intensiven, produziert also die intensivere Arbeit in gleicher Zeit mehr Wert, der sich in mehr Geld ausdrückt.«²⁹

Der DDR-Ökonom G. Kohlmeier, der wichtige Beiträge zur Diskussion über die Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt geleistet hat, interpretiert diese Passage wie folgt:

»Die internationale Wertgröße bildet sich nicht auf der Basis des massenhaften vorherrschenden Intensitätsgrades, sondern auf der Basis des gewogenen Durchschnitts aller in Frage kommenden nationalen Intensitätsgrade.

Das ist die erste Modifikation im Wirken des Wertgesetzes auf dem internationalen Markt.³⁰

Bevor wir zu dieser Interpretation Stellung nehmen, muß noch ein weiterer Aspekt der Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt angeführt werden:

Die Ungleichmäßigkeit und Ungleichzeitigkeit in der Entwicklung der nationalen Kapitale produziert nicht nur eine *Stufenleiter nationaler Intensitäten* der Arbeit, sondern auch eine Abfolge von nationalen Produktivitätsgraden:

»Noch mehr aber wird das Wertgesetz in seiner internationalen Anwendung dadurch modifiziert, daß auf dem Weltmarkt die produktivere nationale Arbeit ebenfalls als intensivere zählt, sooft die produktivere Nation nicht durch die Konkurrenz gezwungen wird, den Verkaufspreis ihrer Ware auf ihren Wert zu senken.«³¹

Analog zu seiner Interpretation der Stufenleiter der nationalen Intensität der Arbeit interpretiert Kohlmey diese Passage folgendermaßen:

»Während die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit innerhalb der Staatsgrenzen von den massenhaften, gewöhnlichen Produktivitätsbedingungen bestimmt wird, gehen in den Bildungsprozeß der internationalen Marktwertgröße alle am internationalen Handel in der betreffenden Ware beteiligten nationalen Produktivitätsstufen ein, die internationale Wertgröße ist dann der gewogene Durchschnitt. Das ist die zweite Modifikation des Wertgesetzes auf den internationalen Märkten.«³²

Entsprechend seinen beiden Interpretationen veranschaulicht Kohlmey die Herausbildung der internationalen Marktwertgröße wie folgt:

»Wir nehmen vier Länder A, B, C und D an, die verschiedene Brennstoffe für den Export produzieren:

Kohle, Koks, Erdöl und Erdgas. Wir nehmen an, daß die Mengen der einzelnen Brennstoffe in Steinkohlenheizwerte umgerechnet seien. Es sollen für den Export produzieren (h = gesellschaftliche notwendige Arbeitszeit):

A	=	50 t in 30 h
B	=	35 t in 25 h
C	=	10 t in 10 h
D	=	5 t in 5 h

Es benötigen also an national gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit:

A	=	0,6 h/t
B	=	ca. 0,7 h/t
C	=	1,0 h/t
D	=	1,0 h/t

In insgesamt 70 Stunden werden 100 Tonnen produziert. Der internationale Wert beträgt also 0,7 Stunde je Tonne.³³

Diese von Kohlmey vorgenommenen Interpretationen sind aus zwei Gründen problematisch:

- a) Kohlmey vernachlässigt bei seiner Darstellung der Herausbildung der internationalen Wertgröße die Stufenleiter nationaler *Arbeitsintensitäten*, deren Maßeinheit die Durchschnittseinheit der universellen Arbeit ist. Entsprechend dieser Stufenleiter wird — abstrakt gesprochen — jede nationale Arbeit, die auf dem Weltmarkt erscheint, gemäß dem Rangpunkt gewichtet, den diese nationale Arbeit in der Stufenleiter der universellen Arbeit einnimmt. Liegt die nationale Intensität der Arbeit über der Durchschnittseinheit der universellen Arbeit, dann verwertet sich diese Arbeit auf dem Weltmarkt höher, als diejenige Arbeit, die der Durchschnittseinheit der universellen Arbeit auf dem Weltmarkt entspricht.

Umgekehrt, verwertet sich die nationale Arbeit, deren Intensität unter der Durchschnittseinheit liegt, geringer. Genauso verwerten sich im nationalen Rahmen die verausgabten Arbeitsquanta höher, die über der durchschnittlichen Intensität der Arbeit der Nation liegen, bzw. verwerten sich geringer, wenn sie nicht der durchschnittlichen Intensität entsprechen.

Kohlmey berücksichtigt bei seiner Veranschaulichung der Herausbildung der internationalen Marktwertgröße im 4-Länder-Beispiel die Stufenleiter der *Arbeitsintensitäten* nur insoweit, als sich die Differenz in den nationalen Intensitäten auf die extensive Größe der Arbeit, d. h. die Arbeitszeit, auswirken. Denn eine Arbeit von höherer Intensität bewirkt, daß die Arbeitszeit, die pro Wareneinheit aufgewendet wurde, kleiner ist als bei einer Arbeit von milderer Intensität. Kohlmey, der in seinem angeführten Beispiel ein gewogenes arithmetisches Mittel zwischen den national aufgewendeten Arbeitszeiten zieht und dieses Mittel als internationale Wertgröße betrachtet, übersieht, daß Arbeit gleicher Extensität mit unterschiedlicher Intensität verausgabte sich in unterschiedlichen Werten darstellen muß. Nur wenn Intensität und Produktivität der Arbeit gleichzusetzen wären, d. h. also gleiche Arbeitsquanta unterschiedliche Massen gleicher Gebrauchswerte produzieren, wäre Kohlmeys Darstellung richtig.

- b) Weiter ist an Kohlmeys Ableitung der internationalen Wertgröße zu kritisieren, daß er diese als gewogenes arithmetisches Mittel faßt. Entsprechend der Ableitung des Marktwerts im 10. Kapitel des 3. Bandes des »Kapital« kann die internationale Wertgröße nicht als abstraktes gewogenes arithmetisches Mittel gefaßt werden, vielmehr bestimmen die Produktionsbedingungen derjenigen nationalen Kapitale die internationale Wertgröße, die das überwiegende Quantum an Produkten dieser Sphäre für den Weltmarkt produzieren.

Auf Kohlmeys eigenes Beispiel angewandt:

Vermittelt durch die Konkurrenz der nationalen Kapitale müßte die internationale Wertgröße durch die Produktionsbedingungen der Nationen A und B bestimmt werden, die das überwiegende Quantum an Waren für den Weltmarkt produzieren; C und D, die nur 15 % des Gesamtquantums anbieten, würden in diesem Konkurrenzkampf keine Rolle spielen. Der internationale Wert in Kohlmeys Beispiel müßte zwischen 0,6 und 0,7 liegen und eher bei 0,6 als bei 0,7.

Hinter der Kohlmey'schen Ableitung der Kategorie »internationaler Marktwert« verbirgt sich die richtige Vermutung, daß die Durchschnittseinheit der

universellen Arbeit nicht in der Weise abstrakt gefaßt werden kann, daß jede nationale Arbeit auf dem Weltmarkt entsprechend der Stufenleiter der nationalen Arbeitsintensitäten und deren Durchschnitt gewichtet wird.

Es muß vielmehr dargestellt werden, wie sich die universelle Arbeit als Abstraktion vermittelt über den konkreten Prozeß der Konkurrenz der nationalen Kapitale durchsetzt.

Kohlmeier arbeitet die internationale Wertgröße nur als Ergebnis der Konkurrenz der nationalen Kapitale in einer konkreten Produktionssphäre heraus, vernachlässigt dabei aber — wie aufgezeigt — die internationale Stufenleiter an Intensitäten der Arbeit, weil er die Bedeutung der Wechselkurse und der internationalen Geldwertänderungen für die Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt offensichtlich übersieht.

Wechselkurs und internationale Geldwertänderungen — und dies genau übersieht Kohlmeier — bilden bei der Herausbildung der internationalen Wertgröße den konkreten Vermittlungsprozeß zwischen der Abstraktion »universeller Arbeit« und der branchenspezifischen Konkurrenz der nationalen Kapitale.

Um die Bedeutung des Wechselkurses für die Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt diskutieren zu können, sei folgendes Beispiel konstruiert:

Die drei Länder (USA, BRD und England) konkurrieren auf dem Weltmarkt in drei Waren (Autos, Schnaps und Kaugummi). Wir nehmen an, daß in der Ausgangssituation ein Dollar einen nationalen Arbeitstag der USA repräsentiert und ebenso eine DM und ein Pfund Sterling einen nationalen Arbeitstag der BRD, bzw. England darstellen.

Der Wechselkurs sei 1 Dollar = 1 DM = 1 Pfund Sterling.

	USA	BRD	England
Autos	50 \$	150 DM	180 £
Schnaps	25 \$	40 DM	66 £
Kaugummi	5 \$	20 DM	12 £

TABELLE 1

[1 nationaler Arbeitstag (nAT) = 1 nationale Währungseinheit]

In dieser Ausgangssituation sind die USA führend in den drei Warengruppen, d. h. die Produktivität und Intensität der Arbeit der USA ist der der BRD und Englands überlegen. Die BRD übertrifft England in zwei Warengruppen, nämlich Autos und Schnaps, während England bei der Kaugummiproduktion hinter den USA die zweite Position einnimmt. Obwohl es in dieser Ausgangssituation eine Stufenleiter nationaler Arbeitsintensitäten gibt, wirkt sich diese Stufenleiter nicht dahingehend aus, daß jede nationale Arbeit, die auf dem Weltmarkt erscheint, entsprechend der durchschnittlichen Rangstufe ihres Landes in der Stufenleiter der universellen Arbeit gewichtet wird, weil der Wechselkurs 1 Dollar = 1 DM = 1 Pfund Sterling ist. Vielmehr können sich die Differenzen in der Produktivität und Intensität der nationalen Arbeiten nur branchenspezifisch auswirken. Die internationale Wertgröße bildet sich demnach nur durch die Konkurrenz innerhalb der drei Branchen heraus.

Die Situation müßte zunächst dazu führen, daß die USA aufgrund ihres Vorsprungs an Produktivität und Intensität der Arbeit außerordentlich hohe Exportüberschüsse erzielen, während die BRD und England Defizite in ihrer Handelsbilanz hinzunehmen hätten.

Aufgrund unten noch darzustellender Mechanismen produziert diese Situation in jedem internationalen Währungssystem automatisch Veränderungen der Wechselkurse oder der Geldwerte der nationalen Währungen. Diese Änderungen bewirken, daß die nationale Arbeit desjenigen Landes, das die höchste Produktivität und Intensität der Arbeit im internationalen Vergleich aufweist über eine Aufwertung der Währung bzw. über einen Inflationsprozeß im Lande selber sich auf dem Weltmarkt in höheren Werten darstellt, als in der Ausgangssituation. Umgekehrt stellt sich die nationale Arbeit derjenigen Länder, deren Produktivität und Intensität der Arbeit unter der Durchschnittseinheit der universellen Arbeit liegt und die deshalb eine negative Handelsbilanz aufweisen, über eine Abwertung der Währungen oder über Deflationsprozesse in den Ländern selber auf dem Weltmarkt in niedrigeren Werten dar als in der Ausgangssituation. Über diese Wechselkurs- und Geldwertänderungen wird der nationalen Arbeit eines Landes ein ihrem Rangpunkt in der Stufenleiter der universellen Arbeit entsprechender Wert zugemessen, so daß insgesamt sich die Arbeit des produktiveren und intensiveren Landes in höheren Werten ausdrückt, während sich die Arbeit der Länder mit niedrigerer Produktivität und Intensität geringer verwertet.

Die durch diese Stufenleiter, vermittelt über den Wechselkurs, produzierte Abfolge von Wertgrößen nationaler Arbeit ist die Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt. Die Auswirkungen der Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt sollen anhand der Tabelle 2 diskutiert werden.

Die veränderte Situation besteht darin, daß sich Dollar, DM und Pfund Sterling nicht mehr im Verhältnis 1 : 1 : 1 tauschen, sondern aufgrund der Stufenleiter der universellen Arbeit ein nationaler Arbeitstag der USA gleich einem universellen Arbeitstag ist, während ein nationaler Arbeitstag der BRD nur 1/2 universellen Arbeitstag repräsentiert und sich ein nationaler Arbeitstag Großbritanniens in 1/3 universellen Arbeitstag darstellt, so daß sich 1 Dollar gegen 2 DM und 3 Pfund Sterling tauscht.

Der internationale Wert der nationalen Währungen bestimmt sich also durch die Position der nationalen Arbeiten in der Stufenleiter der universellen Arbeit.

	USA	BRD	England
Autos	50 \$	75 \$	60 \$
Schnaps	25 \$	20 \$	22 \$
Kaugummi	5 \$	10 \$	4 \$

[1 nAT der USA = 1 \$ = 1 uAT (universeller Arbeitstag) = 1 \$

1 nAT der BRD = 1 DM = 1/2 uAT = 1/2 \$

1 nAT Englands = 1 £ = 1/3 uAT = 1/3 \$

TABELLE 2

1 \$ = 2 DM = 3 £]

Nach der Wechselkursänderung hat sich die Konkurrenzposition der USA, konkretisiert an den drei Sphären, wie folgt geändert: die USA, die zuvor in allen drei Warengruppen den geringsten individuellen Wert pro Wareinheit aufwies, liegen jetzt nur noch in der Automobilproduktion an erster Stelle. Obwohl die USA auch weiterhin Schnaps und Kaugummi in derselben Zeit, d. h. mit weniger Arbeitsaufwand produzieren als die BRD und Großbritannien, muß sich jetzt aufgrund der modifizierten Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt der Schnaps und der Kaugummi der USA in höheren Werten darstellen als in der Ausgangsposition. Die USA liegen jetzt in der Schnaps-Konkurrenz an letzter Stelle und in der Kaugummi-Konkurrenz an zweiter Stelle. Diese augenscheinlich kuriose Situation, daß sich geringere Arbeitszeit in höheren Werten darstellen muß, als die größere Arbeitszeit der BRD und Englands ist dadurch zu erklären, daß durch die Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt jede branchenspezifische Arbeit eines Landes entsprechend dem Rangpunkt, den die nationale Arbeit im Durchschnitt in der Stufenleiter der Produktivitäten und Intensitäten einnimmt, gewichtet werden muß. Dieser Mechanismus kann zur Folge haben, daß eine Branche einer Nation, obwohl sie im internationalen Vergleich am produktivsten produziert, dennoch in der Preiskonkurrenz hinter die Branche derjenigen Nation fällt, die am unproduktivsten produziert. Dies kann deshalb erfolgen, weil der relative Produktivitätsvorsprung dieser Branche gegenüber der internationalen Konkurrenz geringer ist als der durchschnittliche Produktivitäts- und Intensitätsvorsprung der betreffenden Nation gegenüber den anderen Nationen, der ihren Rangpunkt in der internationalen Stufenleiter und damit ihren Wechselkurs bestimmt.

Somit bilden sich die internationalen Wertgrößen über einen doppelten Prozeß heraus: einerseits bestimmt sich die Wertgröße durch die Rangstufen, die die Nationen innerhalb der Stufenleiter der universellen Arbeit einnehmen, andererseits kommt die internationale Wertgröße in ihrer letzten Konkretion über den Konkurrenzprozeß der nationalen Kapitale innerhalb einer Produktionssphäre auf dem Weltmarkt zustande. Hier wirken die gleichen Mechanismen, die wir oben bei der Ableitung der Kategorien Marktpreis und Marktwert beschrieben haben.

Wir hatten oben die Frage aufgeworfen, ob sich nicht die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen aufgrund der relativen Immobilität der Kapitale und der Arbeitskräfte im internationalen Rahmen permanent verschärft. Diese Frage läßt sich jetzt dahingehend beantworten, daß der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zwischen den Nationen durch die Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt entgegengewirkt wird. Ohne die Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt würde sich die Tendenz zur Ungleichmäßigkeit permanent verschärfen, wie aus der Ausgangssituation, die in Tabelle 1 konstruiert wurde, ersichtlich ist:

Auf der Grundlage des Wechselkurses 1 Dollar = 1 DM = 1 Pfd. St. würden die BRD und England in ihrem nationalen Akkumulationsprozeß permanent benachteiligt und der Akkumulationsprozeß in den USA aufgrund ihres großen Produktivitäts- und Intensitätsvorsprunges permanent begünstigt werden. Durch die Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt bleibt jedoch auch die Konkurrenzfähigkeit der nationalen Kapitale erhalten, die im unteren Teil der Stufenleiter der universellen Arbeit liegen. Andererseits

verschärft die Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung innerhalb einer Nation: Nur die Kapitale können der Weltmarktskonkurrenz standhalten, die mit einer Produktivität und Intensität der Arbeit produzieren, die der durchschnittlichen Position der Nation im internationalen Vergleich entspricht oder darüber liegt, während die Kapitale, die diesem relativen Durchschnittsgrad, den die nationale Arbeit in der Stufenleiter der universellen Arbeit einnimmt, nicht genügen, durch die internationale Konkurrenz erdrückt werden, obwohl sie produktiver produzieren mögen als die Weltmarktskonkurrenz.

3.2.2. Diskussion über Weltdurchschnittsprofitrate und Weltproduktionspreis

Obwohl es für den weiteren Gang der Argumentation nicht unbedingt erforderlich ist, soll hier dennoch kurz das Problem diskutiert werden, warum es auf dem Weltmarkt Marktwerte und Marktpreise gibt, aber dennoch keine Weltproduktionspreise und keine allgemeine Profitrate.

Marx führt als Bedingungen für die Ausgleichung der Profitraten zur allgemeinen Profitrate folgendes aus:

»Diese Ausgleichung gelingt dem Kapital mehr oder minder, je höher die kapitalistische Entwicklung in einer gegebenen nationalen Gesellschaft ist. (...) Die beständige Ausgleichung der beständigen Ungleichheiten vollzieht sich *umso mehr*,

1. je mobiler das Kapital, d.h. je leichter es übertragbar ist von einer Sphäre und von einem Ort zum anderen;
2. je rascher die Arbeitskraft von einer Sphäre in die andere und von einem lokalen Produktionspunkt auf den anderen werfbar ist.

Nr. 1 unterstellt vollständige Handelsfreiheit im Inneren der Gesellschaft... ferner Entwicklung des Kreditsystems... Nr. 2 setzt voraus Aufhebung aller Gesetze, welche die Arbeiter hindern, aus einer Produktionssphäre in die andere oder aus einem Lokalsitz der Produktion nach irgendeinem anderen überzusiedeln.«³⁴

Da diese Bedingungen im internationalen Rahmen noch keineswegs gegeben sind, kann allenfalls von einer historischen Tendenz zur Weltdurchschnittsprofitrate gesprochen werden. Daraus folgt natürlich, daß es ebensowenig schon Weltproduktionspreise gibt. Die Weltmarktpreise schwanken dementsprechend nicht um die Weltproduktionspreise, sondern kommen aus der Konkurrenz nationaler Produktionspreise zustande, die entsprechend der *Stufenleiter der universellen Arbeit gewichtet werden*.³⁵

3.2.3. Ungleicher Tausch auf dem Weltmarkt

Nach der Ableitung der Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt ist es nun möglich ein weiteres Problem, das des ungleichen Tausches auf dem Weltmarkt zu klären, das für die Diskussion über die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen von großer Bedeutung ist.

»Kapitale, im auswärtigen Handel angelegt, können eine höhere Profitrate abwerfen, weil hier erstens mit Waren konkurriert wird, die von anderen Ländern mit minderen Produktionsleichtigkeiten produziert werden, so daß das fortgeschrittenere Land seine Waren über ihrem Wert verkauft, obwohl wohlfeiler als die Konkurrenzländer. Sofern die Arbeit des fortgeschrittenen Landes hier als Arbeit von höherem spezifischen Wert verwertet wird, steigt die Profitrate, indem die Arbeit, die nicht als qualitativ höhere bezahlt, als solche verkauft wird. Dasselbe Verhältnis kann stattfinden gegen das Land, wohin Waren gesandt und woraus Waren bezogen werden; daß dies nämlich mehr vergegenständlichte Arbeit in natura gibt, als es erhält, und daß es doch hierbei die Ware wohlfeiler erhält, als es sie selbst produzieren könnte. Ganz wie der Fabrikant, der eine neue Erfindung vor ihrer Verallgemeinerung benutzt, wohlfeiler verkauft, als seine Konkurrenten, und dennoch über dem individuellen Wert seiner Ware verkauft, d. h. die spezifisch höhere Produktivkraft der von ihm angewandten Arbeit als Mehrarbeit verwertet. Er realisiert so einen Surplusprofit.... Das begünstigte Land erhält mehr Arbeit zurück im Austausch für weniger Arbeit, obwohl diese Differenz, dieses Mehr, wie beim Austausch zwischen Arbeit und Kapital überhaupt, von einer gewissen Klasse eingesackt wird.«³⁶

Wie im Zusammenhang mit der Kategorie Extramehrwert von manchen Marxisten von einem Werttransfer gesprochen wird (vergl. oben), so ist umso mehr im Rahmen der Diskussion über den ungleichen Tausch auf dem Weltmarkt die Vorstellung von einem Werttransfer weit verbreitet.³⁷ Genauso wie im nationalen Rahmen der Extramehrwert nicht aus einem Werttransfer resultiert, sondern aus einer höheren Verwertung von Arbeit mit spezifischer Produktivkraft, so wird auch im internationalen Rahmen beim ungleichen Tausch das Wertgesetz nicht etwa verletzt, wenn nationale Arbeit von höherer Produktivität und Intensität als der Weltdurchschnitt sich auf dem Weltmarkt höher verwertet; vielmehr handelt es sich hierbei um das Wirken des Wertgesetzes selber. Die Kategorie ungleicher Tausch — und nur so sind alle Passagen bei Marx über den ungleichen Tausch zu verstehen — muß so interpretiert werden, daß es sich hierbei um einen ungleichen Tausch von Arbeitsquanta handelt, nicht etwa um einen Tausch ungleicher Werte, was einer Verletzung des Wertgesetzes gleichkäme.

»Profit kann auch durch Prellerei gemacht werden, daß der eine gewinnt, was der andere verliert. Verlust und Gewinn innerhalb eines Landes gleichen sich aus. Nicht so zwischen verschiedenen Ländern. Und selbst die Theorie Ricardos betrachtet.... können sich drei Arbeitstage eines Landes gegen einen eines anderen austauschen. Das Gesetz des Werts erhält hier wesentliche Modifikation. Oder wie sich innerhalb eines Landes skilled composed labour zur unskilled, simple verhält, so können sich die Arbeitstage verschiedener Länder verhalten. In diesem Falle exploitiert das reichere das ärmere, selbst wenn letzteres durch den Austausch gewinnt...«³⁸

»Daraus, daß der Profit unter dem Mehrwert stehen kann, also das Kapital sich profitlich austauschen kann, ohne sich zu verwerten im strikten Sinn, folgt; daß nicht nur individuelle Kapitalisten, sondern Nationen fortwährend miteinander tauschen können, auch fortwährend den Austausch auf stets wachsender Stufenleiter wiederholen, ohne daß sie deswegen gleichermaßen zu gewinnen brauchen. Die eine kann sich fortwährend einen Teil der

Surplusarbeit der anderen aneignen, für den sie nichts im Austausch zurückgibt, bloß daß hier das Maß nicht wie im Austausch zwischen Kapitalist und Arbeiter.«³⁹

Durch die Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt, wie es insbesondere durch Wechselkursänderungen und Geldwertänderungen zum Durchbruch gelangt, wird der ungleiche Tausch einerseits institutionalisiert, weil jede nationale Arbeit, die mit überdurchschnittlicher Produktivität und Intensität verausgabt wurde, als Arbeit von spezifischem Gewicht zählt, sich also höher verwertet, andererseits aber der dem ungleichen Tausch zugrundeliegende Ausbeutungsmechanismus in seiner Wirkungsweise dadurch abgemildert wird: denn die Wechselkursänderungen haben zur Folge, daß die Länder mit geringerer Produktivität und Intensität der Arbeit über Abwertungen, Preisvorsprünge auf dem Weltmarkt zu erzielen, die es ihnen ermöglichen, die über den ungleichen Tausch an ihnen vollzogene Ausbeutung durch die Ausdehnung ihrer Marktanteile auf dem Weltmarkt zu kompensieren. Dieser Wechselkursmechanismus in seiner doppelten Form — einerseits Institutionalisierung des ungleichen Tausches, andererseits Kompensation des ungleichen Tausches — kann nicht ohne weiteres auf die Handelsbeziehungen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern angewendet werden. Für die Entwicklungsländer trifft nur eines der genannten Momente zu: Durch den Wechselkursmechanismus wird zwar der ungleiche Tausch zugunsten der Industrieländer institutionalisiert; die entgegenwirkende Tendenz kann jedoch nicht zum Zuge kommen, weil die Handelsbeziehungen zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern sich im wesentlichen auf den Tausch verschiedenartiger Gebrauchswerte (Rohstoffe gegen Fertigwaren) beziehen, sodaß die Entwicklungsländer durch Abwertungen ihrer Währungen oder Aufwertungen der Währungen der Industrieländer keine Konkurrenzvorteile diesen gegenüber erzielen, sondern allenfalls anderen Entwicklungsländern gegenüber.

4. Weltgeld und Weltwährungssystem

In den ersten drei Teilen dieser Arbeit wurden die Tendenzen des Kapitals, den Weltmarkt zu produzieren, die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen und die daraus entspringende Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt dargestellt.

Im folgenden Abschnitt soll die Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt in seiner Vermittlung durch das Weltwährungssystem abgeleitet werden. Wir werden die dafür grundlegenden Kategorien Weltgeld, Zahlungsbilanz und Wechselkurs entwickeln, dann auf die Geschichte und die heutige Struktur des Weltwährungssystems eingehen, um schließlich die aufgrund der Ungleichmäßigkeit produzierten Zahlungsbilanzungleichgewichte und deren Ausgleichsmechanismen darzustellen.

Die in den ersten Teilen der Arbeit beschriebene Gesetzmäßigkeit des Kapitals zur ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen, die Tendenzen zum ungleichen Tausch und die diesem entgegenwirkenden Mechanismen finden ihren Ausdruck einerseits in den Zahlungsbilanzungleichgewichten und andererseits in den Zahlungsbilanzausgleichsmechanismen, wie dem Geldmengen-Preis-Mechanismus und dem Wechselkursmechanismus.

4.1. Formen und Funktion des Geldes

»Die Ökonomen pflegen das Geld aus den äußeren Schwierigkeiten abzuleiten, worauf der erweiterte Tauschhandel stößt, vergessen aber dabei, daß diese Schwierigkeiten aus der Entwicklung des Tauschwerts und daher der gesellschaftlichen Arbeit als allgemeiner entspringen. — Z. B.: Die Waren sind als Gebrauchswerte nicht beliebig teilbar, was sie als Tauschwerte sein sollen. Oder die Ware von A mag Gebrauchswert von B sein, während die Ware von B nicht Gebrauchswert für A ist. Oder die Warenbesitzer mögen ihre wechselseitig auszutauschenden unteilbaren Waren in ungleichen Wertproportionen bedürfen. In anderen Worten, unter dem Vorwand, den einfachen Tauschhandel zu betrachten, veranschaulichen sich die Ökonomen gewisse Seiten des Widerspruchs, den das Dasein der Ware als unmittelbare Einheit von Gebrauchswert und Tauschwert einhüllt. Andererseits halten sie dann konsequent am Tauschhandel als adäquate Form des Austauschprozesses der Waren fest, der nur mit gewissen technischen Unbequemlichkeiten verknüpft sei, wofür Geld ein pfiffig ausgedachtes Auskunftsmittel.«⁴⁰

Ohne im Rahmen dieser Abhandlung alle Aspekte der Genesis des Geldes darstellen zu können, ist es doch notwendig, hervorzuheben, daß das Geld in allen seinen Formen kein »pfiffig ausgedachtes Auskunftsmittel« ist, das lediglich aus den technischen Schwierigkeiten der Warenzirkulation entspringt, sondern daß das Geld Ausdruck bestimmter gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse ist. Die warenproduzierende Gesellschaft, deren Be-

stimmungsmomente Privatproduktion, Arbeitsteilung und Austausch sind, ist durch den Widerspruch bestimmt, daß die Arbeit als *unmittelbar private* verausgabt wird, sich aber gleichzeitig als gesellschaftliche zu bewähren hat (vgl. Pkt. 3.1).

Der Widerspruch der Ware, unmittelbare Einheit von Gebrauchswert und Tauschwert zu sein, läßt sich auf den widersprüchlichen Charakter der in der warenproduzierenden Gesellschaft geleisteten Arbeit zurückführen. Mit der Entwicklung der Warenzirkulation vom einfachen Warentausch bis zur kapitalistischen Warenproduktion muß sich dieser innere Gegensatz der Ware veräußerlichen. Der Wert der Ware veräußerlicht sich in einem allgemeinen Äquivalent, dem Gelde, so daß der innere Gegensatz der Ware, Gebrauchswert und Tauschwert zu sein, sich durch die Verdopplung der Ware in Ware und Geld zu einem äußeren Gegensatz entwickelt.

»Die historische Ausweitung und Vertiefung des Austauschs entwickelt den in der Warennatur schlummernden Gegensatz von Gebrauchswert und Wert. Das Bedürfnis, diesen Gegensatz für den Verkehr äußerlich darzustellen, treibt zu einer selbständigen Form des Warenwerts und ruht und rastet nicht, bis sie *endgültig erzielt ist durch die Verdopplung der Ware in Ware und Geld*. In demselben Maße daher worin sich die Verwandlung der Arbeitsprodukte in Waren, vollzieht sich die Verwandlung von Ware in Geld.«⁴¹

Hieraus wird deutlich, daß das Geld letzten Endes nicht aus den technischen Erfordernissen der Warenzirkulation (*die Ware als Tauschwert beliebig teilbar, als Gebrauchswert dagegen nicht etc.*) abzuleiten ist, dieses vielmehr aus dem Widerspruch der warenproduzierenden Gesellschaft zu entwickeln ist, in der die private Arbeit sich als gesellschaftlich notwendige Arbeit zu bewähren hat. Der innere Gegensatz der Ware findet in seiner Veräußerlichung in Ware und Geld, d. h. in der Warenmetamorphose $W - G - W$ seine Bewegungsform. »Der der Ware immanente Gegensatz von Gebrauchswert und Wert, von Privatarbeit, die sich zugleich als unmittelbar gesellschaftliche Arbeit darstellen muß, von besonderer konkreter Arbeit, die zugleich nur als abstrakt allgemeine gilt, von Personifizierung der Sache und Versachlichung der Personen — dieser immanente Widerspruch erhält in den Gegensätzen der Warenmetamorphose seine entwickelten Bewegungsformen.«⁴²

In der Entwicklung der Warenzirkulation schließen alle Waren durch eine gesellschaftliche Aktion eine einzige Ware aus, in der sie ihre Werte darstellen, die also allgemeines Äquivalent für alle Waren bildet. Historisch wechselte die Naturalform des allgemeinen Äquivalents mehrmals bis schließlich aufgrund ihrer spezifischen Qualitäten Gold und Silber sich als Naturalform des allgemeinen Äquivalents durchsetzten. Die Besonderheit der Geldware besteht darin, daß es ihr Gebrauchswert ist, die Funktionen des Geldes auszuüben, nämlich Maß der Werte, Zirkulationsmittel, Geld als Geld, einschließlich Weltgeld, zu sein. Der Tauschwert der Geldware bestimmt sich wie bei jeder anderen Ware durch ihre Herstellungskosten (*die zu ihrer Produktion notwendige Arbeitszeit*).

Im folgenden sollen die Funktionen und Formen des Geldes in der nationalen Zirkulation ausgeführt werden, um davon die Funktionen des Weltgeldes abgrenzen und bestimmen zu können.

4.1.1. Geld als Maß der Werte und als Maßstab der Preise

Als Maß der Werte liefert die allgemeine Ware, das Geld, allen anderen Waren das Material ihres Wertausdrucks:

»Die erste Funktion des Geldes besteht darin, der Warenwelt das Material ihres Wertausdrucks zu liefern oder die Warenwerte als gleichnamige Größen, qualitativ gleich und quantitativ vergleichbar, darzustellen. So funktioniert es als allgemeines Maß der Werte, und nur durch diese Funktion wird Gold, die spezifische Äquivalentware, zunächst Geld.«⁴³

Durch die Herausbildung eines allgemeinen Äquivalents wird die Wertform der Ware in die Geldform transformiert: Der Wertausdruck einer Ware in Geld ist ihre Geldform oder ihr Preis. Die Preisform verwandelt die Warenwerte in vorgestellte Geld- bzw. Goldquanta. Die Geld- bzw. Goldquanta bedürfen, um verglichen werden zu können, einer Maßeinheit; diese Maßeinheit ist durch die natürliche Maßeinheit der Geldware, des Goldes oder Silbers etc., bestimmt. Die Maßeinheiten des Geldes werden damit Maßstäbe der Preise.

»Als Maß der Werte und als Maßstab der Preise verrichtet das Geld zwei ganz verschiedene Funktionen. Maß der Werte ist es als die gesellschaftliche Inkarnation der menschlichen Arbeit, Maßstab der Preise als ein festgesetztes Metallgewicht. Als Wertmaß dient es dazu, die Werte der verschiedenen Waren in Preise zu verwandeln, in vorgestellte Goldquanta; als Maßstab der Preise mißt es diese Goldquanta.«⁴⁴

In dieser ersten Funktion des Geldes, Maß der Werte und Maßstab der Preise zu sein, ist das Geld nur ideelles, vorgestelltes, nicht wirkliches Geld. Erst wenn der in der Ware enthaltene Wert in der Warenzirkulation seine Formverwandlung von Ware in Geld vollzieht, verwandelt sich das ideell im Preis vorhandene Geld in klingende Münze.

4.1.2. Geld als Zirkulationsmittel

In dieser Warenzirkulation, in der das Geld die Eigenschaft ausübt, den Warentausch zu vermitteln, nimmt das Geld seine zweite Funktion, nämlich Zirkulationsmittel zu sein, wahr.

»Betrachten wir nun das Resultat von $W - G - W$ so sinkt es zusammen in den Stoffwechsel $W - W$. Ware ist gegen Ware, Gebrauchswert gegen Gebrauchswert ausgetauscht worden, und die Geldwerdung der Ware oder die Ware als Geld, dient nur zur Vermittlung dieses Stoffwechsels. Das Geld erscheint so als bloßes Tauschmittel der Waren, aber nicht als Tauschmittel überhaupt, sondern durch den Zirkulationsprozeß charakterisiertes Tauschmittel, d. h. Zirkulationsmittel.«⁴⁵

Aus der Funktion des Geldes als Zirkulationsmittel, lediglich die entgegengesetzten Phasen der Warenmetamorphose zu vermitteln, läßt sich ableiten, weshalb das allgemeine Äquivalent als Goldgeld durch Wertzeichen verschiedener Materiatur, z. B. Papiergeld repräsentiert werden kann.

»Ihre Bewegung, (Minimalmasse des Goldes, B. Sch. S.) stellt also nur das fortwährende Ineinanderumschlagen der entgegengesetzten Prozesse der Warenmetamorphose dar, worin der Ware ihre Wertgestalt nur gegenüber-

tritt, um sofort wieder zu verschwinden. Die selbständige Darstellung des Tauscherts der Ware ist hier nur flüchtiges Moment. Sofort wird sie wieder durch eine andere Ware ersetzt. Daher genügt auch die bloße symbolische Existenz des Geldes in einem Prozeß, der es beständig aus einer Hand in die andere entfernt. Sein funktionales Dasein absorbiert sozusagen sein materielles. Verschwindend objektivierter Reflex der Warenpreise, funktioniert es nur noch als Zeichen seiner selbst und kann daher auch durch Zeichen ersetzt werden.⁴⁶

Historisch vollzog sich dieser Ersatz der Naturalform des allgemeinen Äquivalents in seiner Funktion als Zirkulationsmittel wie folgt: Die Inhaber des Münzrechts reduzierten nach und nach den realen Gold- bzw. Silbergehalt der geprägten Münzen, bis diese schließlich reine Wertzeichen wurden. Dieser Prozeß des Ersatzes der reinen Gold- und Silbermünzen durch metallische Geldmarken leitete dazu über, diese metallischen Wertzeichen nach und nach durch Papiergeld mit staatlichem Zwangskurs zu ersetzen. Dieses Papiergeld muß natürlich in einem bestimmten quantitativen Verhältnis zum allgemeinen Äquivalent, das es repräsentiert, stehen. Die sich hieraus ergebenden Probleme der Geldwertänderungen (z. B. Inflation) werden weiter unter im Zusammenhang mit der Ableitung des Geldmengen-Preis-Mechanismus dargestellt (vgl. 4.5.1).

4.1.3. Geld als Geld

Im Unterschied zu den ersten beiden Funktionen des Geldes ist das Geld in seiner dritten Bestimmung, nämlich als Inkarnation des Tauscherts, weder nur ideelles Geld, noch als Geld repräsentationsfähig.

4.1.3.1. Geld als Schatz

Die Formen der Warenmetamorphose $W - G - W$ bieten die Möglichkeit, daß die Formverwandlung nach $W - G$ unterbrochen wird, mit der Absicht, das Geld nicht wieder in die Zirkulation zu werfen, um die Formverwandlung $G - W$ zu vollziehen, sondern das Geld außerhalb der Zirkulation zu schätzen.

»Mit der ersten Entwicklung der Warenzirkulation selbst entwickelt sich die Notwendigkeit und die Leidenschaft, das Produkt der ersten Metamorphose, die verwandelte Gestalt der Ware oder ihre Goldpuppe festzuhalten. Ware wird verkauft, nicht um Ware zu kaufen, sondern um Warenform durch Geldform zu ersetzen. Aus bloßer Vermittlung des Stoffwechsels wird dieser Formwechsel zum Selbstzweck. Die entäußerte Gestalt der Ware wird verhindert, als ihre absolut veräußerliche Gestalt oder nur verschwindende Geldform zu funktionieren. Das Geld versteinert sich damit zum Schatz und der Warenverkäufer wird Schatzbildner.«⁴⁷

4.1.3.2. Geld als Zahlungsmittel

Mit der Verdopplung der Ware in Ware und Geld und ihrer Bewegungsform der Warenmetamorphose ist die Möglichkeit gegeben, daß die Ware ver-

äußert wird, aber nicht gleichzeitig ihren Preis realisiert, vielmehr das Geld erst zu einem vereinbarten späteren Termin dem Verkäufer vom Käufer übertragen wird. Der Verkäufer verhält sich somit dem Käufer gegenüber als Gläubiger, während ihm der Käufer als Repräsentant zukünftigen Geldes gegenübertritt, d. h. als Schuldner. Das Geld nimmt in diesem Prozeß die Form des Zahlungsmittels an:

»Die gleichzeitige Erscheinung der Äquivalente Ware und Geld auf den beiden Polen des Verkaufsprozesses hat aufgehört. Das Geld funktioniert jetzt erstens als Wertmaß in der Preisbestimmung der verkauften Waren. Ihr kontraktlich festgesetzter Preis mißt die Obligation des Käufers, d. h. die Geldsumme, die er an bestimmtem Zeittermin schuldet. Es funktioniert zweitens als ideelles Kaufmittel. Obgleich es nur im Geldversprechen des Käufers existiert, bewirkt es den Händewechsel der Ware. Erst am fälligen Zahlungstermin tritt das Zahlungsmittel wirklich in Zirkulation, d. h. geht aus der Hand des Käufers in die Hand des Verkäufers über.

Das Zirkulationsmittel verwandelt sich in Schatz, weil der Zirkulationsprozeß mit der ersten Phase abbrach oder die verwandelte Gestalt der Ware der Zirkulation entzogen wurde. Das Zahlungsmittel tritt in die Zirkulation hinein, aber nachdem die Ware bereits aus ihr ausgetreten ist. Das Geld vermittelt nicht mehr den Prozeß. Es schließt ihn selbständig ab als absolutes Dasein des Tauscherts oder allgemeiner Ware.«⁴⁸

Dieses Verhältnis von Gläubiger und Schuldner, aus dem die Funktion des Geldes als Zahlungsmittel entspringt, ist die Basis für das Kreditgeld und seine Formen, in dem der Schuldner dem Gläubiger Schuldzertifikate, z. B. Wechsel überträgt. Diese Wechsel zirkulieren als Kreditgeld und repräsentieren Werte, die noch produziert bzw. realisiert werden müssen.

4.1.4. Weltgeld

Diese oben entwickelten Formen und Funktionen des Geldes gelten in vollem Umfang für die nationale Zirkulation. Verläßt das Geld die nationale Zirkulation, so streift es bestimmte Funktionen ab, um aber als Weltgeld neue Funktionen anzunehmen und spezifische Funktionen des allgemeinen Äquivalents besonders zu betonen.

»In den verschiedenen Nationaluniformen, die Gold und Silber als Münzen tragen, auf dem Weltmarkt aber wieder ausziehen, erscheint die Scheidung zwischen der inneren oder nationalen Sphäre der Warenzirkulation und ihrer allgemeinen Weltmarktssphäre.«⁴⁹ »Mit dem Austritt aus der inneren Zirkulationssphäre streift das Geld die dort aufschießenden Lokalformen von Maßstab der Preise, Münzen, Scheidemünzen und Wertzeichen, wieder ab, und fällt in die ursprüngliche Barrenform der edlen Metalle zurück.«⁵⁰

Diese Aussage von Marx muß vor dem Hintergrund des zu seiner Zeit herrschenden Weltwährungssystems, des Goldstandards gesehen werden. Im Goldstandard — wie noch weiter unten auszuführen sein wird, nehmen schließlich Gold und Silber die Funktionen des Weltgeldes wahr, während im heutigen Weltwährungssystem auch Wertzeichen, nationale und internationale wie z. B. Dollar und Sonderziehungsrechte, als Weltgeld fungieren.

Die Bedeutung dieses Sachverhalts, daß nationale Wertzeichen als Weltgeld fungieren, wird im Teil 4.4.2 ausgeführt werden.

Als Weltgeld nimmt das Geld vornehmlich drei Funktionen wahr: es funktioniert als allgemeines Zahlungsmittel, allgemeines Kaufmittel und absolute gesellschaftliche Materiatutur des Reichtums.

Weil die heutigen Handelsbeziehungen zwischen den Nationen vor allem Kreditbeziehungen sind, nimmt das Geld als Weltgeld nicht sosehr die Funktion des allgemeinen Kaufmittels wahr, sondern dient primär als allgemeines Zahlungsmittel. »Die Funktion als Zahlungsmittel, zur Ausgleichung internationaler Bilanzen herrscht vor.«⁵¹ Dies läßt sich daraus erklären, daß dort, wo Kreditbeziehungen überwiegen, die wechselseitigen Schuldforderungen sich zu bestimmten Zahlungsterminen in einer Schuldenbilanz zusammenfassen lassen, deren Ausgleich das Geld als Zahlungsmittel vollzieht. Wie die staatlichen Institutionen für die Bedürfnisse der nationalen Zirkulation Reservefonds halten, so erfordert die internationale Zirkulation, daß die am internationalen Handel beteiligten Nationen, ebenfalls internationale Reservefonds halten. Diese Funktion des Geldes als Reservefond wird heute nicht mehr nur wie zu Marxens Zeiten durch Gold und Silber wahrgenommen, sondern daneben auch durch nationale Währungen, die als Weltgeld fungieren. Auch dieser Sachverhalt kann erst weiter unten näher ausgeführt werden.

4.2. Zahlungsbilanz und ihre Bestandteile

Um die Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt in ihrer Vermittlung durch das Weltwährungssystem weiter entwickeln zu können, ist es notwendig, die Zahlungsbilanz und ihre Gliederung darzustellen; denn in der Zahlungsbilanz und ihren Teilbilanzen schlägt sich die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen nieder. Ferner ist der Zahlungsbilanz zu entnehmen, welche verschiedenen Faktoren den Devisenmarkt eines Landes und damit auch den Wechselkurs beeinflussen.

Der internationale Weltwährungsfond bezeichnet die in der Regel jährlich erstellte Zahlungsbilanz als »die systematische Aufzeichnung aller ökonomischen Transaktionen, die in dieser Periode zwischen Wirtschaftssubjekten des Landes (kurz: Inländern) und Wirtschaftssubjekten des Auslandes (kurz: Ausländern) stattgefunden haben.«⁵²

Diese sogenannten *ökonomischen Transaktionen* werden gewöhnlich nach folgenden Gesichtspunkten systematisiert:

In der *Handelsbilanz* werden die Warenexporte und die Warenimporte eines Landes erfaßt; die *Dienstleistungsbilanz* erfaßt Exporte und Importe sogenannter Dienstleistungen, wie z. B. Reisen, Transporte, Versicherungen, Truppenstationierungen etc. sowie Einkommenstransfers ausländischer Arbeitskräfte und Gewinntransfer ausländischer Kapitale, bzw. entsprechende Transaktionen, die aus der Tätigkeit nationaler Arbeitskräfte und nationaler Kapitale im Ausland resultieren.

Die *Kapitalbilanz* im engeren Sinne erfaßt im wesentlichen die Direktinvestitionen, die Portfolioinvestitionen (Wertpapiieranlagen) und die Kredite, die sich zwischen In- und Ausland vollziehen.

Position	1968	1969	1970
I. Bilanz der laufenden Posten			
1. Warenhandel			
Ausfuhr (fob) 1)	99 445	113 504	124 830
Einfuhr (fob) 1)	76 807	93 533	103 530
Transithandel (Saldo)	+ 65	+ 94	- 83
Saldo des Warenverkehrs	+ 22 703	+ 20 065	+ 21 217
2. Dienstleistungsverkehr	- 4 487	- 5 415	- 9 466
3. Übertragungen	- 7 312	- 8 424	- 9 314
Saldo der laufenden Posten (1+2+3)	+ 10 904	+ 6 226	+ 2 437
II. Kapitalverkehr			
1. Langfristiger Kapitalverkehr 2)3)			
Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: -)			
Privat	-11 833	-21 850	- 7 898
Direktinvestitionen	- 1 589	- 2 118	- 2 509
Portfolioinvestitionen	- 5 627	- 9 362	- 2 021
Kredite und Darlehen	- 4 393	- 9 993	- 2 962
Sonstiges	- 224	- 377	- 406
Öffentlich	- 1 280	- 1 738	- 2 339
Insgesamt	-13 113	-23 588	-10 237
Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)			
Privat	+ 1 671	+ 769	+ 5 907
Direktinvestitionen	+ 1 483	+ 1 377	+ 1 029
Portfolioinvestitionen	+ 13	- 1 208	+ 1 338
Kredite und Darlehen	+ 310	+ 699	+ 3 678
Sonstiges	- 135	- 99	- 138
Öffentlich	- 49	- 99	- 105
Insgesamt	+ 1 622	+ 670	+ 5 802
Saldo des langfr. Kapitalverkehrs	-11 419	-22 918	- 4 435
2. Kurzfristiger Kapitalverkehr (einschl. Restposten)			
Kreditinstitute	+ 2 455	+ 4 325	+ 7 927
Öffentliche Hand 4)	+ 1 185	- 29	- 428
Unternehmen	+ 3 956	+ 2 134	+16 411
Finanzkredite	+ 536	- 235	+ 6 454
Restposten 5)	+ 3 420	+ 2 369	+ 9 957
Saldo des kurzfr. Kapitalverkehrs	+ 7 596	+ 6 430	+23 910
Saldo des gesamten Kapitalverkehrs	- 3 895	-16 488	+ 19 475
Saldo aller Transaktionen in laufender Rechnung und im Kapitalverkehr (I+II)	+ 7 009	-10 262	+21 912
III. Ausgleichsposten zu Veränderungen der zentralen Währungsreserven durch die DM-Aufwertung (1969) und die Zuteilung von Sonderziehungsrechten (1970) 6)	-	- 4 099	+ 738
IV. Devisenbilanz (Überschuß: +) 7)	+ 7 009	-14 361	+22 650

Die *Schenkungsbilanz* gibt die unentgeltlichen Leistungen zwischen In- und Ausland, z.B. Reparationszahlungen und Entwicklungshilfe, wieder.

Die *Gold- und Devisenbilanz* drückt »die Veränderungen der Goldbestände und der Devisenkonto (aus), also den effektiven Niederschlag aller Zahlungsvorgänge im Sektor des Waren- und Dienstleistungsverkehrs, der unentgeltlichen Leistungen und der Kapitalbewegung...«⁵³

Die Summe dieser Teilbilanzen ergibt die Zahlungsbilanz; innerhalb der Zahlungsbilanz lassen sich die genannten Teilbilanzen zu besonderen Gruppen zusammenfassen:

Die Handelsbilanz und die Dienstleistungsbilanz ergeben die sogenannte *Leistungsbilanz*; die Leistungsbilanz und die Schenkungsbilanz bilden zusammen die *Bilanz der laufenden Posten*; die Bilanz der laufenden Posten und die Bilanz des langfristigen Kapitalverkehrs (ökonomische Transaktionen mit einer Laufzeit von über einem Jahr) werden zur *Grundbilanz* zusammengefaßt. Am Beispiel einer Zahlungsbilanz der BRD soll diese Systematisierung veranschaulicht werden:

Die einzelnen ökonomischen Transaktionen zwischen der BRD und dem Ausland werden in der Zahlungsbilanz mit einem positiven (+) Vorzeichen erfaßt, wenn sie der BRD Devisen bringen; umgekehrt mit einem negativen (-) Vorzeichen, wenn sie die BRD Devisen kosten. Warenexporte, Dienstleistungsexporte, Schenkungen des Auslands an die BRD und Kapitalimporte in die BRD bringen der Bundesrepublik Devisen, während Warenimporte, Schenkungen an das Ausland die Bundesrepublik Devisen kosten. Dementsprechend läßt sich aus den Salden der Teilbilanzen ablesen, ob die in dieser Bilanz erfaßten ökonomischen Transaktionen die Währungsreserven der BRD vermehrt oder vermindert haben.

In der Regel ist die Handelsbilanz der BRD positiv, d. h. die Warenexporte übersteigen die Warenimporte, während die Dienstleistungsbilanz und die Schenkungsbilanz meist negativ abschließen, weil die Reparationszahlungen der BRD, der westdeutsche Reiseverkehr, die Entwicklungshilfeleistungen,

TABELLE 3: Hauptposten der Zahlungsbilanz (in Mio DM)⁵⁴

1) Spezialhandel; einschl. Ergänzungen. — 2) Für die Aufgliederung in „Privat“ und „Öffentlich“ ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die an der jeweiligen Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. — 3) Die Aufgliederung des langfristigen Kapitalverkehrs nach „Direktinvestitionen“, „Portfolioinvestitionen“, „Kredite und Darlehen“ sowie „Sonstiges“ ist zum Teil geschätzt. — 4) Im wesentlichen handelt es sich hier um die Veränderung der Forderungen des Bundes aus Vorauszahlungen für Verteidigungseinführen und der Verbindlichkeiten des Bundes gegenüber den Europäischen Gemeinschaften auf sog. Hinterlegungskonten. — 5) Saldo der nicht erfaßten Posten und der statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr. — 6) Vgl. Anm. 7). — 7) Im Saldo der Devisenbilanz (= Veränderung der Nettowährungsreserven der Deutschen Bundesbank) sind auch die Minderung des DM-Wertes der Gold- und Devisenpositionen der Deutschen Bundesbank durch die DM-Aufwertung vom 27. Oktober 1969 um 9,3% sowie die erstmalige Zuteilung von Sonderziehungsrechten (Jan. 1970) enthalten. Da diese Veränderungen nicht auf Transaktionen in laufender Rechnung und im Kapitalverkehr zurückgehen, wurden zum rechnerischen Ausgleich der Gesamtbilanz unter Ziff. III. Ausgleichsposten eingesetzt.

die Transfers von Gastarbeitern und ausländischem Kapital in der BRD die Einnahmen aus den westdeutschen Dienstleistungsexporten und den Schenkungen an die BRD weit übersteigen. Aus den Salden sowohl des langfristigen als auch kurzfristigen Kapitalverkehrs läßt sich kein Trend ablesen; hier sind vielmehr jährliche Schwankungen zwischen Überschüssen und Defiziten zu beobachten. Der Saldo der Gold- und Devisenbilanz der BRD ist meistens mit einem positiven Vorzeichen ausgewiesen, weil die BRD in der Regel *Zahlungsbilanzüberschüsse* aufweist.

Aufgrund der doppelten Buchführung ist die gesamte Zahlungsbilanz immer ausgeglichen; der Begriff Zahlungsbilanzungleichgewicht ist in diesem Sinne falsch, gemeint sind jeweils Ungleichgewichte in den Teilbilanzen, die natürlich Überschüsse oder Defizite aufweisen können.

Wenn gemeinhin von Zahlungsbilanzüberschüssen oder -defiziten gesprochen wird, dann kann entweder die Leistungsbilanz, die Bilanz der laufenden Posten oder — sehr häufig — die Grundbilanz gemeint sein. Zahlreiche europäische Länder sprechen von Überschüssen oder Defiziten in ihrer Zahlungsbilanz, wenn die Währungsreserven der Zentralbank und der Geschäftsbanken positive oder negative Veränderungen aufweisen; die Deutsche Bundesbank spricht von einem Überschuß oder Defizit nur dann, wenn ihre Währungsreserven zu- bzw. abgenommen haben.

Im folgenden soll aufgezeigt werden, welche realen Prozesse sich hinter den Bilanzbewegungen in den wichtigsten Teilbilanzen verbergen.

Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen schlägt sich am deutlichsten in der Handelsbilanz nieder. Exportüberschüsse weisen darauf hin, daß das betreffende Land einen hohen Grad an Intensität und Produktivität der Arbeit verglichen mit den konkurrierenden nationalen Kapitalen besitzt.

Bleiben diese Exportüberschüsse über mehrere Jahre konstant und nehmen sie ein extremes Ausmaß an, so kann dies dadurch verursacht sein, daß entweder die Wechselkurse nicht mehr wirkliche Indikatoren der Rangpunkte sind, die die nationalen Arbeiten in der Stufenleiter der universellen Arbeit einnehmen, oder aber daß die Wechselkurse nicht die relativen Verschiebungen zwischen den nationalen Geldwerten wiedergeben. Das Land mit den permanenten Exportüberschüssen hat also entweder die Produktivität und Intensität seiner Arbeit im internationalen Vergleich verbessern können, oder die Entwertung seiner nationalen Währung lag unter den Inflationsraten seiner wichtigsten internationalen Konkurrenten.

Diese Situation muß — wie oben beschrieben — durch eine Aufwertung der nationalen Währung oder durch den Geldmengen-Preis-Mechanismus korrigiert werden, was nichts anderes bedeutet, als die Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt. Diese beiden Anpassungsprozesse werden weiter unten ausführlich diskutiert.

Die Bewegungen in der Kapitalbilanz können durch die verschiedenartigsten Faktoren verursacht sein. Die Posten Portfolioinvestitionen, Beiträge an internationale Organisationen, Entwicklungshilfekredite und Kredite im allgemeinen drücken nicht so sehr die Konkurrenzpositionen des betreffenden Landes auf dem Weltmarkt aus wie Warenimporte und Warenexporte.

Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung schlägt sich in der Kapitalbilanz am deutlichsten in den Posten »Direktinvestitionen« nieder; hier ist allerdings zu prüfen, welche konkreten Verwertungs- und Realisierungsbedingungen den internationalen Fluß der Kapitale bewirken.

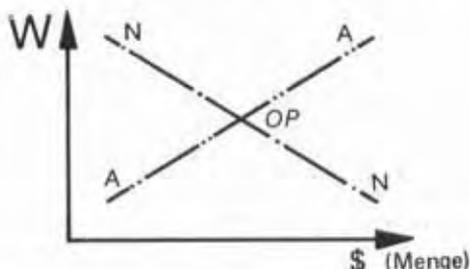
4.3. Wechselkurs und Devisenmarkt

4.3.1. Devisenmarkt

»Aus der Abgabe von Gütern, Dienstleistungen und Forderungsrechten an das Ausland fließen den Inländern Devisen zu, welche von anderen Inländern, die Auslandsleistungen zu erwerben trachten, nachgefragt werden. Dieses Zusammentreffen von Devisenangebot und Devisennachfrage bezeichnet man als Devisenmarkt. Auf dem Devisenmarkt bildet sich wie auf jedem anderen Markt ein Preis für das gehandelte Gut — hier für Devisen. Der Preis auf dem Devisenmarkt wird Wechselkurs genannt.«⁵⁵

Diese bürgerliche Ableitung des Wechselkurses, die den Wechselkurs allein aus dem Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt erklärt, soll noch weiter dargestellt und graphisch veranschaulicht werden, ehe aus einer Kritik daran der Zusammenhang von Wechselkurs und Wertgesetz aufgezeigt werden kann.

Klaus Rose stellt den Zusammenhang von Devisenmarkt und Wechselkurs folgendermaßen dar:



In diesem Modell werden folgende Annahmen getroffen:

Die Außenhandelsbeziehungen betreffen nur zwei Länder: den DM-Markt und den Dollar-Markt; auf dem Devisenmarkt werden nur Dollar gehandelt, der also die Währungseinheit des Auslandes bildet. Wie bei jeder anderen Ware Angebot und Nachfrage als abhängige Variable des Preises gefaßt werden können, so stellt Rose in der graphischen Darstellung Angebot und Nachfrage von Devisen als abhängige Variable des Wechselkurses (W) dar.

Der Wechselkurs (W), auch als Dollarkurs bezeichnet, ist als Preis für einen Dollar ausgedrückt in DM definiert (z. B. 1 Dollar = 4 DM). Die reziproke Größe dieses Wechselkurses (W) bildet den DM-Kurs, in diesem Fall also 1 DM = 0,25 Dollar, oder allgemein: $W^1 = 1/W$. Somit drückt der DM-Kurs den Preis einer DM in Dollar aus und der Dollar-Kurs den Preis eines Dollar in DM aus.

Weiter läßt sich aus dem Modell entnehmen, daß bei steigendem Dollarkurs, d. h. also bei steigendem Preis eines Dollar in DM, das Angebot an Devisen auf dem Devisenmarkt zunimmt, während die Nachfrage nach Devisen sinkt. Umgekehrt, umgekehrt. Diese Zusammenhänge drücken die Geraden $A = \text{Angebot an Devisen}$ und $N = \text{Nachfrage von Devisen}$ aus. Folgende Faktoren bestimmen auf dem Devisenmarkt Angebot und Nachfrage:

Das Devisenangebot setzt sich aus dem Wert der Exporte, dem Wert aller Kapitalimporte und dem Wert der Schenkungen aus dem Ausland zusammen, während die Devisennachfrage durch den Wert der Importe, den Wert der Kapitalexporte und den Wert der Schenkungen an das Ausland bestimmt ist.

Nach Ansicht der bürgerlichen Ökonomen kommt der Wechselkurs als Schnittpunkt der so bestimmten Angebots- und Nachfragemengen auf dem freien Devisenmarkt zustande. Die Wechselkurse bewegen sich somit auf dem freien Devisenmarkt zum Gleichgewichtspunkt OP, der folgender Bedingung genügt:

Wert der Exporte + Kapitalimporte + Schenkungen aus dem Ausland = Wert der Importe + Kapitalexporte + Schenkungen an das Ausland. Bilden sich die Wechselkurse durch das Spiel von Angebot und Nachfrage frei heraus, so bezeichnet man dieses als System flexibler Wechselkurse, während man bei einer Fixierung der Wechselkurse durch die politischen Instanzen von einem System fester Wechselkurse spricht.

Vollziehen sich in einem System flexibler Wechselkurse Auf- und Abwertungen automatisch, so kommen Änderungen des Wechselkurses im System fester Wechselkurse durch staatliche Eingriffe zustande. »Man spricht von einer Abwertung, wenn der Dollarkurs erhöht wird. Das Wort Abwertung bezieht sich also auf den DM-Kurs, der — wie wir wissen — dem reziproken Wert des Dollarkurses entspricht. Eine Abwertung der DM bedeutet also, daß für eine ausländische Währungseinheit mehr DM hingegeben werden müssen (= Steigerung des Dollarkurses) oder für eine DM weniger Dollar eingelöst werden können (= Senkung des DM-Kurses).«⁵⁶

4.3.2. Kaufkraftparitätentheorie

War die Ableitung des Wechselkurses aus dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt äußerst oberflächlich, weil die das Angebot und die Nachfrage bestimmenden Ursachen nicht benannt wurden, so versucht die auf Gustav Cassel zurückgehende Kaufkraftparitätentheorie, die im Rahmen der bürgerlichen Ökonomie ein Schattendasein führt, die Ursachen für die Wechselkursmodifikationen zu bestimmen. Kruse faßt den Kern der Kaufkraftparitätentheorie wie folgt zusammen:

»Wäre diese Theorie der Kaufkraftparitäten richtig, dann bestünde zwischen der Kaufkraft der Währungen kein Unterschied. Man erhielte für sein Geld die gleiche Menge an Gütern und Leistungen in jedem Lande, wenn man eine bestimmte Geldmenge des einen Landes zum jeweiligen Wechselkurs in das Geld eines anderen Landes eintauscht. Es gäbe dann keine billigen Länder und keine teuren Länder. Die Wechselkurse würden sich immer so einpendeln, daß keine Differenz zwischen den Preisspiegeln besteht.«⁵⁷

Neuere bürgerliche Ökonomen kritisieren diese Theorie richtig dahingehend, daß der Wechselkurs und damit der internationale Preis einer nationalen Währung nur durch die Weltmarktwaren zustande kommt, während die nationale Kaufkraft der Währungen durch Waren beeinflußt wird, die nicht auf dem Weltmarkt erscheinen. Daher kann über den Wechselkurs keine Kaufkraftparität der nationalen Währungen hergestellt werden. Diese bürgerlichen Ökonomen liefern allerdings trotz ihrer Kritik an der Kaufkraftparitätentheorie keine neue Ableitung der Bestimmungsgründe für die Wechselkursmodifikationen; in ihrer Verlegenheit halten sie vielmehr diese Theorie im Kern für richtig:

»Bei voller Berücksichtigung des eingeschränkten Aussagewerts der Kaufkraftparitätentheorie läßt sich jedoch die Faustregel aufstellen: Bei monetär verursachten Änderungen des frei schwankenden Wechselkurses bleibt auf lange Sicht die Kaufkraftparität der Währungen erhalten.«⁵⁸

Die Diskussion der bürgerlichen Ökonomen über die Ursachen der Wechselkursmodifikationen bezieht sich immer nur auf das System flexibler Wechselkurse, für das allein die Kaufkraftparitätentheorie Gültigkeit beansprucht. Die Frage, welche Gründe die Wechselkursänderungen im System fester Wechselkurse verursachen, hält die bürgerliche Ökonomie für irrelevant, denn:

»Die Frage nach den Bestimmungsgründen der Wechselkursänderungen hat nicht viel Sinn, sofern der Kurs durch die politischen Instanzen fixiert ist.«⁵⁹ Und:

»Bei metallfreier Währung mit festen Wechselkursen ist der einzelne Wechselkurs autonom durch die Notenbank oder durch internationale Verträge festgelegt.«⁶⁰

Wir werden im folgenden diese »sinnlose Frage« erörtern.

4.3.3. Wertgesetz und Wechselkurse

Auch an dieser Frage, welches die letztendlichen Bestimmungsgründe sind, die sich hinter den Wechselkursbewegungen verbergen, wird deutlich, daß die bürgerliche Ökonomie entweder an äußerlichen Phänomenen, wie Angebot und Nachfrage, als Bestimmungsmomenten für die Wechselkurse nicht vorbeikommt oder in einer Theorie, wie der Kaufkraftparitätentheorie steckenbleibt, die ebenfalls die Bewegungsgesetze hinter den Wechselkursmodifikationen nicht erfaßt, wenn sie auch in der Lage ist, die Oberfläche teilweise richtig widerzuspiegeln.

Wie wir oben abgeleitet haben, verbirgt sich hinter den internationalen Geldwerten der nationalen Währungen, die im Wechselkurs erscheinen, die Stufenleiter der universellen Arbeit, die jeder nationalen Arbeit entsprechend ihres Rangpunktes in der Stufenleiter der nationalen Produktivitäten und Intensitäten einen bestimmten Wert zuweist. Das Bewegungsgesetz hinter den Wechselkursmodifikationen ist folglich die Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt. Diese Stufenleiter der universellen Arbeit, die sich in den Wechselkursen ausdrückt, kann auch nicht durch unterschiedliche Geldentwertungsprozesse in den verschiedenen Nationen durchbrochen

werden. Weist z. B. die BRD geringere Inflationsprozesse auf als ihre internationalen Konkurrenten, so bedingt dies zwar zunächst, daß das BRD-Kapital seine Arbeit auf dem Weltmarkt schlechter verwertet als die Stufenleiter der universellen Arbeit es verlangt; dies deshalb, weil der Preisausdruck der Weltmarktwaren der BRD relativ geringer zunimmt. Umgekehrt ermöglicht die höhere Inflationsrate den Konkurrenzländern, ihre Arbeit auf dem Weltmarkt höher zu verwerten als die Stufenleiter der universellen Arbeit es erheischt. Dennoch zeigt sich auch hier, daß sich das Wertgesetz als Bewegungsgesetz auf dem Weltmarkt im Prozeß durchsetzt. Die angenommene Situation bewirkt nämlich, daß die BRD hohe Exportüberschüsse aufgrund ihres Preisvorteils erzielt, während die Exporte der Konkurrenzländer aufgrund ihrer höheren Preise zurückgehen werden. Der Anpassungsprozeß an die Stufenleiter der universellen Arbeit vollzieht sich jetzt folgendermaßen:

Entweder bewirkt eine importierte Inflation, daß sich die BRD den internationalen Inflationsraten anpaßt oder die BRD wertet ihre Währung auf. Beide Prozesse bewirken, daß das BRD-Kapital seine nationale Arbeit wieder in dem Maße verwertet, wie es der Rangpunkt in der Stufenleiter der universellen Arbeit erfordert. Somit wird deutlich, daß es das Wertgesetz ist, das letzten Endes die Wechselkursänderungen bewirkt, auch wenn die Geldentwertungsprozesse international unterschiedlich verlaufen. Gleichzeitig wird dabei verständlich, daß auch die Kaufkraftparitätentheorie nur die Oberfläche erfaßt, wenn sie die unterschiedlichen Geldentwertungsprozesse für die Bewegung der Wechselkurse verantwortlich macht. Es kennzeichnet sie als bürgerliche Theorie, daß sie die durch unterschiedliche Geldentwertungsprozesse produzierten Wechselkursänderungen nicht als Anpassungsbewegungen an das Wertgesetz begreift.

Es läßt sich nach diesen Ausführungen ebenfalls eine weitere Kritik an bürgerlichen Ökonomen, wie Klaus Rose, formulieren, die, wie wir oben gesehen haben, behaupten, daß alle ökonomischen Bewegungen in den Teilbilanzen der Zahlungsbilanz gleichermaßen und gleichrangig den Wechselkurs beeinflussen.

Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen, die durch sie produzierte Stufenleiter der universellen Arbeit und die aus dieser entspringende Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt, kann ihren Niederschlag in reinster Form nur in der Handelsbilanz eines Landes finden. Die Bewegungen, die sich in den anderen Teilbilanzen der Zahlungsbilanz vollziehen, sind als davon unabhängige oder abgeleitete zu begreifen. Diese Überlegung soll an folgendem Beispiel veranschaulicht werden:

Ökonomen vom Schlage Roses müßten einem Lande, das zwar über eine positive Handelsbilanz verfügt, dessen Grundbilanz aber dennoch negativ ist, weil die Kapitalexporte die Kapitalimporte weit überschließen, eine Abwertung empfehlen, denn das Devisenangebot ist geringer als die Devisennachfrage, der Devisenmarkt also im Ungleichgewicht. Diese Empfehlung würde in der Wirkungsweise des Wertgesetzes ihre Schranke finden.

Die Abwertung rief nämlich über Preisvorteile eine weitere Verbesserung der an sich schon positiven Handelsbilanz hervor, was automatisch über den Geldmengen-Preis-Mechanismus eine Geldentwertung in der betreffenden

Nation produzierte und so die Ausgangssituation wieder herstellte. Oder die Konkurrenzländer würden entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten, weil die Abwertung dieser Nation durch Veränderungen in der Stufenleiter der universellen Arbeit nicht gerechtfertigt ist. Innerhalb der Zahlungsbilanz ist demnach die Handelsbilanz die für den Wechselkurs und seine Änderungen entscheidende. Alle Bewegungen in den anderen Bilanzen finden in der Handelsbilanz ihre Schranke; auf unser angeführtes Beispiel angewendet, bedeutet dies, daß eine Einschränkung der Kapitalexporte des Landes erforderlich ist.

4.4. Geschichte und heutige Struktur des Weltwährungssystems

Nachdem in den bisherigen Abschnitten des Teiles »Weltgeld und Weltwährungssysteme« die Kategorien Weltgeld, Zahlungsbilanz und Wechselkurs dargestellt und abgeleitet wurden, sollen nun die Grundlinien des heutigen Weltwährungssystems und seine Geschichte dargestellt werden, ehe die Bewegungsformen des Wertgesetzes in den Zahlungsbilanzausgleichsmechanismen diskutiert werden können.

4.4.1. Goldstandard

Bei der Goldwährung alten Stils lassen sich drei Formen unterscheiden: Die Goldumlaufwährung, die einlösbare Goldkernwährung, und die Golddevisenwährung.

Bei der Goldumlaufwährung zirkuliert das allgemeine Äquivalent noch in seiner Naturalgestalt, dem reinen Gold. Dieses wird noch nicht durch Wertzeichen repräsentiert.

Die Goldkernwährung unterscheidet sich von der Goldumlaufwährung dadurch, daß neben dem Gold auch Wertzeichen (Papiergeld und Scheidemünzen) zirkulieren, wobei das Papiergeld in Gold einlösbar ist. In beiden Systemen hat die Münzanstalt die Pflicht, jede beliebige Menge Gold, die ihr zugeführt wird, auszuprägen; jedermann ist es freigestellt, die umlaufenden Münzen einzuschmelzen, das Gold für beliebige Zwecke zu verwenden. In der Goldkernwährung wird nur ein gewisser Prozentsatz der Zirkulation an Papiergeld durch Gold abgedeckt; die Zentralbank ist verpflichtet, diese festgesetzte Deckungsquote (etwa ein Drittel wie bei der Deutschen Reichsbank seit 1875) einzuhalten.

Ein weiterer Schritt weg von der Goldumlaufwährung stellt die dritte Form der Goldwährung, die Golddevisenwährung, dar. In diesem System hat eine Zentralbank das Recht, das umlaufende Papiergeld nicht nur durch Gold, sondern auch durch Devisen zu decken. Die Zentralbanken sind nicht mehr verpflichtet, die Banknoten in Gold umzutauschen. Die Umtauschpflicht besteht nur noch zwischen den Zentralbanken der einzelnen Nationen, so daß jede nationale Zentralbank die von ihr emittierten Devisen, die andere Zentralbanken als Währungsreserve halten, in Gold einlösen muß.

Bei der Goldumlaufwährung und der Goldkernwährung bestehen feste Austauschverhältnisse zwischen den nationalen Währungseinheiten. Diese festen Wechselkurse ergeben sich logischerweise aus dem jeweiligen Goldgehalt der einzelnen nationalen Währungseinheiten:

Enthält beispielsweise die Währungseinheit des Landes A ein Gramm Gold und die Währungseinheit des Landes B zwei Gramm Gold, so tauschen sich ihre Währungen im Verhältnis zwei zu eins.⁵¹

4.4.1.1. Goldkernwährung

Im 19. Jahrhundert setzte sich die Goldkernwährung in den meisten Nationen durch: England führte schon 1833 die einlösbare Goldkernwährung ein, während die meisten anderen Handelsnationen sich diesem System ab 1870 anschlossen: z. B. das Deutsche Reich und Holland 1875, Kanada 1871, Österreich-Ungarn 1892, Japan und Rußland 1897, die USA 1900 und Mexico 1904.

Hatten wir oben abgeleitet, daß sich hinter den Wechselkursen die Stufenleiter der universellen Arbeit als Bewegungsgesetz verbirgt, so muß an dieser Stelle geklärt werden, wie sich im System der Goldumlaufwährung und Goldkernwährung, die sich durch feste Wechselkurse auf der Basis der Goldparitaten auszeichnen, die Stufenleiter der universellen Arbeit durchsetzen konnte.

Die auch zur damaligen Zeit bestehenden Produktivitäts- und Intensitätsunterschiede der nationalen Arbeiten, die sich in der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen ausdrückten, schlugen sich auch im System der Goldwährungen in Zahlungsbilanzungleichgewichten nieder: Nationen, die aufgrund der höheren Produktivität und Intensität ihrer Arbeit auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger waren, konnten Exportüberschüsse erzielen, während Nationen mit weniger produktiven nationalen Kapitalen Importüberschüsse hinnehmen mußten. Den Ausgleich dieser Ungleichgewichte im Außenhandel stellt sich die bürgerliche Ökonomie idealtypisch wie folgt vor:

Die Auenhandelsungleichgewichte produzieren einen internationalen Fluß von Gold, dergestalt, daß die Nationen mit Importüberschüssen Goldmassen an die Exportnationen abgeben. Aufgrund des sogenannten Goldmengen-Preis-Mechanismus entsteht in den produktiveren Nationen eine Inflation, während sich in den Goldabflulandern Deflationstendenzen ausbreiten. In den Goldabflulandern verringern sich die Goldreserven der Zentralbank, die aufgrund der Deckungsvorschriften gezwungen ist, die Masse des umlaufenden Papiergeldes einzuschränken. Dies führt zur Senkung des Preisausdrucks der Waren und damit zu rezessiven Tendenzen wie Arbeitslosigkeit, sinkenden Löhnen etc.

In der Nation mit Exportüberschüssen erhöhen sich umgekehrt die Goldreserven der Zentralbank; diese hat dadurch die Möglichkeit, die zirkulierende Papiergeldmenge auszudehnen, was zur Erhöhung des Preisausdrucks der Waren und damit zur Inflation führt.

Dieser doppelte Prozeß bewirkt, daß der Preisausdruck der Weltmarktwaren der ersten Nation sinkt, während die Preise der Weltmarktwaren der zwei-

ten Nation steigen. Hierdurch kehrt sich der Tendenz nach die Konkurrenzposition beider Nationen auf dem Weltmarkt um, so daß die Ungleichgewichte in der Zahlungsbilanz tendenziell zurückgehen.

Dieser Goldmengen-Preis-Mechanismus drückt nichts anderes als die Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt aus; denn über diesen Mechanismus erzielen die Waren *der* Nation einen höheren Preis auf dem Weltmarkt, die in der Stufenleiter der universellen Arbeit einen hohen Rangpunkt einnimmt, während die Waren *der* Nation einen geringeren Preis auf dem Weltmarkt erzielen, die einen weniger günstigen Rangpunkt in der Stufenleiter der universellen Arbeit innehat.

Andererseits produziert dieser Mechanismus genauso wie der Wechselkursmechanismus eine Tendenz, die ungleichmäßige Entwicklung zu begrenzen. Über den geringeren Preisausdruck ihrer Waren verbessern die weniger produktiven Nationen ihre Konkurrenzposition auf dem Weltmarkt.

4.4.1.2. Golddevisenwährung

Die einlösbare Goldkernwährung wurde nach dem ersten Weltkrieg durch die Golddevisenwährung abgelöst. Schon während des ersten Weltkrieges waren eine Reihe wichtiger Welthandelsländer vom System der Goldkernwährung abgerückt, um über einen unbegrenzten Geldschöpfungsmechanismus ihren Kriegsbedarf finanzieren zu können. Die so in hohem Ausmaß produzierte Inflation führte zur Stagnation in der Goldproduktion, denn trotz rapider Inflation und den damit verbundenen steigenden Kosten der Goldproduktion blieb der offizielle Goldpreis unverändert.

Auf der Währungskonferenz von Genua 1922 wurde den Nationen empfohlen, zur Golddevisenwährung überzugehen. Man ging nämlich davon aus, daß die Goldreserven der einzelnen Nationen keineswegs mehr ausreichen würden, die aufgeblähten Papiergeldmassen adäquat abdecken zu können. Neben Gold sollten deshalb Devisen zur Deckung herangezogen werden; gleichzeitig wurde die Umtauschpflicht von Banknoten in Gold aufgehoben.

Diese Golddevisenwährung weist generell zwei Gefahrenmomente auf:

1. Haben die Länder, deren Währung zur Deckung der nationalen Zirkulation der wichtigsten Welthandelsländer herangezogen werden, permanente Zahlungsbilanzüberschüsse, dann sind deflatorische Tendenzen unvermeidlich.

Die schwindenden Währungsreserven zwingen die Zentralbanken der betroffenen Länder, den Papiergeldumlauf einzuschränken, um die Deckungsvorschriften einzuhalten.

2. Wie die beiden ersten Formen der Goldwährung, wird auch die Golddevisenwährung dadurch bedroht, daß einzelne Nationalstaaten nicht bereit sind, den Akkumulationsprozeß des nationalen Kapitals über den Goldmengen-Preis-Mechanismus steuern zu lassen.

Tritt diese Situation ein, wie es in den 20-er Jahren für die USA galt, ist die Funktionsweise des Goldwährungssystems bedroht. Das Wertgesetz kann

sich in diesem System nicht mehr über den Geldmengen-Preis-Mechanismus eine Bewegungsform geben, das Goldwährungssystem muß notwendigerweise zusammenbrechen.

4.4.2. System von Bretton Woods

Das im Abkommen von Bretton Woods niedergelegte Weltwährungssystem unterscheidet sich vom reinen Goldstandard in vier wesentlichen Punkten:

1. Bis auf die Schweiz, Belgien, Portugal, die Niederlande und bis zum März 1968 die USA hoben alle wichtigen Welthandelsländer die Gold- bzw. Devisendeckungsvorschriften für die nationale Zirkulation auf.
2. Neben Gold nehmen seit Bretton Woods zwei nationale Währungen, nämlich das Pfund Sterling und in weit stärkerem Maße der Dollar die Funktionen des Weltgeldes wahr.
3. Zum ersten Mal besteht seit Bretton Woods für Nationen, die in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten die Möglichkeit, über den internationalen Währungsfonds internationale Kredite in Anspruch zu nehmen.
4. Da im System der reinen Goldwährung die Wechselkurse durch den Goldgehalt der nationalen Währungseinheiten festgelegt waren, kamen Auf- und Abwertungen in diesem Währungssystem nicht vor. Die Stufenleiter der universellen Arbeit fand allein im Geldmengen-Preis-Mechanismus ihre Bewegungsform. Demgegenüber sind die auch festen Wechselkurse im System von Bretton Woods Ausdruck der Stufenleiter an Intensitäten und Produktivitäten der Arbeit; Auf- und Abwertung sind bei chronischen Zahlungsbilanzungleichgewichten, die aus der ungleichmäßigen Entwicklung resultieren, möglich.

4.4.2.1. Formen des Weltgeldes im Bretton-Woods-System

Eines der wesentlichen Kennzeichen des Währungssystems von Bretton Woods besteht darin, daß nationales Geld, nämlich Pfund Sterling und Dollar, neben dem Gold alle Funktionen des Weltgeldes übernommen haben: so fungiert insbesondere der Dollar als internationales Maß der Werte, als internationaler Maßstab der Preise (Rechengeld), als internationales Zirkulationsmittel und vor allem als internationales Zahlungsmittel und als Reservewährung.

Die Bedingungen für eine nationale Währung, als Leitwährung fungieren zu können, sind:

1. Ein hoher Anteil des betreffenden Landes am Welthandel, um zu gewährleisten, daß die Leitwährung einen hohen Anteil an der Zirkulation hat.
2. Hohe Goldreserven, denn nur die nationale Währung kann internationales Wertzeichen sein, die jederzeit in die allgemeine Ware, nämlich das Gold, umgetauscht werden kann.

Insbesondere die USA erfüllten nach dem zweiten Weltkrieg beide Bedingungen, der Dollar konnte deshalb die Funktion der Leitwährung im System von Bretton Woods übernehmen.

Dadurch, daß nationale Währungen die Funktion des Weltgeldes übernehmen, konnte die internationale Liquidität von ihrer Begrenztheit durch die Goldreserven, über die die einzelnen Nationen verfügten, befreit werden.

Die Möglichkeit, über den Dollar als Leitwährung die internationale Liquidität auszudehnen, war bis zum Ende der 50'er Jahre begrenzt. Die USA exportierten zwar Geldkapital in Form des Marshall-Plans, hatten aber andererseits eine so unangefochtene Konkurrenzstellung auf dem Weltmarkt, daß die Handelsbilanzen der wichtigsten Welthandelsnationen im Handelsverkehr mit den USA negativ waren. Somit wurde allgemein von einer Dollarlücke gesprochen.

Diese Situation änderte sich erst mit dem Beginn der 60'er Jahre: Die ausländischen Dollarguthaben erhöhten sich einerseits durch verstärkte Geldkapitalexporte der USA in Form von Direktinvestitionen, andererseits durch die Verbesserung der Konkurrenzpositionen der europäischen Nationen und Japans auf dem Weltmarkt.

Dieser Trend schlägt sich in zwei Zahlenreihen nieder:

Die ausländischen Dollarguthaben stiegen von 1947 7 Mrd. Dollar auf 1957 14 Mrd. Dollar und schließlich 1964 26 Mrd. Dollar, während umgekehrt die US-amerikanischen Goldreserven von 1947 23 Mrd. Dollar, über 1957 23 Mrd. Dollar auf 1964 16 Mrd. Dollar sanken, weil die ausländischen Zentralbanken ihr Recht wahrnahmen, ihre Dollarreserven gegen Gold einzutauschen.

In diesen Zahlen deutet sich die Schwäche eines Währungssystems an, das eine nationale Währung als Weltgeld fungieren läßt. In dem Maße nämlich, in dem sich durch die amerikanischen Zahlungsbilanzdefizite die internationale Liquidität erhöht, entsteht die Gefahr, daß die als Leitwährung fungierende nationale Währung ihre Einlösbarkeit in Gold nicht mehr gewährleisten kann.

4.4.2.2. System fester Wechselkurse

Durch das Abkommen von Bretton Woods wurde festgelegt, daß jede Nation die Parität ihrer Währung »in Gold als Generalnenner oder in US-Dollar von Gewicht und Feinheit wie am 1. Juli 1944« festsetzt. (35 Dollar = 1 Feinunze Gold).⁸²

Durch diese Bestimmung wurden feste Relationen zwischen den nationalen Währungen geschaffen; Abweichungen von dieser Parität sind nur um +1,5 Prozent erlaubt (sog. Bandbreite). Die Notenbanken der Mitgliedsländer des IWF sind verpflichtet, die beim IWF notifizierte Parität durch Interventionen auf dem Devisenmarkt, d. h. durch Devisenangebot bei Abwertungsdruck und Devisennachfrage bei Aufwertungsdruck, im Rahmen der Bandbreite zu halten. Weist die Handelsbilanz einer Nation so fundamentale Ungleichgewichte auf, daß die Notenbank entweder ihre Währungsreserven aufzubrauchen droht, um eine Abwertung zu verhindern, oder daß sie ihre Währungsreserven in einem extremen Maße erhöhen muß, um eine Aufwertung zu verhindern, so ist dies ein Zeichen dafür, daß die beim IWF notifizierte Parität

den Rangpunkt der Nation in der Stufenleiter der universellen Arbeit nicht mehr korrekt widerspiegelt. Eine Paritätskorrektur ist damit notwendig geworden; jedes Land ist berechtigt, autonom eine Wechselkursänderung bis zu 10 % durchzuführen, bei höheren Abweichungen ist die Zustimmung des IWF erforderlich.

Einen zusätzlichen Beitrag zur Stabilisierung des Wechselkurses innerhalb der Bandbreite leistet die sogenannte Hortungs- und Kreditspekulation. »Erwarten die Spekulanten, daß der Kassakurs einer Währung (Tageskurs im Gegensatz zum Terminkurs, B. Sch. S.) sich wesentlich erhöhen wird, so werden sie Beträge in dieser Währung heute kaufen und in Sorten anlegen (Hortungsspekulation) oder Forderungen in fremder Währung begründen (Kreditspekulation). Die zusätzliche Nachfrage nach den verlangten Valuta führt heute zu einer Kurssteigerung, später, wenn der Kurs angestiegen ist, werden die Sorten oder die Devisen aus den liquidisierten Forderungen verkauft. Dieses zusätzliche Angebot läßt den Kurs absinken. Auf diese Weise wird die Differenz zwischen dem heutigen und dem erwarteten Kassakurs verringert.«⁶³ Diese Hortungs- und Kreditspekulation leistet einen zusätzlichen Beitrag zur Verminderung des Kursrisikos für die Importeure und die Exporteure. Diese Form der Hortungs- und Kreditspekulation, die sich stabilisierend auf die Wechselkurse auswirkt, ist von der spektakulären Spekulation zu unterscheiden, von der in den Tageszeitungen die Rede ist. Diese zweite Form der Spekulation tritt immer dann auf, wenn chronische Zahlungsbilanzungleichgewichte Auf- oder Abwertungen erwarten lassen. Durch Devisenzuflüsse bzw. -abflüsse versucht diese Spekulation Aufwertungs- oder Abwertungsgewinne zu erzielen.

4.4.2.3. Funktionen des IWF

Der IWF, dem z. Zt. über 110 Nationen angehören, hat im wesentlichen die Funktion, Störungen des internationalen Handels, die durch Zahlungsbilanzungleichgewichte verursacht sind, mit Hilfe von Überbrückungskrediten zu beseitigen.

Die Mittel des IWF setzen sich aus den Aufwendungen der Mitgliedsstaaten zusammen (sog. Quoten). Die Höhe der Quoten ist unter Berücksichtigung verschiedener ökonomischer Faktoren für jedes Land berechnet worden. Sie dienen als Basis für die Kreditaufnahme und das Stimmrecht jedes Mitgliedlandes. Die Quote wird zu 25 % in Gold (sog. Goldtranche) und zu 75 % in der jeweiligen Währung des Landes (sog. Kredittranche) eingezahlt. Die USA (5160 Mill. Dollar), Großbritannien (2440 Mill. Dollar), die BRD (1200 Mill. Dollar) und Frankreich (985 Mill. Dollar) verfügen über die höchsten Quoten. Gerät ein Mitgliedsland in Zahlungsbilanzschwierigkeiten, dann kann es mit eigener Landeswährung andere Währungen beim IWF kaufen, d. h. es »zieht« auf den Fonds. Die Höhe der Ziehungen sind dergestalt begrenzt, daß der Fonds nicht mehr als 200 % der Quote eines Landes in dessen Währung besitzen darf. Bis zur Höhe der Goldtranche kann ein Mitgliedsland nach Belieben andere nationale Währungen kaufen; bei Ziehungen im Rahmen der Kredittranche muß sich das Land mit dem IWF über die Grundsätze seiner Wirtschaftspolitik einigen.

Über eine Sperrminorität bei wichtigen Entscheidungen des IWF (Änderungen der Quoten, Änderungen der Wechselkurse) verfügen neben den USA jetzt auch die EWG-Staaten. Diese verfügen über 16 % der Stimmen, während 85 % der Stimmen für wichtige Entscheidungen notwendig sind.

4.4.2.4. Sonderziehungsrechte

Mit dem Beschluß von Stockholm vom März 1968, sog. Sonderziehungsrechte (SZR) im Rahmen des IWF einzuführen, hat der Zehnerclub ein neues Weltgeld geschaffen.

Einerseits soll dadurch der internationalen Zirkulation eine zusätzliche Quelle internationaler Liquidität zur Verfügung gestellt werden; andererseits soll dieses neue Weltgeld nicht mehr die Mängel aufweisen, die einer nationalen Währung, die die Funktionen des Weltgeldes ausübt, notwendigerweise anhaften:

- a) Abhängigkeit der internationalen Liquidität von den Zufälligkeiten der Zahlungsbilanzbewegungen des Leitwährungslandes.
- b) Gefahr der Nichteinlösbarkeit der Leitwährung in Gold.

Die SZR sollen im ersten Jahrfünft wie folgt institutionalisiert werden:

Der IWF teilt jedem Land auf der Basis seiner Quote einen bestimmten Prozentsatz der gesamten SZR zu. Eine Einheit SZR repräsentiert 0,888671 g Feingold, die der Goldparität des Dollar entspricht (1 Dollar = 1 SZR).

Im ersten Jahrfünft wird der IWF probeweise einen Gesamtbetrag von 5 bis 7,5 Mrd. Dollar auf die Mitgliedsländer verteilen, ein Betrag der weit unter der Basis der normalen Ziehungsrechte liegt, die 1967 20,8 Mrd. Dollar betrug.

Jedes Land hat das Recht, seine SZR gegen die nationale Währung eines Mitgliedslandes umzutauschen, wenn es in Zahlungsbilanzschwierigkeiten gerät. Jedes Mitgliedsland ist verpflichtet, die dreifache Summe seiner ihm zur Verfügung stehenden SZR an SZR zu akzeptieren. Mit dieser Begrenzung soll verhindert werden, daß einzelne Länder zu sehr in die Gläubigerposition geraten. Da die USA aufgrund ihres Zahlungsbilanzdefizits die generelle Befreiung von der Rückzahlungspflicht der auf der Basis der SZR in Anspruch genommenen Währungskredite gefordert hatten, die übrigen Mitgliedsländer des Zehnerclubs, insbesondere Frankreich, jedoch die generelle Rückzahlungspflicht forderten, fand man für das erste Jahrfünft den Kompromiß, daß nur die Kredite rückzahlbar sind, die 70 % der einem Land zur Verfügung stehenden SZR übersteigen.

4.4.2.5. Weitere Formen der internationalen Währungskooperation

Neben dem IWF haben sich seit dem zweiten Weltkrieg noch andere Formen der internationalen Währungskooperation entwickelt, die alle dem Ziel dienen, kurzfristige Störungen der internationalen Zirkulation durch Zahlungsbilanzungleichgewichte eines Landes zu beheben. Solche Formen sind z. B.:

- o Das europäische Währungsabkommen, an dem EWG- und EFTA-Staaten beteiligt sind, das die freie Konvertibilität der Währungen und über den sog. Europäischen Fonds Stützungsmaßnahmen vorsieht.
- o Die Swap-Abkommen zwischen den USA und einigen europäischen Zentralbanken, in denen im Falle von Währungsspekulationen vorgesehen ist, daß sich die beteiligten Notenbanken gegenseitig Währungskredite gewähren.
- o Die Möglichkeit von währungspolitischen Koordinierungsgesprächen im Rahmen der Weltbank, der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der OECD, des Zehnerclubs und des Währungsausschusses der EWG.
- o Ad-hoc-Stützungsmaßnahmen, wie sie die Berner-Abkommen von 1962 und 1968 im Falle der Krisen des Pfund Sterling und des Francs darstellen.

4.5. Ungleichmäßige Entwicklung auf dem Weltmarkt und Zahlungsbilanzausgleichsmechanismen

Wir haben bislang gezeigt, daß das Kapital die Tendenz hat, den Weltmarkt herzustellen und daß es seine immanente Gesetzmäßigkeit ist, sich ungleichmäßig zu entwickeln und gleichzeitig dieser Ungleichmäßigkeit entgegenzuwirken. Ebenso haben wir dargestellt, daß die Ungleichmäßigkeit und Ungleichzeitigkeit der Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen eine Stufenleiter von Produktivitäten und Intensitäten der nationalen Arbeiten produziert, die zu einer Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt führt. Im bisherigen Verlauf des 4. Abschnittes dieser Arbeit wurden die Kategorien Weltgeld, Zahlungsbilanz, Wechselkurs und die Geschichte sowie die heutige Struktur des Weltwährungssystems dargestellt. Auf dieser Basis ist es jetzt möglich, die konkreten Formen aufzuzeigen, in denen sich die Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt bewegt. Diese konkreten Formen, in denen sich das Wertgesetz im Prozeß durchsetzt, sind der Geldmengen-Preis-Mechanismus und der Wechselkurs-Mechanismus. Geldmengen-Preis-Mechanismus und Wechselkurs-Mechanismus sind die Bewegungsformen, in denen sich die Stufenleiter der universellen Arbeit durchsetzt, wobei diesen beiden Mechanismen in den verschiedenen Weltwährungssystemen unterschiedliche Bedeutung zukommt und beide unterschiedlich adäquate Verkehrsformen für die Entwicklung der Produktivkräfte darstellen.

4.5.1. Goldmengen-Preis-Mechanismus

Die Theorie des Geldmengen-Preis-Mechanismus beruht auf der Quantitätstheorie des Geldes. Diese geht von der »abgeschmackten Hypothese« aus, »daß Waren ohne Preis und Geld ohne Wert in den Zirkulationsprozeß eingehen, wo sich dann ein aliquoter Teil des Warenpreises mit einem aliquoten Teil des Metallwertes austauscht.«⁶⁴

Diese Theorie beruht auf der falschen Annahme, »daß die Warenpreise durch die Masse der Zirkulationsmittel und letztere ihrerseits durch die Masse des in einem Lande befindlichen Geldmaterials bestimmt werden.«⁶⁵

Diese Kritik an der Quantitätstheorie des Geldes und damit am Geldmengen-Preis-Mechanismus ist umfassend nur richtig für eine reine Goldumlaufwährung. In dieser reinen Goldumlaufwährung hat nämlich ein Überfluß an Gold in der Zirkulation nicht etwa Preissteigerungen zur Folge, vielmehr fällt das überflüssige Gold aus der Zirkulation heraus und wird Reservefond.

Die Geldtheorie Ricardos, der den Goldmengen-Preis-Mechanismus als erster formuliert hat, basiert auf der einfachen Quantitätstheorie des Geldes; dies obwohl Ricardo der erste theoretische Begründer der Arbeitswertlehre ist. Entsprechend seiner falschen Geldtheorie konnte Ricardo annehmen, daß die durch den internationalen Handel verursachten Goldexporte und Goldimporte über den Goldmengen-Preis-Mechanismus zu Inflations- bzw. Deflationsprozessen in der nationalen Zirkulation führen. Marx kritisierte diese Theorie Ricardos dahingehend, daß dieser die verschiedenen Formen des Geldes übersehen habe, und annehme, daß sich die Geldware Gold permanent in der Zirkulationssphäre befinde, d. h. also nur die Form des Zirkulationsmittels annehme und nicht etwa auch die Form des Schatzes bzw. des Reservefond annehmen könne. Marx zu Folge ist es nicht zwingend, daß alle Goldimporte automatisch in die nationale Zirkulation eingehen, sie werden vielmehr geschätzt, wenn sie die Bedürfnisse der nationalen Zirkulation nach der Geldware Gold übersteigen.

Mit dem Übergang von der reinen Goldumlaufwährung zur einlösbaren Goldkernwährung gewinnt allerdings die Quantitätstheorie des Geldes praktische Bedeutung, denn — wie zu zeigen ist — ist auf die Papiergeldzirkulation dieses Währungssystems die Quantitätstheorie des Geldes voll anwendbar.

»Ein spezifisches Gesetz der Papierzirkulation kann nur aus ihrem Repräsentationsverhältnis zum Gold entspringen. Und dies Gesetz ist einfach dies, daß die Ausgabe des Papiergeldes auf die Quantität zu beschränken ist, worin das von ihm symbolisch dargestellte Gold (resp. Silber) wirklich zirkulieren müßte. Nun schwankt zwar das Goldquantum, welches die Zirkulationssphäre absorbieren kann, beständig über oder unter ein gewisses Durchschnittsniveau. Jedoch sinkt die Masse des zirkulierenden Mediums in einem Lande nie unter ein gewisses Minimum, das sich erfahrungsgemäß feststellt. Daß diese Minimalmasse fortwährend ihre Bestandteile ändert, d. h. aus stets anderen Goldstücken besteht, ändert natürlich nichts an ihrem Umfang und ihrem kontinuierlichen Umtriebe in der Zirkulationssphäre. Sie kann daher durch Papiersymbole ersetzt werden. Werden dagegen heute alle Zirkulationskanäle zum vollen Grad ihrer Geldabsorbtionsfähigkeit mit Papiergeld gefüllt, so können sie infolge der Schwankungen der Warenzirkulation morgen übervoll sein. Alles Maß geht verloren. Überschreitet aber das Papier sein Maß, d. h. die Quantität von Goldmünze gleicher Denominatur, welche zirkulieren könnte, so stellt es, von der Gefahr allgemeiner Diskreditierung abgesehen, innerhalb der Warenwelt dennoch nur die durch ihre immanenten

Gesetze bestimmte, also auch allein repräsentierbare Geldquantität vor. Stellt die Papierzettelmasse z. B. je 2 Unzen Gold statt einer Unze dar, so wird faktisch 1 Pfd. St. z. B. zum Geldnamen sage etwa von 1/8 Unze statt von 1/4 Unze. Die Wirkung ist dieselbe, als wäre das Gold in seiner Funktion als Maß der Preise verändert worden. Dieselben Werte, die sich daher vorher im Preis von 1 Pfd. St., drücken sich jetzt im Preis von 2 Pfd. St. aus.⁶⁸

Export- und Importüberschüsse, die auch in der Goldkernwährung einen Goldzufluß oder Goldabfluß bewirken, haben eine Wertzeichenexpansion oder eine Wertzeichenkontraktion der nationalen Zirkulation zur Folge, weil die Goldzuflüsse in der Regel in nationale Währungseinheiten umgetauscht werden und abfließendes Gold vorher bei der Zentralbank mit nationalem Papiergeld erstanden wurde. Auf diese Expansion und Kontraktion von Wertzeichen ist die Quantitätstheorie des Geldes anwendbar, so daß in der Goldkernwährung der Geldmengen-Preis-Mechanismus voll gültig ist.

Dieser Mechanismus wirkt in der Goldkernwährung nicht nur auf der Basis der Wertzeichenexpansion bzw. -kontraktion, wie sie durch die Höhe des Goldzuflusses und Goldabflusses bestimmt ist, vielmehr findet über den Geldschöpfungsmultiplikator eine weitaus höhere Ausdehnung oder Einschränkung der Wertzeichenzirkulation statt, sodaß der Geldmengen-Preis-Mechanismus in einem weitaus höheren Maße zum Tragen kommt, als dies auf Grund der Höhe des Goldzuflusses und -abflusses allein geschehen könnte.

Durch die Deckungsvorschriften für die Zentralbanken im Goldkernwährungssystem ist eine weitere Verschärfung des Geldmengen-Preis-Mechanismus gegeben:

Die Zentralbanken sind gezwungen, bei Goldabflüssen entsprechend der Deckungsquote die Zirkulationsmasse zu reduzieren und haben bei Goldzuflüssen umgekehrt die Möglichkeit, die Papiergeldzirkulation auszudehnen.

Wie wir oben schon angedeutet haben, verbirgt sich hinter dem Geldmengen-Preis-Mechanismus im System der Goldwährungen die Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt. Dies bedeutet nichts anderes, als daß eine Nation mit hoher Intensität und Produktivität der Arbeit über die durch ihre Exportüberschüsse produzierte Inflation ihre Waren auf dem Weltmarkt höher verwerten kann. Umgekehrt, umgekehrt.

Die Durchsetzung der Stufenleiter der universellen Arbeit findet jedoch in diesem Währungssystem über den Geldmengen-Preis-Mechanismus nur eine sehr brüchige Bewegungsform. Da der Geldmengen-Preis-Mechanismus — wie oben gezeigt — sehr starke Inflations- und Deflationsprozesse einleiten kann, ist es möglich, daß ein Land, das auf Grund seiner Produktivität und Intensität hohe Exportüberschüsse erzielt, in wenigen Jahren Importüberschüsse hinnehmen muß. Da die Stufenleiter der universellen Arbeit im System der Goldwährungen sich nicht über Wechselkursmodifikationen, sondern nur über den Geldmengen-Preis-Mechanismus durchsetzen kann, kann sich das Wertgesetz in diesem Währungssystem nur sehr grob derart durchsetzen, daß die Export- und Importüberschüsse eines Landes um den Rangpunkt schwanken, den seine Arbeit in der Stufenleiter der universellen Arbeit einnimmt.

Bedeutet der Geldmengen-Preis-Mechanismus im System der Goldwährungen an sich schon eine inadäquate Bewegungsform des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt, so wird die Durchsetzung des Wertgesetzes noch zusätzlich durch folgende zwei Momente erschwert:

1. Angenommen, die Deckungsquoten seien im Goldzufluß- und Goldabflußland dieselben, so wirkt der Geldmengen-Preis-Mechanismus dennoch in beiden Ländern unterschiedlich. Im Goldzuflußland braucht die nationale Zirkulation nicht ausgedehnt zu werden, weil die Deckungsvorschriften Mindestvorschriften sind, so daß die Zentralbank des Goldzuflußlandes nicht gezwungen ist, die nationale Zirkulation auszudehnen. Umgekehrt ist die Zentralbank des Goldexportlandes auf Grund der Mindestvorschriften verpflichtet, die nationale Zirkulationsmasse soweit einzuschränken, bis die minimale Deckung wieder erreicht ist.
2. Man kann jedoch annehmen, daß die Nationen, die Gold importieren, die dadurch gegebene Basis zur Ausdehnung des Akkumulationsprozesses ausnutzen. Unter dieser Voraussetzung verschärft sich die ungleichmäßige Wirkung des Geldmengen-Preis-Mechanismus erst recht, wenn die Länder — was in der Zeit der Goldwährungen tatsächlich der Fall war — unterschiedliche Deckungsquoten festgesetzt haben.
3. Die Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt durch den Geldmengen-Preis-Mechanismus hat zur Voraussetzung, daß die verschiedenen Nationen auf eine nationale Konjunktur- und Wirtschaftspolitik völlig verzichten. Eingriffe des Nationalstaates in den Konjunkturablauf kommen dem Versuch gleich, der Durchsetzung des Wertgesetzes entgegenwirken zu wollen, etwa eine Konjunkturaufschwungs-Politik, die eine drohende Arbeitslosigkeit, produziert durch den negativen Geldmengen-Preis-Mechanismus, abwehren will. Die Funktionsweise dieses Währungssystems verbietet ebenfalls, nationale Handelspolitik in Form von Schutzzöllen und Kontingentierungen zu betreiben.

Weil sich im System der Goldwährungen das Wertgesetz nur in äußerst brüchiger Form durchsetzen kann, ist es verständlich, daß dieses System gesprengt werden mußte. Dies mußte nach dem ersten Weltkrieg mit Sicherheit eintreten, weil insbesondere die USA nicht mehr bereit waren, den Akkumulationsprozeß ihres nationalen Kapitals über den Geldmengen-Preis-Mechanismus steuern zu lassen und sich gleichzeitig die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen verschärfte.

Im System von Bretton Woods setzt sich die Stufenleiter der universellen Arbeit nicht über den Geldmengen-Preis-Mechanismus, sondern über den Wechselkursmechanismus durch. Der Geldmengen-Preis-Mechanismus spielt deshalb in diesem System nur noch dann eine Rolle, wenn die festgesetzten Paritäten nicht mehr Ausdruck der Stufenleiter der universellen Arbeit sind. Unter dieser Voraussetzung laufen die Anpassungsprozesse an die Stufenleiter über den Geldmengen-Preis-Mechanismus. Dieser Mechanismus kann allerdings im System von Bretton Woods nicht in der scharfen Form zur Wirkung kommen wie im System der Goldwährungen, da seit dem 2. Weltkrieg fast alle Welthandelsnationen feste Deckungsvorschriften für ihre nationale Zirkulation aufgegeben haben.

4.5.2. Wechselkursmechanismus

Wie wir gesehen haben, erlangt der Wechselkurs erst im System von Bretton Woods eine zentrale Bedeutung für die Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt. In diesem System sind die Wechselkursparitäten Abbild der Stufenleiter der universellen Arbeit. Abwertungen und Aufwertungen sind nur dann erforderlich, wenn sich der Rangpunkt eines Landes innerhalb der Stufenleiter verschoben hat oder aber unterschiedliche Inflationsprozesse in den verschiedenen Welthandelsländern die Abbildung durch die Wechselkurse verzerren.

Obwohl das Bretton-Woods-System feste Wechselkurse vorsieht, treten dennoch namhafte bürgerliche Außenhandelstheoretiker, wie Klaus Rose, Alfred Kruse, Milton Friedman, F. A. Lutz, G. Haberler, E. Sohmen, für ein System flexibler Wechselkurse ein. Die wesentlichen Argumente für ein System flexibler Wechselkurse bestehen ihrer Ansicht nach darin, daß der flexible Wechselkurs die Marktkräfte adäquater widerspiegelt und die internationalen Spekulationsbewegungen, wie sie im System von Bretton Woods bei chronischen Zahlungsbilanzungleichgewichten periodisch auftreten, vermeidet. Die von bürgerlicher Seite vorgetragenen Gegenargumente bestehen darin, daß

1. das System flexibler Wechselkurse den langfristigen internationalen Kreditverkehr erschwere, weil bei zwischenzeitlichen Wechselkursänderungen entweder der Gläubiger oder der Schuldner Nachteile erleidet.
2. die Außenhandelsgeschäfte durch flexible Wechselkurse mit großen Risiken belastet seien; den Exporteuren und Importeuren dementsprechend Devisentermingeschäfte und Spekulationsgeschäfte zur Abwälzung des Kursrisikos aufgezwungen würden.
3. die festen Wechselkurse leisteten einen stärkeren Beitrag zur Preisstabilität, weil immer dann, wenn hohe Inflationsraten die Zahlungsbilanz eines Landes verschlechtern und damit die Währungsreserven der Zentralbank vermindern, sowohl die Zentralbank als auch die Regierung gehalten sind, Anti-Inflationsmaßnahmen zu ergreifen. Hohe Inflationsraten schlugen sich im System flexibler Wechselkurse nicht in sinkenden Währungsreserven nieder, sondern automatisch in einer Abwertung der nationalen Währung, so daß die Zentralbank und die Regierung zumindest keinen äußeren Anlaß fänden, Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation zu ergreifen.

Von diesen Gegenargumenten ist vor allem das zweite Argument einleuchtend, weshalb auch die sogenannten Praktiker der freien Wirtschaft das System flexibler Wechselkurse ablehnen.

Auch aus unseren bisherigen Ausführungen geht hervor, daß das System fester Wechselkurse eine adäquatere Bewegungsform des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt darstellt als ein System flexibler Wechselkurse. Da der Wechselkurs Ausdruck des Rangpunktes einer Nation in der Stufenleiter der universellen Arbeit ist, sind die Bewegungen in der Handelsbilanz die entscheidenden Indikatoren für einen richtigen oder falschen Wechselkurs, d. h. einer Über- oder Unterbewertung der Währung. In die Preisbildung auf dem freien Devisenmarkt gehen aber neben den Bewegungen in der Han-

delsbilanz auch die Bewegungen in der Kapitalverkehrsbilanz und der Schenkungsbilanz ein, so daß ein frei sich herausbildender Wechselkurs kein adäquater Ausdruck der Stufenleiter der universellen Arbeit sein kann. Da aber die bürgerlichen Außenhandelstheoretiker den Wechselkurs als Resultante von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt, d. h. als Resultante *aller* Bewegungen in der Zahlungsbilanz, und nicht als Ausdruck der Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt begreifen, nehmen sie konsequenterweise für ein System flexibler Wechselkurse Stellung.

Unserer Ansicht nach stellt ein System fester Wechselkurse mit periodischen Auf- und Abwertungen, d. h. mit periodischen Anpassungen an die Veränderungen in der Stufenleiter der universellen Arbeit, eine adäquatere Bewegungsform des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt dar als ein System flexibler Wechselkurse.

5. Ungleichmäßige Entwicklung zwischen den USA, Westeuropa und Japan

Nachdem wir bisher in den Teilen 1 - 4 dieser Arbeit den Weltmarkt, die ungleichmäßige Entwicklung und daraus folgend die Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt abgeleitet sowie die konkreten Formen, in denen sich das Wertgesetz im Weltwährungssystem bewegt, dargestellt haben, soll jetzt die konkrete ungleichmäßige Entwicklung der nationalen Kapitale der USA, Westeuropas und Japans skizziert werden, aus der allein die Krisen, die das Weltwährungssystem in den vergangenen Jahren erschüttert haben, sowie die Interessengegensätze der wichtigsten Welthandelsnationen entwickelt werden können. Im folgenden werden wir zunächst grob die wesentlichen Linien in der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den USA, Westeuropa und Japan bis zum 2. Weltkrieg aufzeigen, ehe auf die Konkurrenz der nationalen Kapitale dieser 3 Regionen seit dem 2. Weltkrieg eingegangen werden soll.

5.1. Ungleichmäßige Entwicklung der nationalen Kapitale vor dem 2. Weltkrieg

Die Verschiebung der ökonomischen Stellung der einzelnen nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges ist aus nachstehenden Tabellen zu entnehmen:

	1820	1870	1913	1929	1937
England	ca. 50	32	24	12	11
USA	ca. 10	23	36	44	42
Deutschland	ca. 8	13	16	12	12
Frankreich	ca. 15	10	6	6	5
Japan	—	0	1	3	4

TABELLE 4: Anteile an der Industrieproduktion (in %) ⁶⁷

	1820	1870	1913	1925	1932	1938
England	18	22	15	15	14	14
USA	8	8	11	14	11	12
Deutschland	10	13	13	8	8	8
Frankreich	12	10	8	7	7	5
Japan	—	—	2	3	4	4

TABELLE 5: Anteile am Welthandel (in %) ⁶⁸

Aus diesen beiden Tabellen lassen sich folgende Trends in der Entwicklung der Ungleichmäßigkeit bis zum 1. Weltkrieg ablesen:

1. Der Anteil Großbritanniens und Frankreichs an der Weltindustrieproduktion ist von 1820 bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges kontinuierlich von 50 % bzw. 15 % auf 14 % bzw. 6 % gesunken.
2. Demgegenüber verbesserten die USA und Deutschland ihre Positionen im gleichen Zeitraum von 10 % bzw. 8 % auf 36 % bzw. 16 %.
3. Bei der Analyse der Anteile der nationalen Kapitale am Welthandel lassen sich ähnliche Verschiebungen aufzeigen. Die USA und Deutschland verbesserten bis zum 1. Weltkrieg ihre Anteile am Welthandel kontinuierlich (von 8 auf 11, bzw. von 10 auf 13 %). Während sich die Positionen Frankreichs und Englands verschlechterten. Allerdings weist diese ungleichmäßige Entwicklung im Welthandel nicht so starke Sprünge auf wie die ungleichmäßige Entwicklung in der Weltindustrieproduktion. Obwohl der Anteil Englands an der Weltindustrieproduktion von 1820 bis 1913 von 50 % auf 14 % sank, konnte England seinen Anteil von 1820 bis 1870 noch von 18 auf 22 % verbessern; erst im Zeitraum von 1870 bis 1913 sank sein Anteil von 22 auf 15 %. Obgleich die USA ihren Anteil an der Weltindustrieproduktion von 10 auf 36 % im Zeitraum von 1820 bis 1913 verbesserten, erhöhte sich ihr Anteil am Welthandel nur langsam, nämlich von 8 auf 11 %. Schon aus diesen Trends wird deutlich, daß Großbritannien und Deutschland weitaus stärker vom Weltmarkt abhängig sind als das über einen großen inneren Markt verfügende nationale Kapital der USA.

Das rasche Ablösen Großbritanniens als erster Weltindustriemacht durch die USA wird auch aus der Entwicklung der Stahlproduktion deutlich, die ein wesentlicher Indikator für die Entwicklung des Industrialisierungsprozesses eines Landes ist:

»Im Jahre 1880 produzierte Großbritannien noch beinahe die Hälfte der Weltproduktion an Rohstahl. 80 % des Weltexportes an Stahl ging auf Englands Rechnung. Im Jahre 1893 wurde die britische Stahlerzeugung zum ersten Mal von der deutschen überholt, die in der Zeit zwischen den Jahren 1908 und 1913 doppelt soviel Stahl produzierte wie Großbritannien. Die USA traten jedoch bereits am Anfang der 90'er Jahre an die erste Stelle der Produktion. Sie wurden im Jahre 1900 zum ersten Exporteur auf dem Weltmarkt, erreichten im Jahre 1913 bereits 40 % der Weiterzeugung und übertrafen damit die Summe der französischen, britischen und deutschen Produktion...«⁶⁹

Zur Erklärung dieser raschen Entwicklung der Ungleichmäßigkeit wären detaillierte historische Analysen über die Akkumulationsbedingungen der verschiedenen nationalen Kapitale erforderlich, die aufgrund des bisherigen Standes der marxistischen Forschung noch nicht vorliegen. Dennoch lassen sich zumindest einige wesentliche Faktoren benennen, die den Akkumulationsprozeß des us-amerikanischen Kapitals gegenüber seinen westeuropäischen Konkurrenten begünstigten:

1. Insbesondere seit Ende des amerikanischen Bürgerkrieges konnte das US-Kapital in einen weitgehend unbegrenzten Markt hineinakkumulieren, was sich in der relativ geringen Exportquote der amerikanischen Industrie im Vergleich zur Exportquote Großbritanniens und Deutschlands niederschlägt (vergleiche oben).

2. Eine weitere Besonderheit der Akkumulationsbedingungen für die US-Kapitale bestand darin, daß das Proletariat bei niedrigen Löhnen sich durch Landnahme dem Industriekapital entziehen konnte. Das US-Kapital kam deshalb nicht in den Genuß der beiden Funktionen der industriellen Reservearmee, nämlich einerseits das Lohnniveau herabzudrücken und andererseits Arbeitermassen für den Akkumulationsprozeß zur Verfügung zu stellen. Aufgrund dieser Situation war das US-Kapital gezwungen, mit einer hohen organischen Zusammensetzung des Kapitals zu produzieren, d. h. die jeweils modernste Technologie anzuwenden, um sich gegenüber seinen westeuropäischen Konkurrenten behaupten zu können. Da amerikanische Arbeiter die Möglichkeit hatten, sich als freie Farmer in Landgebieten anzusiedeln, die niemandem gehörten, und so dem proletarischen Geschick entgingen, kam es dazu, daß von vornherein die amerikanischen Löhne viel höher waren als die europäischen. Diese höheren Löhne konnte die amerikanische Industrie nur auf dem Wege einer höheren Arbeitsproduktivität (...), bedingt durch eine höhere Technologie, verdauen, ohne in der internationalen Konkurrenz unterzugehen.⁷⁰

3. Der große Binnenmarkt der USA und die Notwendigkeit, mit einer hohen organischen Zusammensetzung des Kapitals zu akkumulieren, führten zu einem außerordentlich hohen Grad an Konzentration und Zentralisation des us-amerikanischen Kapitals. Mit diesem hohen Maß an Konzentration und Zentralisation waren gegenüber den westeuropäischen Konkurrenten folgende Vorteile verbunden:

- o Größere Ökonomisierung des konstanten Kapitals und damit Ausnutzung der Vorteile der Massenproduktion,
- o hoher Grad der Selbstfinanzierung und Möglichkeit zu großen Aufwendungen für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben,
- o Verfügung über große Geldkapitalmassen, die die Basis für den Einsatz modernster und teuerster Technologie bilden.

4. Ein weiterer positiver Faktor für die Akkumulation des US-Kapitals ist in der Rohstoffautarkie der USA bis zum 2. Weltkrieg zu sehen. Während die europäischen Konkurrenten gezwungen waren, einen großen Teil der Rohstoffe in den Kolonien abzubauen, konnten sich die USA mit Rohstoffen selbst versorgen, was zur Verbilligung eines der Elemente des konstanten Kapitals führte.

Diese angeführten Faktoren erklären, weshalb die USA bis zum 1. Weltkrieg England von seiner führenden Stellung auf dem Weltmarkt verdrängen konnten.

Der 1. Weltkrieg bot den USA eine weitere Möglichkeit, ihre beherrschende Stellung auf dem Weltmarkt auszubauen, da durch den Krieg das Wirtschafts- und Militärpotential seiner westeuropäischen Konkurrenten in hohem Maße zerstört wurde, während der Akkumulationsprozeß des amerikanischen Kapitals durch den Weltkrieg aus mehreren Gründen begünstigt wurde:

1. Die Kriegslieferung der USA an die Entente-Länder förderte den Akkumulationsprozeß der amerikanischen Industrie: der Gesamtprofit der amerikanischen Aktiengesellschaften stieg gegenüber 1912/14 im Jahresdurchschnitt 1916/18, um 5 Mrd. Dollar.⁷¹

- Die USA verbesserten durch die Kriegslieferungen ihre Handelsbilanz, die Exportüberschüsse erreichten die Summe von 18 Mrd. Dollar. Um die Kriegslieferungen finanzieren zu können, waren die Entente-Länder gezwungen, ihre amerikanischen Wertpapiere zu verkaufen und sogar Anleihen auf dem amerikanischen Kapitalmarkt aufzulegen, so daß die USA sich von einem Schuldner- in ein Gläubigerland verwandelten und gleichzeitig Großbritannien als Weltfinanzzentrum ablösten.
- Durch den Krieg verbesserten die USA ebenfalls ihren Anteil am Welthandel: »Vom Gesamtimport der Welt entfielen 1913 auf England 15,1 %, auf die USA 11,9 %; zehn Jahre später 16,8 und 18,9 %. Vom Gesamtexport entfielen auf England 13 %, auf die USA 13,5 %; zehn Jahre später betrug der Anteil Englands 14 %, jener der USA 16,9 %. Die USA hatten England im Export stark überholt!«⁷²

In der Zwischenkriegszeit wurde die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den hier behandelten nationalen Kapitalen durch zwei besondere Momente beeinflußt:

Die Phase bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 war durch die Nachwirkungen des 1. Weltkrieges charakterisiert. Während sich die westeuropäischen Länder noch in der Rekonstruktionsperiode befanden, konnten die USA durch die ökonomischen Impulse des 1. Weltkrieges und der schon angeführten günstigen Akkumulationsbedingungen ihres nationalen Kapitals sowohl ihren Anteil an der Weltindustrieproduktion als auch am Welthandel stark verbessern (Anstieg des Anteils an der Weltproduktion auf 44 % 1929 und am Welthandel auf 14 % 1925).

Diese Tendenz brach mit der Weltwirtschaftskrise ab, die Westeuropa und die USA ungleich schwer traf. Im Zeitraum von 1929 bis 1937, der durch die Weltwirtschaftskrise und die Politik zu ihrer Überwindung (New Deal) gekennzeichnet ist, konnte Westeuropa seinen Anteil an der Industrieproduktion der kapitalistischen Länder von 40 % auf 42 % steigern, während der Anteil der USA von 44 % auf 42 % abfiel. Dieser Prozeß des relativen Aufholens der westeuropäischen Länder gegenüber den USA wurde durch den 2. Weltkrieg und seine Auswirkungen unterbrochen.

5.2. Ungleichmäßige Entwicklung der nationalen Kapitale vom 2. Weltkrieg bis zur Gründung der EWG

Die Auswirkungen des 2. Weltkrieges auf die Industrieproduktion der verschiedenen kapitalistischen Industrieländer sind nachstehender Tabelle zu entnehmen:

	1937	1948
USA	41,4	56,4
Großbritannien	12,5	11,7
Westdeutschland	9,0	4,3
Frankreich	6,0	4,1
Italien	3,0	2,1
Japan	4,8	1,5

TABELLE 6: Anteile der einzelnen Länder an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt (in %) ⁷³

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß die USA ihren Anteil an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt durch den 2. Weltkrieg sehr stark ausdehnen konnten, während die westeuropäischen Länder und Japan aus dem 2. Weltkrieg ökonomisch außerordentlich geschwächt hervorgingen. Diese fast absolute Vorherrschaft der USA als Weltindustriemacht wurde jedoch anders als in der Rekonstruktionsperiode nach dem 1. Weltkrieg bereits im 1. Jahrzehnt nach dem 2. Weltkrieg relativiert.

	1953	1958	1962
Gesamte Welt	136	159	185
Nordamerika (USA und Kanada)	130	131	157
Westeuropa	143	190	217
EWG-Länder	172	246	272

TABELLE 7: Index des Volumens der Industrieproduktion der USA und der westeuropäischen Länder (1948 = 100)⁷⁴

Während Nordamerika das Volumen seiner Industrieproduktion von 1948 bis 1962 nur um rund 50 % steigerte, verdoppelte sich das Volumen der Industrieproduktion Westeuropas, das der EWG-Länder konnte sich sogar fast verdreifachen.

Für dieses rasche relative Aufholen Westeuropas lassen sich folgende Faktoren anführen:

1. Die USA förderten die Rekonstruktion der nationalen Kapitale in Europa aus politischen und ökonomischen Gründen mit Hilfe des Marshall-Planes. Die Überproduktionstendenzen, die sich für das US-Kapital aus der Umstellung von Kriegs- in Friedensproduktion ergaben, erforderten das Schaffen von Absatzmärkten, d. h. den ökonomischen Wiederaufbau in Westeuropa. Die Tendenz zur Rekonstruktion der westeuropäischen Kapitale wurde durch politische Momente verstärkt, da die USA daran interessiert waren, Westeuropa im kapitalistischen Weltlager zu halten. Das besondere Interesse der USA am ökonomischen Wiederaufbau Westeuropas wird daraus ersichtlich, daß Großbritannien, Frankreich, Italien und Westdeutschland allein 66 % der Gesamtmittel des Marshall-Planes erhielten.
2. Der Wiederaufbau der zerstörten Industrieanlagen in Frankreich, Italien und insbesondere Westdeutschland vollzog sich unter Berücksichtigung modernster Produktionstechnologien, wodurch die Produktivität und Intensität der Arbeit stark erhöht wurden. Gerade aus diesem Grunde ist das im Vergleich zu den anderen westeuropäischen Ländern schwache Ansteigen der Industrieproduktion und der Arbeitsproduktivität Großbritanniens zu erklären, dessen Industrieanlagen durch den 2. Weltkrieg kaum zerstört wurden.
3. Ein weiterer günstiger Faktor für die Akkumulation der westeuropäischen Kapitale ist in dem Entstehen einer riesigen industriellen Reservearmee nach dem 2. Weltkrieg zu sehen. Besonders in Westdeutschland war es dem Kapital möglich, über die durch die Flucht aus der DDR und Polen permanent gespeiste Reservearmee und den besonders in den 50'er Jahren durch

den kalten Krieg entfachten Antikommunismus die Arbeitslöhne äußerst gering zu halten und gleichzeitig die Arbeitsintensität permanent zu steigern.

Obwohl auch für diese Phase des Wiederaufbaues detaillierte ökonomische Studien über die konkreten Bedingungen der Akkumulation der einzelnen nationalen Kapitale fehlen, ist die im Vergleich zu den USA außerordentlich hohe Akkumulationsrate der westeuropäischen Länder, ausgenommen Englands, nicht zuletzt auf die angeführten Faktoren zurückzuführen. Während der Anteil der Investitionen am Brutto-Sozialprodukt von 1949 bis 1959 im Jahresdurchschnitt für Westdeutschland 24,2 % ausmachte, für Italien 22 %, Holland 24,3 %, Frankreich 20,1 %, betrug die Akkumulationsrate in den USA nur 18,2 %, in Großbritannien nur 16,3 %.⁷⁵

»Es wäre jedoch unrichtig, daraus den Schluß zu ziehen, die amerikanische Industrie sei hinter der europäischen zurückgeblieben. Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus besteht in diesem Falle darin, daß während des Krieges und in der ersten Nachkriegsperiode die Wirtschaft der USA im Vergleich zu Europa sowohl im Volumen als auch in qualitativer Beziehung einen großen Schritt nach vorwärts getan hat. Die westeuropäischen Länder waren nach dem Krieg gezwungen, zunächst ihre Wirtschaft wiederherzustellen, um dann an ihre Rekonstruktion zu gehen. Die Rekonstruktion war mit technischen Vervollkommnungen verknüpft, die in den USA in beträchtlichem Umfange bereits realisiert waren. Die höheren Akkumulationsraten in den westeuropäischen Ländern bedeuteten, daß der Prozeß der technischen Rekonstruktion intensiver war als in den USA.«⁷⁶

Die absolute Vorherrschaft der USA nach dem 2. Weltkrieg und der rasche Abbau dieser Vormachtstellung schon in den 50'er Jahren läßt sich auch aus der Entwicklung des Welthandels ablesen. Der Anteil der USA am Weltexport der kapitalistischen Länder war von 1938 14,5 % auf 1947 32,5 % gestiegen, während der entsprechende Anteil Westeuropas von 43,8 % auf 17,1 % gesunken war. Diese Beherrschung des kapitalistischen Weltmarktes durch die USA nach dem 2. Weltkrieg wurde bereits zu Beginn der 50'er Jahre durch die westeuropäischen Kapitale relativiert. Während der Anteil der USA am Weltexport 1947 noch 32,5 % ausmachte, sank dieser Anteil 1955 auf 18,3 %, während umgekehrt der Anteil der westeuropäischen Länder von 1947 17,1 % auf 1955 41,2 % anstieg.⁷⁷

»Während das Wachstumstempo des Exportes der USA in den Jahren von 1948 bis 1955 unter dem Zuwachstempo des Weltexportes lag, übertrafen die westeuropäischen Länder dieses durchschnittliche Zuwachstempo. Der Weltexport belief sich im Jahre 1955 auf 136,2 % im Verhältnis zum Jahre 1948, der Export der USA lag bei 123 %, der Westeuropas bei 193,9 %.«⁷⁸

Aus der ungleichmäßigen Entwicklung der Industrieproduktion und des Warenexportes der USA und Westeuropas läßt sich ableiten, daß trotz aller Nachkriegsschwierigkeiten das westeuropäische Kapital seine Konkurrenzposition gegenüber dem amerikanischen Kapital wieder festigen konnte. Damit waren die Voraussetzungen für eine Veränderung im Kräfteverhältnis zwischen den USA und Westeuropa, wie es sich in den 60'er Jahren zeigte, geschaffen.

5.3. Verhältnis zwischen den USA, Westeuropa und Japan in den 60er Jahren

Die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen ist in den 60'er Jahren im wesentlichen durch die Auswirkungen der EWG-Gründung und die beschleunigte Akkumulation des japanischen Kapitals gekennzeichnet. Wir werden zunächst Ursachen und Auswirkungen der EWG-Gründung, anschließend die Entwicklung des japanischen Imperialismus untersuchen, um schließlich den relativen Rückgang des amerikanischen Imperialismus gegenüber dem westeuropäischen und japanischen Imperialismus anhand empirischer Daten zu diskutieren.

5.3.1. Entwicklung der EWG

Wie schon erwähnt, liegen die besonderen Konkurrenzvorsprünge des amerikanischen Kapitals gegenüber seinen westeuropäischen Konkurrenten insbesondere in dem hohen Grad an Konzentration und Zentralisation und den damit verbundenen ökonomischen Vorteilen. Dieser Konzentrations- und Zentralisationsvorsprung des US-Kapitals läßt sich an folgenden Statistiken veranschaulichen:

Im Jahre 1961 verteilten sich die Industrieunternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 500 Mio Dollar wie folgt:⁷⁹

USA	97
EWG	27
Öbrige Welt	22

Fünf Jahre später:

USA	134
EWG	41
Öbrige Welt	49

Dieser Unterschied in der Größenordnung, verursacht durch unterschiedliche Konzentrations- und Zentralisationsprozesse, wird ebenfalls aus Tabelle 8 deutlich:

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß die us-amerikanischen Unternehmen in der chemischen, elektrotechnischen und Automobilbranche sowohl den absolut größten Umsatz als auch die absolut größten Profitmassen erzielen und ebenfalls über die höchsten Selbstfinanzierungsmittel verfügen. Aus diesem hohen Grad an Konzentration und Zentralisation des amerikanischen Kapitals und den damit verbundenen ökonomischen Vorteilen läßt sich für die nationalen Kapitale der EWG-Staaten die Notwendigkeit ableiten, Konzentrations- und Zentralisationsprozesse auf EWG-Ebene anzustreben, wollen sie nicht im Konkurrenzkampf mit den amerikanischen Unternehmen auf dem Weltmarkt Verluste erleiden.

Vor diesem Hintergrund sind die Interessen, die zur Gründung der EWG führten, zu sehen. Der Abbau der Zoll- und Handelschranken innerhalb der

EWG sollte den nationalen Einzelkapitalen einen größeren Markt eröffnen und damit einen ersten Schritt zur verstärkten Konzentration und Zentralisation der Kapitale auf EWG-Ebene einleiten. Der wesentliche Schritt zu einer beschleunigten Konzentration und Zentralisation wäre allerdings erst mit der für 1980 angestrebten Wirtschafts- und Währungsunion der EWG gegeben. Das Zustandekommen der angestrebten politischen und ökonomischen Vereinigung der EWG-Staaten wäre mit einer äußersten Verschärfung der ungleichmäßigen Entwicklung und damit mit einem raschen Konzentrations- und Zentralisationsprozeß zwischen den EWG-Ländern verbunden. Wie wir

Branche Unternehmen	Umsatz (in Mrd. \$)	Netto-Gewinne		Selbstfinanz. (in Mio \$)
		(in Mio \$)	(% z. Ums.)	
Chemie				
Du Pont de Nemours (US)	3,02	407	13,5	162
Union Carbide (US)	2,06	226	11,0	90
Monsanto (US)	1,47	123	8,4	49
Dow Chemical (US)	1,18	108	9,2	43
ICI (GB)	2,28	208	9,1	83
Bayer (BRD)	1,58	67	4,2	86
Hoechst (BRD)	1,31	64	4,9	26
Rhone-Poulenc (FR)	1,01	22	5,1	11,4
BASF (BRD)	1,01	71	7,0	28
Elektrotechnik u. Elektronik				
General Electric (US)	6,21	355	5,7	142
IBM (US)	3,57	476	13,4	190
Western Electric (US)	3,36	168	5,0	68
Westinghouse (US)	2,39	107	4,5	43
RCA (US)	2,04	101	4,9	40
General Telephone (US)	2,04	166	8,2	66
Philips (NL)	2,08	110	5,3	44
Siemens (BRD)	1,79	45	2,5	18
AEG (BRD)	1,03	25	2,4	10
Bosch (BRD)	0,74	10	1,3	4
Automobilindustrie				
General Motors (US)	20,7	2 125	10,3	850
Ford (US)	11,5	703	6,1	281
Chrysler (US)	5,3	233	4,4	93
American Motors (US)	0,99	5	0,5	2
VW (BRD)	2,32	94	4,0	38
Fiat (Italien)	1,53	39	2,5	16
British Motors (US/GB)	1,35	45	3,3	18
Daimler-Benz (BRD)	1,3	39	3,0	16
Citroen (FR)	0,79	6	0,7	2

TABELLE 8⁸⁰

im Teil 3 abgeleitet haben, hat die der Stufenleiter der universellen Arbeit entsprechende Rangstufung der Wechselkurse für die ökonomisch schwächer entwickelten nationalen Kapitale eine Schutzfunktion. Nur über den durch den Wechselkursmechanismus vermittelten hohen Preisausdruck der Weltmarktwaren der produktiveren nationalen Kapitale und den entsprechend geringen Preisausdrücken der Weltmarktwaren der weniger produktiven nationalen Kapitale wird verhindert, daß die produktiveren die weniger produktiven Nationen total niederkonkurrieren. Dieser Schutzmechanismus würde durch eine Währungsunion im Rahmen der EWG wegfallen; die produktiveren EWG-Kapitale würden — nach Branchen differenziert — die ökonomisch schwächeren Einzelkapitale aus dem Markt verdrängen und über einen forcierten Konzentrations- und Zentralisationsprozeß schlucken.

Die Wirtschafts- und Währungsunion würde einen starken Fluß der Kapitale und der Arbeitskräfte im EWG-Raum produzieren, wodurch sich eine Tendenz zur durchschnittlichen Intensität der Arbeit herstellte; das Wertgesetz würde deshalb innerhalb der EWG nicht mehr durch die ungleichmäßige Entwicklung nationaler Kapitale modifiziert, vielmehr würde sich tendenziell *ein* Wertgesetz herausbilden. Das bedeutete gleichzeitig, daß sich innerhalb der EWG eine weitgehende Tendenz zum Fließen der Kapitale und der Arbeitskräfte von einer Region in die andere ergeben würde, was nichts anderes als die Tendenz zur Produktion einer allgemeinen Profitrate im EWG-Raum bedeutete.

Wenn sich nicht die Interessen der stärksten EWG-Kapitale an einer Wirtschafts- und Währungsunion am Widerstand der Arbeiterklasse und verschiedener Fraktionen nationaler Kapitale brechen, würde das EWG-Kapital über den beschriebenen Konzentrations- und Zentralisationsprozeß seine Weltmarktsposition weiterhin stark verbessern können und damit den relativen Rückgang der ökonomischen Position des US-Imperialismus abermals beschleunigen.

Haben wir bisher die Notwendigkeit eines Konzentrations- und Zentralisationsprozesses des EWG-Kapitals aus seiner Konkurrenzsituation mit dem US-Kapital auf dem Weltmarkt dargestellt, wird dieser Konzentrations- und Zentralisationsprozeß umso dringlicher, als seit der Gründung der EWG die US-Kapitale die Zollbarrieren der EWG über Direktinvestitionen in Westeuropa zu unterlaufen suchen. Aus den Tabellen 9 und 10 geht hervor, daß sich der Anteil Westeuropas und insbesondere der EWG an den Direktinvestitionen der USA seit Beginn der sechziger Jahre enorm verstärkt hat:

Während noch 1957 der Anteil Westeuropas an den amerikanischen Direktinvestitionen mit 16,3 % hinter dem Anteil Kanadas mit 34,9 % und Lateinamerikas mit 28,9 % lag, betragen die entsprechenden Prozentsätze 1966:

Westeuropa	50,9 %
Kanada	30,7 %
Lateinamerika	4,6 %

Die Kontrolle der westeuropäischen Industrieproduktion durch die USA wird insbesondere aus der Tabelle 10 ersichtlich, die den Anteil der vom US-Kapital beherrschten Unternehmen nach einzelnen Branchen aufschlüs-

Land	1950	1955	1960	1963	1966
Insgesamt	11 788	19 395	32 778	40 625	54 562
Kanada	3 579	6 761	11 198	13 016	16 840
Lateinamerika	4 446	6 031	8 387	8 657	9 854
Westeuropa	1 733	3 002	6 681	10 351	16 200
EWG	637	1 173	2 644	4 471	7 587
Westdeutschland	204	347	1 006	1 772	3 077
Frankreich	217	373	741	1 235	1 758
Italien	63	153	384	668	1 148
Großbritannien	847	1 427	3 231	4 216	5 652

TABELLE 9: Private Direktinvestitionen der USA im Ausland von 1950 bis 1966 (in Mio \$)⁸¹

	1957	1959	1961	1963
Chemische Industrie				
Westeuropa	5,8	6,2	6,9	8,7
davon EWG	3,8	2,1	4,6	5,7
Maschinenbau (ohne Elektromasch*bau)				
Westeuropa	7,1	8,2	8,3	10,9
davon EWG	5,1	5,9	6,6	7,6
Elektroindustrie				
Westeuropa	7,3	7,5	8,0	10,2
davon EWG	4,8	4,9	5,5	6,8
Fahrzeugbau				
Westeuropa	12,8	15,9	16,8	19,8
davon EWG	9,5	11,9	13,9	17,9

TABELLE 10: Anteil der vom US-Kapital kontrollierten Unternehmen an der Gesamtproduktion Westeuropas (in %)⁸²

selt. »Die Anteile der amerikanischen Filialen und Tochtergesellschaften an der westeuropäischen Industrieproduktion wachsen an. In der chemischen Industrie Westeuropas ist der Produktionsanteil der sich vollständig in amerikanischem Eigentum befindenden Betriebe in der verhältnismäßig kurzen Zeitspanne von 1958 bis 1963 von 5,8 % auf 8,7 % gestiegen. Im allgemeinen Maschinenbau hat er sich von 7,1 auf 10,9 %, in der Elektroindustrie von 7,3 auf 10,2 % und im Fahrzeugbau von 12,8 auf 19,8 % erhöht. Diese Prozentsätze sagen allerdings noch nichts darüber aus, wieweit es die USA-Monopole in den führenden Ländern Westeuropas und in einzelnen Industriezweigen dieser Länder gebracht haben.«⁸³

So kontrolliert das US-Kapital in Großbritannien z. B. 2/3 der Computerproduktion, 35 % der Erdölproduktion, ca. 50 % der Automobilproduktion, 45 % der Produktion von Elektroerzeugnissen und 70 % des Landmaschinenbaues. In Westdeutschland spiegelt sich der Kontrollgrad des US-Kapitals über einzelne Branchen in folgenden Zahlen wieder:

Standard Oil (Esso) kontrolliert 20 % der gesamten Erdölverarbeitung, 10 - 15 % des westdeutschen Maschinenbaues sind in amerikanischer Hand, 80 % des Computermarktes werden von US-Konzernen beherrscht, Opel und Ford kontrollierten 1965 36,5 % der westdeutschen Automobilproduktion und zwei amerikanische Industrieunternehmen produzieren 45 % des westdeutschen Landmaschinenbaues.⁸⁴

Wurden die amerikanischen Direktinvestitionen in den ersten Jahren seit der EWG-Gründung mit dem Argument begrüßt, sie bewirkten einen Transfer moderner amerikanischer Technologien nach Europa, so tauchten in dem Maße Widerstände des europäischen Kapitals auf, wie sich diese selbst durch die Produktion der USA-Monopole im EWG-Raum bedroht sahen. Dieser Widerstand wurde am schärfsten vom französischen Monopolkapital artikuliert:

»Die amerikanischen Investitionen in Europa waren für uns wünschenswert, wir förderten sie, und sie hatten günstigen Einfluß auf den Aufschwung der europäischen Geschäftsaktivität durch ihren Beitrag zum technischen Fortschritt und dem Zustrom von Kapital. Es wäre dennoch außerordentlich unangenehm, wenn einige Sektoren in der Wirtschaft der EWG-Länder sich unter der Macht ökonomischer Kräfte befänden, die Entscheidungen jenseits dieses Marktes treffen. Im gleichen Maße, in dem ausländische Investitionen nützlich, wünschenswert und notwendig waren, ist es auch notwendig, daß kein einziger europäischer Wirtschaftssektor unter den Einfluß einer Macht fällt, die sich außerhalb der EWG befindet.«⁸⁵

Gegen diese zusätzliche Bedrohung durch die US-Kapitale können sich die EWG-Kapitale bei freiem internationalem Kapitalverkehr nur durch einen zusätzlichen Grad an Konzentration und Zentralisation auf EWG-Ebene wehren. Katja Nehls weist darauf hin, daß sich der Konzentrations- und Zentralisationsprozeß im Rahmen der EWG bisher vor allem auf nationaler Ebene vollzogen habe, weist aber auch die zunehmende Tendenz der EWG-Kapitale auf, auf übernationaler Ebene in Form von Kapitalbeteiligungen und Kooperationsverträgen zusammenzuarbeiten. Als Beispiele nennt sie unter anderem die Fusion der Agfa AG mit Geveart Photoprodukten, Rotterdam, die Kooperationsverträge zwischen Bayer und Rhône-Poulenc in der chemischen Industrie und die Zusammenarbeit von Telefunken mit der Compagnie Européenne d'Automatisme Electronique (C.A.E.) bei der Produktion von elektronischen Rechenanlagen.⁸⁶

Diese zu beobachtende Tendenz zu übernationaler Konzentration und Zentralisation in der EWG, wird durch die Erweiterung der EWG um Großbritannien, Dänemark, Norwegen und Irland und durch die geplante Freihandelszone zwischen diesem Zehnerblock und der Rest-EFTA gewaltig verstärkt werden.

5.3.2. Entwicklung Japans

Aus den beiden nachstehenden Tabellen wird die ungleichmäßige Entwicklung zwischen Japan und den wichtigsten kapitalistischen Industrieländern deutlich.

Jahr	Japan	USA	BRD	Gr.Brit.	Frankr.	Italien
1959	36 (12,2)	484 (8,1)	63 (8,4)	67 (5,1)	54 (9,3)	31 (6,0)
1960	43 (19,9)	504 (4,1)	74 (18,3)	72 (6,7)	60 (10,8)	34 (8,4)
1961	53 (23,4)	520 (3,3)	82 (9,9)	77 (6,8)	65 (7,9)	37 (10,9)
1962	59 (10,8)	560 (7,7)	89 (8,7)	81 (5,2)	72 (11,4)	42 (12,7)
1963	68 (15,4)	591 (5,4)	94 (6,5)	86 (6,3)	80 (11,1)	48 (14,7)
1964	80 (17,9)	632 (7,1)	103 (9,6)	93 (8,5)	88 (9,9)	53 (9,6)
1965	88 (10,2)	685 (8,3)	113 (9,4)	100 (7,4)	94 (6,8)	57 (7,8)
1966	102 (15)	748 (9,2)	120 (6,3)	106 (6,0)	101 (7,7)	62 (7,9)
1967	120 (17,7)	790 (5,6)	121 (0,6)	111 (4,4)	109 (7,4)	67 (8,7)
1968	142 (18,7)	861 (9,0)	132 (8,9)	101 (-8,5)	115 (6,0)	72 (7,5)
1969	166 (17,3)	921 (7,0)	141 (7,3)	107 (5,7)	125 (8,5)	78 (8,0)
1970	193 (16,0)	985 (7,0)	151 (6,5)	113 (5,5)	135 (7,5)	84 (8,0)

TABELLE 11: Die Entwicklung einzelner Brutto-Sozialprodukte von 1959 bis 1970 (in Mrd. \$ der jeweiligen Preise, Zuwachsraten in Klammern)⁸⁷

Jahr	Japan	BRD	Gr.Brit.	USA
1952	7,2	5,8	-2,1	4,2
1955	7,4	14,9	5,1	12,7
1959	19,9	7,1	5,1	12,7
1962	8,2	4,2	1,0	7,8
1965	4,8	5,6	2,9	8,4
1968	17,4	11,7	4,2	4,4
1952 - 1959	12,7	8,0	2,6	4,4
1960 - 1968	13,0	5,0	2,3	5,0

TABELLE 12: Jährliche Zunahme der Industrieproduktion (in %)⁸⁸

Das Brutto-Sozialprodukt Japans wuchs in den Jahren 1959 bis 1970 durchschnittlich jährlich um 16,0 % nominal; demgegenüber stieg das Brutto-Sozialprodukt der USA und der EWG im gleichen Zeitraum jährlich im Durchschnitt um 6,8 bzw. 8,7 % nominal. Auch unter Berücksichtigung der Inflationsraten Japans und seiner wichtigsten Konkurrenzländer liegt die jährliche Zuwachsrate des Brutto-Sozialproduktes Japans erheblich über der der EWG-Länder und der der USA.

Die bemerkenswerte ungleichmäßige Entwicklung zwischen den wichtigsten kapitalistischen Industrieländern wird auch aus der Entwicklung der Industrieproduktion von 1952 bis 1968 deutlich. Während die Industrieproduktion Japans von 1952 bis 1959 um jährlich 12,7 % im Durchschnitt wuchs,

verbesserte sich der industrielle Ausstoß der BRD, Großbritanniens und der USA nur um 8,0, bzw. 2,6, bzw. 4,4 %. Die gleiche Rangfolge ist für die entsprechenden Zuwachsraten von 1960 bis 1968 festzustellen: Japans Industrieproduktion stieg um 13 % jährlich, die der BRD, Großbritanniens und der USA nur um 5,0, bzw. 2,3, bzw. 5,0 %. »Ende der 60er Jahre verließen siebenmal soviel Waren japanische Werkhallen wie 1955 — die westlichen Industrieländer konnten ihre Produktion während der gleichen Zeit nur verdoppeln. Zuwachsraten des Brutto-Sozialproduktes von jährlich weit über 10 % waren in Japan die Regel. In der hochindustrialisierten BRD wurden im vergangenen Jahrzehnt nur durchschnittliche Wachstumssteigerungen von 5,2 % im Jahr erreicht. Das reichste Land der Welt, die USA, mußten sich sogar nur mit einer jährlichen Wohlstandsmehrung von 4 % begnügen.«⁸⁹

Diese Tendenzen schlugen sich einerseits in den Anteilen Japans an der Industrieproduktion der kapitalistischen Länder und andererseits im wachsenden Anteil Japans am Gesamt-Export und insbesondere am Export der gesamten verarbeitenden Industrie der kapitalistischen Länder nieder: Japans Anteil an der kapitalistischen Industrieproduktion stieg von 1950 1,6 über 1960 3,9 auf 1970 9,8 %; sein Anteil am Gesamt-Export der kapitalistischen Länder nahm von 1950 1,5 % über 1960 3,6 % auf 1970 6,8 % zu; die Anteile Japans am Export der verarbeitenden Industrie belaufen sich auf: 1950 3,0%, 1960 6,9%, 1970 11,2 %.⁹⁰

Als wesentliche Ursachen für den günstigen Akkumulationsprozeß des japanischen Kapitals und der günstigen Konkurrenzbedingungen Japans auf dem Weltmarkt lassen sich anführen:

1. Das japanische Kapital beutet die Arbeiterklasse vergleichsweise extrem aus, was sich in folgenden Zahlen ausdrückt:

»Ein dreißig Jahre alter Schlosser, etwa in der verarbeitenden Industrie, verdiente im letzten Jahr durchschnittlich 616 DM im Monat — einschließlich Überstundengeld. Ohne Überstunden betrug der Durchschnittslohn 1970 nur 490 DM. Jedoch ist es in Japan üblich, daß die Unternehmen zweimal im Jahr einen Bonus zahlen, der allerdings häufig vom Betriebsergebnis abhängig ist. Im letzten Jahr zahlten die Firmen der verarbeitenden Industrie dem dreißig jährigen Facharbeiter durchschnittlich einen Gesamtbonus von 1.468 DM.

Mehr als die Hälfte aller Arbeiter lagen indes unter der 616 DM Grenze, weil sie in schlecht zahlenden Kleinbetrieben beschäftigt waren. Jeder vierte Arbeiter mußte sich — Bonuszahlungen nicht mitgerechnet — mit einem Monatslohn zwischen 350 und 390 DM begnügen.

Ein Ingenieur mit 12 Dienstjahren und 8 - 10 Untergebenen kam auf ein Grundgehalt von 922 DM, mit Überstunden 1.219 DM. Dazu erhielt er 5 - 6 Grundgehälter als Bonus.«⁹¹

»Wir haben, so interpretiert der japanische Nationalökonom Magota, die Lohnsituation der japanischen Arbeiterklasse, gerade das Lohnniveau von Italien erreicht.«⁹² Setzt man das japanische Lohnniveau gleich 100, so liegt das bundesrepublikanische Lohnniveau zur Zeit bei 180.

Diese extremen Ausbeutungsbedingungen der japanischen Arbeiterklasse beschreibt Hedberg am Beispiel der untersten Schichten des japanischen

Proletariats der Tagelöhner, der Heimarbeiter und der teilzeitbeschäftigten Frauen. Die Tagelöhner Japans erzielten 1969 einen Tageslohn zwischen 1,3 und 1,9 Dollar, die Heimarbeiter erreichten einen durchschnittlichen Monatslohn von 20,75 Dollar und die teilzeitbeschäftigten Frauen verdienten pro Stunde zwischen 33 und 36 Cent.⁹²

Dieses niedrige Lohnniveau in Japan läßt sich einerseits aus der Existenz einer starken industriellen Reservearmee bis zum Ende der 60er Jahre erklären, zum anderen aus der persönlichen Abhängigkeit des japanischen Arbeiters vom Unternehmen, insbesondere dem Großunternehmen. Soziale Leistungen, wie Gesundheitswesen, Schulwesen, Unfall-, Kranken- und Altersversicherung, sowie Kindergärten und Sportanlagen etc. liegen in Japan überwiegend in der Hand der privaten Unternehmen. Hinzu kommt, daß der Lohn nicht nach Leistung und Qualifikation, sondern im wesentlichen nach Alter und Betriebszugehörigkeit gestaffelt ist. Diese Lohn- und Sozialleistungsbedingungen bieten dem japanischen Kapital die Möglichkeit zur Disziplinierung der Arbeiterklasse; der Verlust des Arbeitsplatzes ist mit dem Verlust des Anspruches auf Sozialleistungen verbunden, der staatliche Fürsorgesatz lag 1970 in Japan bei 23 DM monatlich.

»Vor Arbeitsbeginn«, so illustriert »Der Spiegel« die Abhängigkeit des japanischen Arbeiters vom Betrieb, »stimmen sie häufig eine Firmenhymne an und bekennen gemeinsam mit den Direktoren ihren Glauben an den 'Geist der Gerechtigkeit, der gesellschaftlichen Harmonie, der Strebsamkeit, Bescheidenheit, Anpassung, Dankbarkeit' (so bei Matsushita Electric).«⁹³

Diese extremen Arbeitsbedingungen der japanischen Arbeiterklasse finden schließlich ihren Ausdruck darin, daß die Intensität der Arbeit in Japan außerordentlich hoch liegt⁹⁴ und daß bis zum Ende der 60er Jahre die Lohnentwicklung hinter der Produktivitätsentwicklung zurückblieb.

2. Ähnlich wie die BRD, Frankreich und Italien konnte Japan seine Produktionsstruktur nach dem 2. Weltkrieg nach modernsten technologischen Gesichtspunkten erneuern, was zu einer raschen Steigerung der Produktivkraft der Arbeit führte. Diese Produktivitätssteigerung der Arbeit vollzog sich bis zum Ende der 60'er Jahre kontinuierlich und mit hohen Raten, weil der Umschlagzyklus des fixen Kapitals in Japan offensichtlich kürzer ist als etwa in den USA, d. h. in geringeren Abständen die modernsten Technologien in den Produktionsprozeß eingeführt werden:

»American Machinist (...) zufolge sind 23 % der amerikanischen Werkzeugmaschinen mehr als 20 und 64 % mehr als 10 Jahre alt! Die Industrieanstattung Japans dagegen ist schneller modernisiert worden. 1955 waren 53 % der Maschinen älter als 6 Jahre, 1964 nur noch 27 %. Der Anteil hochmoderner Ausrüstung — 3 Jahre oder weniger alt — stieg in diesen Jahren von 43 auf 56 %.«⁹⁵

3. Ein weiterer Grund für die rasche Kapitalakkumulation in Japan ist im geringen Anteil der Staatsausgaben am Brutto-Sozialprodukt zu sehen. Da die staatlichen Sozialleistungen äußerst gering sind und der japanische Rüstungsetat im internationalen Vergleich zur Zeit noch minimal ist, und da ferner Japan staatliche Infrastrukturmaßnahmen, wie den Bau von Straßen,

den Ausbau des Bildungswesens und den Umweltschutz, völlig vernachlässigt hat, konnte die gesamtgesellschaftliche Akkumulationsrate (d.h. der Anteil der Investitionen am Sozialprodukt) im internationalen Vergleich extrem hoch liegen. In der Periode von 1960 bis 1967 betrug die Investitionsquote Japans durchschnittlich 32,6 %, während Großbritanniens Akkumulationsrate sich nur auf 17,2 % belief und die der BRD, die an sich schon eine vergleichsweise hohe Akkumulationsrate aufweist, 24,9 % betrug.⁹⁶

Von 1965 bis 1970 stieg die japanische Akkumulationsrate von 31,7 auf 35,2 %, während die der BRD von 26,3 % auf 24,3 % sank.

Für die 70'er Jahre ist allerdings zu erwarten, daß die Akkumulationsrate des Kapitals in Japan aus drei Gründen geringer sein wird:

- o Die industrielle Reservearmee Japans ist in den 60'er Jahren nach und nach abgebaut worden, so daß in den 70'er Jahren mit einem Anstieg des Lohnniveaus zu rechnen ist. Dieser Trend deutete sich bereits in den Jahren 1969 und 1970 an, als erstmalig die Lohnentwicklung weit über der Produktivitätsentwicklung lag.
- o In den 70er Jahren wird der japanische Staat gezwungen sein, die Infrastrukturpolitik auszubauen, d. h. in forciertem Maße Verkehrs-, Bau-, Bildungs- und Umweltschutzinvestitionen zu tätigen. Das rasche Ansteigen des japanischen Rüstungsetats in den letzten Jahren dürfte sich auch im laufenden Jahrzehnt fortsetzen, da Japan die Rolle des kapitalistischen Weltpolizisten den USA zumindest in Asien tendentiell abnimmt.

Beide Momente schmälern die Gesamtmasse des privat akkumulierbaren Mehrwerts.

- o Die zunehmenden Klassenkämpfe in Japan werden das Kapital und seinen Staat dazu zwingen, mehr Sozialleistungen zu gewähren, was ebenfalls die Verwertungsbedingungen des japanischen Kapitals denen der wichtigsten kapitalistischen Industrieländer angleichen wird.
4. Die beispiellose Entwicklung Japans in den 60'er Jahren vollzog sich unter fast völliger Abschirmung der Weltmarktskonkurrenz vom japanischen Binnenmarkt. Obwohl Mitglied des GATT verstieß Japan permanent gegen die GATT-Bestimmungen, wonach alle Mitgliedsstaaten nach und nach zur Liberalisierung des Handels übergehen sollen. Zum Beleg dieser protektionistischen Politik seien zwei Beispiele angeführt:
- o Japan weist seit 1956 die größte Schiffbautonnage der Welt auf, wagte es aber erst 1969 den Importzoll auf Schiffe, den es als einziges Land der Welt erhob (15 %), fortfallenzulassen;
 - o Japans Automobilindustrie erzielt seit Jahren große Exporterfolge, dennoch beschränkt Japan den Automobilimport auf 15.000 Wagen jährlich, was 1969 einem Anteil von 0,4 % am japanischen Binnenmarkt gleichkam.⁹⁷

Erklären diese vier Faktoren die günstigen Akkumulationsbedingungen des japanischen Kapitals bis zum Ende der 60'er Jahre, so ist das rasche Vordringen Japans auf den Weltmarkt im wesentlichen aus den beiden ersten Faktoren abzuleiten. Das extrem niedrige japanische Lohnniveau und die ex-

trem hohe Intensität und Produktivität der Arbeit ermöglichen es dem japanischen Kapital zu relativ niedrigen Kostpreisen zu produzieren.

Die Entwicklung der Akkumulationsbedingungen des japanischen Kapitals könnte zur Annahme führen, daß neben der Produktivität und Intensität der Arbeit auch die Entwicklung des Lohnniveaus für die Konkurrenzbedingungen der nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt bestimmend ist.

Dies scheint unserer Ableitung der Wechselkurse als Abbild der Rangpunkte der nationalen Kapitale in der Stufenleiter der universellen Arbeit zu widersprechen.

Es soll kurz gezeigt werden, daß die Stufenleiter nationaler Arbeitslöhne zwar eine Brüchigkeit in der Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt bedeutet, diese aber im Zuge der Verallgemeinerung der Akkumulationsbedingungen der nationalen Kapitale aufgehoben wird.

Es könnte zwar argumentiert werden, daß die unterschiedliche Höhe der Arbeitslöhne in den kapitalistischen Industrieländern keine Bedeutung für den internationalen Wert der Exportwaren der einzelnen Länder hat, vielmehr die Arbeitslöhne nur die Verteilung der produzierten Werte zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse berühre. (Nur Produktivität und Intensität, nicht aber die Arbeitslöhne verändern den Wert der Ware.)

Wenn dennoch — wie das japanische Beispiel zeigt — die unterschiedliche Höhe der Arbeitslöhne die Konkurrenzbedingungen der nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt berührt, so ist das daraus zu erklären, daß das nationale Einzelkapital sich an der nationalen Profitrate orientiert, nicht aber an einer internationalen, die sich erst der Tendenz nach herstellt.

Unter der Annahme, daß in einem Lande sowohl die Profitrate als auch das Lohnniveau unter, die Produktivität und Intensität der Arbeit jedoch dem internationalen Durchschnitt entspricht, kann dieses nationale Kapital seine Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt dadurch verbessern, daß es auf einen Teil des in seinen Waren enthaltenen Mehrwerts verzichtet, in dem es auf dem Weltmarkt zu Preisen verkauft, die unter den internationalen Werten seiner Waren liegen, obwohl es dennoch mindestens den nationalen Durchschnittsprofit erzielt.

Diese zeitweilige Inkongruenz von Preis und Wert, d. h. die verbesserte Konkurrenzsituation wird dadurch beseitigt, daß dieses Land Exportüberschüsse erzielen wird, die über die beschriebenen Mechanismen zu einer Aufwertung seiner Währung führen. Will das Land nach der Aufwertung weiterhin auf dem Weltmarkt den nationalen Durchschnittsprofit erzielen, muß es seine Waren zu seinen Werten verkaufen.

Dieser Prozeß hat zur Folge, daß der Preis der Währung des betreffenden Landes über seinem Wert liegt, wie er durch den Rangpunkt dieses Landes in der Stufenleiter der universellen Arbeit bestimmt ist. Diese durch die Stufenleiter der nationalen Arbeitslöhne produzierte Brüchigkeit in der Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt wird dadurch aufgehoben, daß sich längerfristig die Verallgemeinerung der Akkumulationsbedingungen der nationalen Kapitale auch auf die Arbeitslöhne erstreckt. Diese Tendenz wird aus folgender Tabelle deutlich:

Jahr	Japan		BRD		Frankreich		Italien		USA		Gr.Brit.	
	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
1964	104	111	102	109	103	107	106	114	101	103	103	105
1965	111	120	106	119	106	113	111	124	103	106	108	111
1966	116	134	110	127	109	120	113	128	106	111	112	118
1967	121	152	111	132	112	127	117	135	109	115	115	123
1968	127	174	113	138	117	143	119	140	114	122	121	133
1969	134	203	116	151	124	159	122	151	120	130	127	140
1970	142	192	120	165	129	169	127	178	125	135	133	150

a = Index der Verbraucherpreise – b = Index der Brutto-Stundenverdienste in der Industrie
Die Differenz der beiden Indices gibt für jedes Land in etwa die Reallohnentwicklung an.

TABELLE 13: Entwicklung des Preis- und Lohnindex in ausgewählten kapitalistischen Industrieländern von 1964 bis 1970 (1. Halbjahr) (1963 = 100)⁹⁸

Aus den bisherigen Angaben über die absoluten Lohnniveaus in den kapitalistischen Industrieländern und den Daten dieser Tabelle wird deutlich, daß die Länder mit dem bisher geringsten Lohnniveau die höchsten Zuwachsraten der Reallohne aufwiesen, z. B. Japan und Italien, während umgekehrt das Land mit dem bisher höchsten Lohnniveau, nämlich die USA, die geringsten Reallohnzuwächse zu verzeichnen hat.

5.3.3. Ungleichmäßige Entwicklung zwischen den USA, Westeuropa und Japan in den 60er Jahren

Der Abbau der absoluten Vormachtstellung der USA, der sich bereits in den 50er Jahren andeutete, setzte sich auch in den 60er Jahren fort, was aus den Tabellen 14 und 15 hervorgeht.

Diesen Tabellen ist zu entnehmen, daß die USA ihre industrielle Produktion im Zeitraum von 1959 bis 1969 weniger rasch steigern konnten als Ja-

Land	1959	1969	Steigerung in %
Japan	56	222	296
Italien	66	140	112
BRD	78	144	85
Frankreich	78	142	82
USA	85	139	64
Großbritannien	89	123	38

TABELLE 14: Wachstum der Industrieproduktion ausgewählter imperialistischer Länder von 1959 bis 1969 (1963 = 100)⁹⁹

Land	1950	1960	1970
USA	54,6	44,1	41,4
BRD	6,6	8,7	9,8
Japan	1,6	3,9	9,8
Großbritannien	11,6	9,4	7,0
Frankreich	4,4	4,9	4,8
Italien	2,3	3,4	3,6

TABELLE 15: Anteile imperialistischer Länder an der Industrieproduktion (in %)¹⁰⁰

pan und die EWG-Länder, was sich in einem Rückgang des Anteils der USA an der Weltindustrieproduktion von 1960 44,1 % auf 1970 41,4 % niederschlägt. Demgegenüber konnte Japan, dessen industrielles Wachstum sich im genannten Zeitraum auf 296 % beläuft, seinen Anteil an der Weltindustrieproduktion von 1960 3,9 auf 1970 9,8 % verbessern. Die drei EWG-Staaten BRD, Frankreich und Italien konnten ihre industrielle Produktion im entsprechenden Zeitraum um 85, bzw. 82, bzw. 112 % steigern und damit einen Anteil an der Weltindustrieproduktion von 1970 9,8, bzw. 4,8 bzw. 3,6 % erreichen. Im angegebenen Zeitraum wies die industrielle Produktion Großbritanniens die geringsten Zuwachsraten unter den wichtigsten kapitalistischen Industrieländern auf, sein Anteil an der Weltindustrieproduktion verschlechterte sich von 1960 9,4 auf 1970 7,0 %.

Die Ursachen dieser ungleichmäßigen Entwicklung der Industrieproduktion sind in den bereits angeführten unterschiedlichen Akkumulationsbedingungen der nationalen Kapitale zu sehen. Das EWG-Kapital hat gegenüber dem US-Kapital nicht nur den Vorteil eines geringeren Lohnniveaus und damit einer höheren Ausbeutungsrate, sondern weist auch ähnlich wie das japanische Kapital einen rascheren Umschlagzyklus des fixen Kapitals auf. Moderne Technologien werden schneller in den Produktionsprozeß eingeführt, was sich in einer höheren Steigerungsrate der Produktivkraft der Arbeit niederschlägt. »Laut Erhebungen über den Bestand an Metallverarbeitungs-*maschinen sowie von Schmiedepressen, die zu Beginn des Jahres 1963 vorgenommen wurden, waren in der Industrie der USA 65 % des gesamten Maschinenparks älter als 10 Jahre, und in einzelnen Zweigen (beim Schiffbau, bei der Produktion von Schienentransportausrüstungen) betrug dieser Prozentsatz 82, bei der Herstellung von Motoren und Turbinen 79, im Landmaschinenbau 75. Gleichzeitig waren beispielsweise im Jahre 1960 in Westdeutschland 40 % der gesamten Ausrüstungen nicht älter als 5 Jahre.*«¹⁰¹

Neben diesen günstigen Akkumulationsbedingungen sind die EWG-Staaten seit Gründung des gemeinsamen Marktes in der Lage, die ökonomischen Vorteile, die die USA aufgrund ihres höheren Grades an Konzentration und Zentralisation des Kapitals aufweisen, über einen eigenen Konzentrations- und Zentralisationsprozeß auf EWG-Ebene schrittweise abzubauen.

Die rasche industrielle Entwicklung Japans ist auf die genannten besonderen Akkumulationsbedingungen zurückzuführen:

Niedriges Lohnniveau, hohe Produktivität und Intensität der Arbeit, geringer Anteil des Staates am Sozialprodukt sowie Protektionismus.

Aus der Entwicklung der Ungleichmäßigkeit in den 60'er Jahren ist offenbar zu schließen, daß die EWG und Japan aufgrund der günstigeren Akkumulationsbedingungen die ökonomische Möglichkeit haben, der viel beschworenen amerikanischen Herausforderung zu begegnen. Der technologische Vorsprung der USA und der höhere Grad an Konzentration und Zentralisation des US-Kapitals wurden in den 50'er und 60'er Jahren offenbar durch das vergleichsweise hohe Lohnniveau und den langsameren Umschlagszyklus des fixen Kapitals, d. h. durch eine geringere Produktivitätsentwicklung ausgeglichen.

5.3.4. Ungleichmäßige Entwicklung und Währungskrisen in den 60er Jahren

Wie im Teil 3 dieser Arbeit abgeleitet wurde, produziert die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen eine Stufenleiter der universellen Arbeit und damit eine Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt. Im Teil 5 wurde gezeigt, daß diese Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt im System von Bretton Woods in den Wechselkursen und deren Änderungen ihren Ausdruck findet. Wir haben gesehen, daß die Wechselkursänderungen Ausdruck der Verschiebungen in der Stufenleiter der universellen Arbeit sind. Die beschriebene ungleichmäßige Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen hat in den 60'er Jahren die Rangpunkte dieser Kapitale in der Stufenleiter der universellen Arbeit verschoben, wie aus Tabelle 16 deutlich hervorgeht:

Nach dieser Tabelle läßt sich über die Produktivitätsentwicklung in den wesentlichen kapitalistischen Industrieländern folgendes sagen: Die Stei-

Jahr	Japan	EWG	BRD	Frankr.	Italien	USA	Gr.Brit.
1960	68,2	81,1	84,5	79,8	75,6	91,4	94,0
1961	86,8	91,0	94,0	89,8	87,0	93,2	96,0
1962	91,2	95,7	97,1	95,7	93,4	97,5	96,3
1963	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1964	112,0	105,5	106,3	105,3	103,2	103,1	104,4
1965	115,0	110,7	111,5	109,9	108,9	106,9	105,9
1966	123,9	115,7	115,0	115,2	117,0	110,7	107,5
1967	137,5	120,4	118,2	120,3	123,7	111,2	111,5
1968	154,6	127,4	126,2	126,5	131,1	114,0	116,1
1969	172,5	135,3	133,7	135,0	138,7	114,5	117,3

TABELLE 16: Volumenindex des Brutto-Inlandproduktes zu Marktpreisen je Erwerbstätigen von 1960 bis 1969 (1963 = 100)¹⁰²

Jahr	Japan		BRD		Frankr.		Italien		USA		Gr.Brit.	
	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
1964	100	99	100	100	102	104	103	103	100	101	103	102
1965	101	98	102	102	103	105	105	101	102	104	106	105
1966	103	98	103	103	105	108	107	99	105	108	110	109
1967	105	101	103	102	105	107	106	99	106	109	111	110
1968	106	101	97	101	106	106	107	97	108	111	117	119
1969	108	105	99	102	115	113	111	103	113	115	121	123
1970	111	107	104	103	125	124	118	107	116	120	126	128

a = Index der Großhandelspreise – b = Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr.
Die Indexwerte in der Reihe a der BRD sind von 1958 bis 1960 ohne Mehrwertsteuer

TABELLE 17: Index der Großhandelspreise und der Durchschnittswerte der Ausfuhr von 1964 bis 1970 (1. Halbjahr) (1963 = 100)¹⁰³

gerungsraten der Produktivkraft der Arbeit zeigen im Zeitraum von 1963 bis 1969 eine dreifache Abstufung.

- A. Die weitaus höchsten Zuwächse erzielte Japan, dessen Produktivität seit 1963 um 72,5 % gestiegen ist.
- B. In der EWG entwickelte sich die Produktivkraft der Arbeit in gleichen Raten: BRD 33,7 %; Frankreich 35,0 %; Italien 38,7 %.
- C. Im Vergleich zu Japan und der EWG entwickelte sich die Produktivität der Arbeit in den USA und Großbritannien nur schwach: nämlich um 14,5 bzw. 17,3 %.

In wieweit diese Veränderungen innerhalb der Stufenleiter der universellen Arbeit Wechselkursänderungen erfordern, kann erst beurteilt werden, wenn die unterschiedlichen Preisentwicklungen der Exportwaren der einzelnen Länder berücksichtigt werden; denn die reine Abbildung der Stufenleiter der universellen Arbeit durch die Wechselkurse wird durch ungleichmäßige Inflationsprozesse in den verschiedenen Nationen verfälscht. Betrachtet man die Produktivitätsentwicklung im Zusammenhang mit der Preissteigerung der Exportwaren (Tabelle 17), so läßt sich sagen:

- A. Japan, das die höchsten Zuwächse an Produktivität der Arbeit aufweist, verzeichnet zusammen mit Italien und der BRD die geringsten Inflationsraten bei den Exportwaren.
- B. Die USA, Großbritannien, deren Produktivität am geringsten zunahm, liegen zudem bei den Preissteigerungen der Exportwaren weit an der Spitze.
- C. Innerhalb der EWG, in der sich die Entwicklung der Produktivität etwa gleichmäßig vollzog, nahmen die Exportpreise Italiens und der BRD in etwa gleichem Maße zu, während die Inflationsraten Frankreichs, der Großbritanniens und der der USA gleichkamen.

Diese unterschiedliche Entwicklung von Produktivität und Exportwareninflation in den wesentlichen kapitalistischen Industrieländern hat zu einer Verschiebung der Konkurrenzbedingungen der nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt geführt. Der im Vergleich zu den USA und Großbritannien günstige Trend von Produktivität und Inflation schlägt sich in der Entwicklung der Anteile der westeuropäischen Länder und Japans am Weltexport nieder:

Jahr	USA	EWG	Frankr.	BRD	Italien	Japan	Gr.Brit.
1958	16,4	21,6	4,9	8,5	2,4	2,6	8,4
1960	15,9	23,2	5,3	8,9	2,8	3,1	7,9
1962	15,3	24,2	5,2	9,4	3,3	3,4	7,9
1963	14,9	24,4	5,2	9,5	3,3	3,5	7,9
1964	15,2	24,7	5,2	9,4	3,4	3,8	7,2
1965	14,6	25,7	5,4	9,6	3,9	4,5	7,1
1966	14,7	25,8	5,3	9,8	3,9	4,7	6,9
1967	14,5	26,3	5,3	10,0	4,0	4,8	6,4
1968	14,2	26,9	5,3	10,0	4,2	5,4	6,2
1969	13,5	27,6	5,5	10,4	4,5	5,8	6,1

TABELLE 18: Anteile am Weltexport (in %) ⁹⁶

Japan und die EWG steigerten ihren Anteil am Weltexport von 1958 2,6 bzw. 21,6 % auf 1969 5,8 bzw. 27,6 %, während der Anteil der USA und Großbritanniens im gleichen Zeitraum von 16,4 bzw. 8,4 auf 13,5 bzw. 6,1 % sank.

Die ungleichmäßige Entwicklung sowohl der Produktivität der Arbeit als auch der Inflation bei den Exportwaren hat in den 60'er Jahren zu einer starken Verzerrung der Wechselkurse als Abbild der Stufenleiter der universellen Arbeit geführt. Aufgrund der kombinierten Wirkung von starker Zunahme von Produktivität und der geringen Zunahme der Exportpreise sind die Währungen der BRD, Italiens, aber insbesondere Japans stark unterbewertet, während die Währungen der USA und Großbritanniens wegen der vergleichsweise geringen Produktivitätsentwicklung und der extrem hohen Exportwareninflation überbewertet sind. Der Wechselkurs der französischen Währung dürfte dem Rangpunkt der französischen Arbeit in der Stufenleiter der universellen Arbeit weiterhin entsprechen, denn Frankreich hat in den 60'er Jahren sowohl in der Produktivitätsentwicklung als auch bei der Inflation der Exportpreise in der Spitzengruppe gelegen.

Im System von Bretton Woods müssen derartige Verzerrungen der Wechselkursstruktur zu Korrekturen der Währungsparitäten führen. Diese Korrekturen, die sich in Währungskrisen äußern, stellen nichts anderes dar, als die Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt, d. h. die Anpassung der Wechselkurse an die Verschiebung in der Stufenleiter der universellen Arbeit.

Den von uns angeführten empirischen Daten ist zu entnehmen, daß die ungleichmäßige Entwicklung gegen Ende der 60'er Jahre zu Währungskrisen führen mußte. Die Pfundabwertung 1967 und die DM-Aufwertung 1969 waren die ersten Schritte in diesem Anpassungsprozeß (die Franc-Abwertung 1968 ist im wesentlichen als Resultat der Mai-Unruhen zu begreifen). Da jedoch der Yen und die Lire weiterhin unterbewertet, der Dollar weiterhin überbewertet waren und die Anpassungen von Pfund Sterling und DM nicht genügten, wurde Anfang der 70er Jahre eine Gesamtkorrektur aller Währungen der wichtigsten kapitalistischen Industrieländer überfällig. In der sogenannten Dollar-Krise 1971 wird sich dieser Gesamtkorrektur-Prozeß der Wechselkurse der kapitalistischen Industrieländer vollziehen.

6. Die Dollarkrise 1971

Wurden die Währungskrisen bisher in dieser Arbeit auf die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen zurückgeführt, so ist bei der Analyse der aktuellen Dollarkrise die Struktur des Bretton-Wood-Systems als krisenverschärfendes Moment zu berücksichtigen. Deshalb ist es an dieser Stelle notwendig, die Folgen der strukturellen Schwäche des Bretton-Wood-Systems, daß nämlich nationales Geld als Weltgeld fungiert, zu beschreiben.

6.1. Problematik der Leitwährung

Wie im Teil 4.4.2.1 (Formen des Weltgeldes im Bretton-Woods-System) gezeigt wurde, konnte nur die nationale Währung der USA (sowie begrenzt die von Großbritannien) die Funktionen des Weltgeldes übernehmen; es sind dies:¹⁰⁵

1. Der Dollar ist *Wertmesser* aller Währungen, er selbst ist an das Gold fixiert.
2. Der Dollar ist fast ausschließliche *Interventionswährung*, d.h. die nationalen Zentralbanken müssen durch An- und Verkäufe von Dollar (Interventionen) auf dem Devisenmarkt dafür sorgen, daß die Parität ihrer Währung nicht die zulässige Bandbreite überschreitet.
3. Der Dollar hat die Funktion der internationalen *Reservewährung*. Die Gold-einlösungsgarantie der US-Regierung (35 \$ = 1 Unze Feingold) gegenüber den ausländischen Zentralbanken ist die Voraussetzung für deren Bereitschaft, anstelle von Gold Dollar als Währungsreserve zu halten. Neben den geringen Kosten für Saldierungen der Zahlungsbilanzen ist auch die Verzinlichkeit von Dollar-Guthaben ein Vorteil.

Die Konsequenz für den Dollar, zugleich nationales Geld und Weltgeld zu sein, ist eine doppelte. Einerseits können die USA über einen gewissen Zeitraum ihren Kapitalexport (wenn er die Deviseneinnahmen überschreitet) über das Neudrucken von Dollar-Noten finanzieren (Schiller: »Die Amerikaner drucken Papiergeld auf unsere Kosten«¹⁰⁶), andererseits wird die Wirtschaft der USA um so weniger national regulierbar, je größer der Dollar-Betrag ist, der sich im Besitz des Auslandes befindet.

Die Zahlungsbilanzdefizite der USA sind nichts als Kredite der Nationen an die USA, die den Dollar als Reservewährung halten. Durch Drucken von Dollar-Noten kann die US-Zentralbank das Defizit finanzieren, denn die Gläubigernationen nehmen Dollar statt des Goldes zum Ausgleich ihrer Zahlungsbilanz.

Das Weltgeld muß ausreichend verfügbar sein (genügende internationale Liquidität), zugleich darf es sich aber im Wert nicht verändern. Die Verfügbar-

keit tritt bei Ausweitung des Welthandels und damit Zunahme des Liquiditätsbedarfs zunehmend in Widerspruch zur Stabilität der Reservewährung.

So lange die Verpflichtung der USA im Rahmen des Systems von Bretton Woods besteht, Dollar gegen Gold einzutauschen, ist der Dollar als Leitwährung ständig bedroht, da die US-Goldreserven bei Ausdehnung der internationalen Zirkulation zur Einlösung ausländischer Dollar-Guthaben nicht mehr ausreichen.

Den Währungs-Vorräten der USA von ca. 10 Milliarden Dollar stehen allein in der EWG Dollarguthaben (d. h. aber zugleich Goldforderungen an die USA) von ca. 33 Milliarden gegenüber (Tabelle 19).

	USA	EWG
1955	21,8	8,4
1960	17,8	15,2
1965	14,1	20,2
1971 (Jahresmitte)	10,9	33,6

TABELLE 19: Verlagerung der Währungsreserven (in Mrd. \$) ¹⁰⁷

6.2. US-Zahlungsbilanz

6.2.1. Daten zur Entwicklung der US-Zahlungsbilanz

Die zunächst aus der Problematik des Dollar als Leit- und Reservewährung herausgearbeitete Tendenz, den Weltmarkt entweder mit Liquidität unterzuversorgen (»Dollar-Lücke«, dafür Stabilität) oder überzuversorgen (»Dollar-Inflation«, damit Vertrauensschwund), findet den konkreten Niederschlag in der Entwicklung der US-Zahlungsbilanz. Jedes Defizit der Zahlungsbilanz erhöht automatisch die internationale Liquidität.

Hans-Eckart Scharrer unterscheidet in einem Aufsatz über »Ein Jahrzehnt amerikanische Zahlungsbilanzpolitik« drei Phasen in der Entwicklung der amerikanischen Zahlungsbilanz. ¹⁰⁸

1. Phase bis 1949

Die US-Zahlungsbilanz hatte hohe Überschüsse, viele Währungen mußten gegenüber dem Dollar abwerten. (Die DM um 20,6 %, Frankreich um 38,7 % — gegen Parität von 1948 —, Großbritannien um 30,5 %.) ¹⁰⁹

2. Phase bis 1957

Die Defizite in der US-Zahlungsbilanz waren nicht besorgniserregend, sie verhalfen vielmehr den westeuropäischen Ländern wieder zu Währungsreserven und erhöhten die internationale Liquidität.

3. Phase ab 1958

Seit 1958 weist die amerikanische Zahlungsbilanz hohe Defizite auf (1958: Defizit 3,4 Milliarden Dollar und Goldabfluß von 2,3 Milliarden Dollar). Der Überschuß aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr reicht nicht länger aus, um den privaten und öffentlichen Kapitalabfluß auszugleichen.

Eine 4. Phase ist 1968 mit der sich rapide verschlechternden Handelsbilanz eingeleitet worden, die es den USA unmöglich macht, die Zahlungsbilanzdefizite länger zu tolerieren, denn in den sinkenden Handelsbilanzüberschüssen drückt sich die veränderte Stellung der USA in der Stufenleiter der universellen Arbeit aus.

Aus Tabelle 20 geht hervor

1. Die Leistungsbilanz, die noch im Jahresdurchschnitt von 1960 bis 1967 einen Überschuß von 3,2 Mrd. Dollar aufwies, ist seit 1968 entweder negativ oder verzeichnet nur noch geringe Überschüsse. Dies drückt die Verschlechterung der Konkurrenzposition der US-Kapitale auf dem Weltmarkt aus.
2. Die Bilanz des langfristigen Kapitalverkehrs war von 1960 bis 1970 immer negativ, und zwar wegen der hohen privaten Investitionen der USA im Ausland.
3. Insgesamt wies die Grundbilanz der USA immer ein Defizit aus, weil die langfristigen Kapitalexporte die Überschüsse in der Leistungsbilanz wettmachten. Die Grundbilanz wurde in dem Maße negativer, wie sich die Konkurrenzposition der USA auf dem Weltmarkt verschlechterte; vergleiche den Trend seit 1968.

Seit 1960 haben die Regierungen der USA versucht, das Defizit der US-Zahlungsbilanz zu beseitigen. Der geringe Nachdruck, der auf die Maßnahmen gelegt wurde, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die internationale Wettbewerbsposition der USA bis 1968 kaum gefährdet war.

Position	Jahresdurchschnitt			
	1960/67	1968	1969	1970
1. Leistungsbilanz	+ 3,2	- 0,3	- 0,9	+ 0,6
2. Langfristige Kapitalbewegungen	- 4,9	- 1,5	- 2,4	- 3,6
3. Grundbilanz	- 1,7	- 1,8	- 3,3	- 3,0
4. Veränderungen der kurzfristigen Auslandspositionen der amerika- nischen Geschäftsbanken (Netto-Geldabfluß; -)	+ 0,5	+ 3,7	+ 7,8	- 7,4
darunter: Verbindlichkeiten	+ 1,1	+ 3,8	+ 8,7	- 6,2
5. Sonstige kurzfristige Kapitalbewegungen (einschl. Restposten der Zahlungsbilanz)	- 0,9	- 1,0	- 2,3	- 1,1
6. Gesamtbilanz				
a) Offizielle Reservetransaktionen	- 1,9	+ 1,6	+ 2,7	-10,7
b) Liquiditätsbilanz*	- 2,5	+ 0,2	- 7,0	- 4,7

* Veränderung der Währungsreserven und der liquiden Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland

TABELLE 20: Einige Grunddaten der amerikanischen Zahlungsbilanz (in Mrd. \$)¹¹⁰

6.2.2. Programme zur Sanierung der US-Zahlungsbilanz

Ab 1960 wurden zunächst nur unkoordinierte Versuche zur Stabilisierung der Zahlungsbilanz unternommen. Präsident Kennedy begann mit Zahlungsbilanzbotschaften, in denen die jeweilige Regierungspolitik dargelegt wurde.

Botschaft vom 6. Februar 1961

Es wurden einzelne Maßnahmen zur Verbesserung der amerikanischen Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt und zur binnenwirtschaftlichen Entwicklung verkündet.

Botschaft vom 18. Juli 1963

Insbesondere die stark gestiegenen Kapitalexporte führten zur Einführung einer prohibitiven Zinsausgleichssteuer für den Kauf ausländischer Wertpapiere.

Zehn-Punkte-Programm vom 10. Februar 1965

Neben der zeitlichen und sachlichen Ausdehnung der Zinsausgleichssteuer wurde ein freiwilliges Beschränkungsprogramm der US-Industrie für Direktinvestitionen im Ausland verordnet.

Botschaft vom 1. Januar 1968

Die »freiwilligen« Richtlinien über Direktinvestitionen wurden zu bindenden Normen erklärt. Zudem erfolgten »weitere Einschränkungen der grenzüberschreitenden Bankkredite und Touristenausgaben, sowie Einsparungen bei den Militärausgaben und der Auslandshilfe«.

Die Zielsetzungen der Maßnahmen waren:

1. Reduzierung des Defizits durch gezielte zahlungsbilanz-politische sowie binnenwirtschaftliche Maßnahmen,
2. Finanzierung des Saldos durch Kreditvereinbarungen mit dem Ausland und dem IWF und stufenweise Aufhebung der inneren Golddeckung.

Der Erfolg für die Beseitigung des Defizits der Zahlungsbilanz mußte also von den außen- und binnenwirtschaftlichen Maßnahmen der US-Regierung abhängen. So wurde Einfluß genommen auf die Zahlungsbilanz über die Konjunkturpolitik, durch Exportförderungen (Trade-Expansion Act 1962, der die gesetzliche Grundlage für die Kennedy-Runde des GATT schuf), größere Bindungen der US-Auslandshilfe an US-Lieferungen, Verminderung der Militärausgaben im Ausland (durch den Vietnam-Krieg allerdings zunichte gemacht).

6.2.3. Bretton-Woods-System und US-Imperialismus

Die jahrelangen Zahlungsbilanzdefizite und die Sanierungsprogramme bis 1970 lassen sich nur daraus erklären, daß einerseits die USA als Leitwährungsland nicht gezwungen waren, das Defizit zu beseitigen, andererseits die imperialistische Politik der USA nur über diese Defizite finanziert werden konnte.

«Es ist tatsächlich sehr vorteilhaft, daß wir unsere Defizite durch die Erhöhung der Dollarbestände im Ausland finanzieren können. Wenn der Dollar nicht Reservewährung und wir nicht der Weltbankier gewesen wären, wäre das nicht möglich gewesen. Wir hätten uns in derselben Lage wie andere Länder befunden: Wir hätten unser Zahlungsbilanzdefizit auf die eine oder andere Weise ausgleichen müssen, entweder die Einfuhren senken — wie Kanada letztes Jahr — oder unsere Militärausgaben so drastisch verringern müssen, daß unsere Sicherheit gefährdet worden wäre..... Das ist der Hauptvorteil gewesen, obwohl uns noch andere wesentliche Vorteile daraus erwachsen sind, daß wir ein internationales Zahlungsmittel zur Verfügung stellen. Wir können das deshalb tun, weil wir das Land mit der größten Finanzkraft und der mächtigsten Währung sind.»¹¹² Ebenso offen wie der ehemalige Finanzminister Douglas Dillon formulierte der ehemalige Staatssekretär Roosa die Vorteile des Bretton-Woods-Systems für die USA:

»Wenn die USA nicht Weltbankier wären, hätten sie schon lange ihre Importe (vielleicht durch eine Deflationspolitik) beschränken, ihre Auslandsinvestitionen — die gegenwärtig zur Instabilität der Zahlungsbilanz erheblich beitragen — reduzieren, und unter Umständen starke Abstriche an der Militär- und Wirtschaftshilfe für ihre Verbündeten und Freunde machen müssen. Wenn wir das alles getan hätten, würden unsere ausländischen Kunden ihre Einkäufe erheblich senken, und wir sähen uns einer Diskriminierung des Dollars in den meisten Ländern der Welt konfrontiert. Anstelle eines schnell wachsenden Welthandels gäbe es stagnierende Tendenzen, die sich sehr nachteilig auf unseren eigenen Wohlstand und den der ganzen freien Welt auswirken würden.»¹¹³

Dillon und Roosa formulieren offen, daß die imperialistische Politik der USA sowohl gegenüber der Dritten Welt (Vietnamkrieg, Entwicklungs- und Militärhilfe) als auch gegenüber Westeuropa und Japan (Direktinvestitionen) nur über die Leitwährungsfunktion des Dollars finanziert werden konnte.

Daß diese politischen und ökonomischen Vorteile der USA von Westeuropa und Japan über zwei Jahrzehnte toleriert wurden, hat drei wesentliche Gründe:

- 1) kein anderes Land außer den USA hat die ökonomische Macht (Anteil am Welthandel), seine nationale Währung als Leitwährung fungieren zu lassen.
- 2) Stellvertretend für die kapitalistische Weltgesellschaft übernehmen die USA die Rolle des Weltpolizisten:
 - a) gegenüber dem sozialistischen Lager,
 - b) gegenüber der Dritten Welt,
 - c) gegenüber der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Industrieländern (z. B. Griechenland, Mai-Unruhen in Frankreich, Türkei).
- 3) Westeuropa und Japan sind aufgrund ihrer hohen Exportabhängigkeit an einer Aufrechterhaltung des Welthandels interessiert.

Der ehemalige Finanzminister Fowler drückt diese Abhängigkeit von den USA unverblümt aus: »Ich finde es notwendig, gegenüber meinen Kollegen aus anderen Ländern immer wieder zu betonen, daß die Art und Weise, in der

wir das Problem der Zahlungsbilanz angehen, weitgehend davon abhängt, wie die anderen Länder mit uns in dieser Frage kooperieren und wie sie ihrerseits ihre eigenen und die internationalen Schwierigkeiten zu lösen suchen. Ich muß auch betonen, daß es sich bei dieser Kooperation nicht darum handelt, den USA unter die Arme zu greifen, sondern darum, die USA instand zu setzen, ihre Probleme zu lösen, ohne daß sie gezwungen würden, das internationale Währungssystem zu unterminieren, es durch einseitige Handlungen in unerwünschter Weise zu ändern oder die Sicherheit und die Entwicklung anderer Länder durch den Rückzug von internationalen Vereinbarungen zu gefährden.¹¹⁴

Diese Vorteile, die sich aus der Leitwährungsfunktion ihrer Währung ergeben, machen deutlich, weshalb die USA solange keinen Anlaß hatten, ihre Zahlungsbilanz zu sanieren, als dieses Defizit nicht Resultat einer negativen Handelsbilanz war. Erst die relative Verschlechterung der Produktivität und Intensität der nationalen Arbeit der USA führte 1971 zu einer negativen Handelsbilanz. Erst jetzt sind die USA gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, die ihre Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt verbessern und damit ihre Handelsbilanz wieder zum Ausgleich bringen. Zwar könnten die USA auch ihre Handelsbilanzdefizite über die Notenpresse finanzieren, die Einzelkapitale der USA würden dann allerdings der Konkurrenz auf dem Weltmarkt unterliegen.

Damit mußten die Maßnahmen Präsident Nixons zur Sanierung der Zahlungsbilanz einen grundsätzlich anderen Charakter haben als die seiner Vorgänger. Bevor wir auf diese Maßnahmen näher eingehen, soll die ökonomische Situation der USA am Vorabend der Krise beleuchtet werden.

6.3. Die wirtschaftliche Situation der USA am Vorabend der Krise

Die rapide Verschlechterung der US-Zahlungsbilanz sowie die anhaltenden binnenwirtschaftlichen Schwierigkeiten mit der daraus resultierenden Dollar-Flucht aus den USA machten der Bourgeoisie die nahende Krise bewußt.

Die eigentliche Abwertung des Dollar wurde eingeleitet mit der Freigabe der Wechselkurse der DM und des holländ. Gulden sowie den Aufwertungen des österr. Schilling und des Schweizer Franken (dessen Parität zum Dollar seit 1948 unverändert geblieben war).

Bis 1969 verfolgten die USA eine Politik des knappen Geldes (d. h. hohes Zinsniveau), um die Inflation einzudämmen. Um die dadurch forcierte Rezession aufzuhalten, wurde das Zinsniveau 1970 gesenkt, was zu einem Abfluß von Dollar nach Europa (insbesondere in die BRD) führte, in der ein hohes Zinsniveau günstigere Anlagemöglichkeiten bot.¹¹⁵

*Die konjunkturelle Situation der USA war zu Beginn der Krise durch folgende Momente gekennzeichnet:*¹¹⁶

- o Die Handelsbilanz für 1971 scheint trotz der amtlichen Exporte durch Militär- und Wirtschaftshilfe negativ zu werden (die Exporte stagnieren, sind

im Verhältnis zum wachsenden Welthandel sogar rückläufig); insbesondere die Abwertungen des Pfund Sterling und des Francs, sowie die Nicht-Aufwertung des unterbewerteten Yen haben die Wettbewerbsposition der USA beeinträchtigt.

- o Schnell steigende Importe bedrängen die Industrie sogar auf dem Inlandsmarkt, insbesondere die Stahl- und Automobilindustrie; die US-Exporte sind im 2. Quartal 1971 um 275 Millionen Dollar gesunken.¹¹⁷
- o Die Arbeitslosenrate stieg auf 6,2 %, das sind 5,5 Millionen Arbeitslose.¹¹⁸
- o 1970 nahm die Zahl der Arbeitsplätze in der gütererzeugenden Industrie um 700 000 ab.
(Zudem sind 8 % aller industriellen Arbeitsplätze an die Rüstung gebunden¹¹⁹, die in ihrem Doppelcharakter zwar kurzfristig die Konjunktur ankurbelt, aber die langfristigen Wachstumschancen der Volkswirtschaft beeinträchtigt.)
- o Im 1. Quartal 1971 waren nur 73,1 % der industriellen Kapazitäten genutzt.
- o Hohe Inflationsrate, 1970 5,5 %, im Juni 1971 10,6 %.¹²⁰
- o Scharfer Klassenkampf seitens des gewerkschaftliche organisierten Proletariats, z. B. fordern die Stahlarbeiter reale Lohnerhöhungen über drei Jahre von 31 % (der Gewerkschaftsbund AFL/CIO will die US-Unternehmen daran hindern, wegen geringerer Lohnkosten, verstärkt im Ausland zu produzieren).¹²¹
- o Hohe Militärausgaben (1972 80 Milliarden Dollar, 6,8 % des Bruttosozialprodukts, in Großbritannien 5,9 %, in Frankreich 5,1 %, in Italien 3,1 %, in der BRD incl. Ausgaben für Berlin [so das Handelsblatt] 4,7 %)!¹²²
- o Rückgang der privaten Forschungs- und Entwicklungsausgaben: USA 1,5 % des Bruttosozialprodukts, BRD 2,7 %, Japan 2,2 %.¹²³
- o Geringe Produktivitätssteigerung, in der Stahlindustrie z.B. eine Jahresrate von 0,1 %.

Über die sinkende Produktivität in den USA weiß das Handelsblatt vom 23./24. Juli 71 zu berichten:

»Europäische und japanische Unternehmen... dürften in den kommenden Jahren den Sprung über den großen Teich mit immer weniger Risiko wagen können. In den Gewerkschaften der USA haben sie Wegbereiter und Verbündete. Mit Lohn- und Sozialforderungen..., und bei gleichzeitiger Weigerung den Einsatz vorhandener Technik und Technologie zu gestatten, um kompensierende Produktivitätssteigerungen zu ermöglichen, sorgen die Gewerkschaften dafür, daß die amerikanische Industrie nach den Auslandsmärkten nun auch den Inlandsmarkt an die ausländische Konkurrenz verliert.«

Bereits am 13. 7. 71 berichtet das »Handelsblatt« unter der Überschrift »Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit des US-Handels, das Kernproblem des Dollars« über einen Aufsatz von Gaylord Freemann, Aufsichtsratsvorsitzender der First National Bank of Chicago. Freemann sieht drei Alternativen, um die »Erhöhung unserer Binnenmarktpreise und eine weitere Verschlechterung unserer Wettbewerbsfähigkeit auf Auslandsmärkten« zu vermeiden:

1. Reduzierung der Ausgaben im Ausland, hauptsächlich auf Kosten Japans und der BRD,
2. Revision der Paritäten zumindest des »Zehner-Clubs«, um die USA wieder konkurrenzfähig zu machen,
3. Geringere Inflationsrate in den USA als in den übrigen Industrienationen.

Darüber hinaus fordert er verbesserte Produktivität (»Abschaffung der restriktiven Gewerkschaftspraktiken und Umschulung«) und Intensität (»... müssen wir bereit sein, wenigstens so schwer und so fleißig zu arbeiten, wie unsere Auslandskonkurrenten«).

Die Begrenzung des äußeren und des inneren Marktes, die das Kapital der USA erfährt und seine Verwertungsbedingungen verschlechtert, zwang die US-Regierung zum Eingreifen. Nachdem auch in einem Bericht des Kongreßausschusses der Dollar als überbewertet bezeichnet wurde, mußte die Regierung auf einer Paritätenänderung zwischen dem Dollar und insbesondere den westeuropäischen Währungen und der japanischen bestehen. Die Maßnahmen der Regierung sahen nun nicht die direkte Abwertung des Dollar vor, sondern nur eine de facto-Abwertung, die die anderen Nationen zu einer Aufwertung zwingen soll.

6.4. Maßnahmen Präsident Nixons

Nach Präsident Nixon hat »Amerika die beste Chance in diesem Jahrhundert, zwei seiner höchsten Ideale zu verwirklichen — eine volle Generation des Friedens hervorzubringen und eine neue Prosperität ohne Krieg zu schaffen«, so der Präsident zu Beginn seiner Fernsehansprache vom 15. August 71, in der er die Maßnahmen ankündigte.¹²⁴

Im einzelnen kündigte er an:

1. Um zusätzliche Arbeitsplätze — so Präsident Nixon — zu schaffen, denn »2 Mill. Arbeitskräfte sind aus den Streitkräften und der Verteidigungsindustrie freigesetzt worden, weil es uns gelang, den Krieg in Vietnam herunterzuschrauben«,
 - o tritt ein neues Investitionsförderungsprogramm in Kraft,
 - o wird die 7 %ige Verkaufssteuer auf Automobile aufgehoben,
 - o wird die Einkommenssteuersenkung auf den 1. 1. 72 vorgezogen,
 - o werden dem Kongreß »Steuervorschläge zur Förderung der Erforschung neuer Industrien und Techniken« empfohlen,
 - o werden die Regierungsausgaben um 4,7 Milliarden Dollar gekürzt,
 - o werden zur Bekämpfung der Inflation die Gehaltserhöhungen der Verwaltung aufgeschoben und 5 % der Beschäftigten entlassen,
 - o wird die Auslandshilfe um 10 % gekürzt,
 - o soll die Sozialreform um 1 Jahr hinausgeschoben werden.

2. Der »Anstieg der Lebenshaltungskosten« soll gebremst werden. Um den »circulus vitiosus der Preiskosten-Spirale« zu durchbrechen, wird das »Einfrieren aller Preise und Löhne im gesamten Gebiet der Vereinigten Staaten für einen Zeitraum von 90 Tagen« *angeordnet*. »Darüber hinaus *fordere* ich die Unternehmer *auf*, diesen Lohn-Preis-Stopp auf alle Dividenden auszudehnen.«¹²⁵

Der Stopp ist zeitlich befristet, denn »die kraftvolle amerikanische Wirtschaft auf die Dauer in eine Zwangsjacke stecken zu wollen, hieße die Unbilligkeit zementieren und die Expansion unseres Systems des freien Wettbewerbs unterbinden«. Der Stopp wird nicht von der Schaffung einer gewaltigen Preis-Kontrollbürokratie begleitet sein, denn »ich vertraue auf die freiwillige Mithilfe aller Amerikaner...«¹²⁶

3. »Wir müssen die Position des US-Dollar als dem Stützweiler der Währungsstabilität überall in der Welt schützen«, denn »in den letzten 7 Jahren kam es durchschnittlich jedes Jahr zu einer Währungskrise... Die Gewinner sind die internationalen Geldspekulanten. Weil sie von Krisen leben, suchen sie Krisen zu schaffen. In den letzten Wochen haben die Spekulanten einen totalen Krieg gegen den US-Dollar entfacht. Die Stärke der Währung einer Nation beruht auf der Stärke ihrer Wirtschaft.«

- o Um die Spekulanten zu treffen, wird die »Konvertibilität des Dollar in Gold oder andere Reservewerte zeitweilig« ausgesetzt. »Unseren Freunden im Ausland,...., versichere ich: die Vereinigten Staaten werden weiterhin,...., ein in die Zukunft blickendes Land und ein vertrauenswürdiger Handelspartner bleiben.«
- o Als befristete Maßnahme wird eine »zusätzliche 10%ige Steuer auf in die USA eingeführte Güter verfügt. Dies ist für den Welthandel eine bessere Lösung als eine direkte mengenmäßige Importkontrolle.« Sie soll sicherstellen, »daß amerikanische Erzeugnisse nicht aufgrund unfairer Wechselkurse benachteiligt werden. Sobald die unfaire Behandlung aufhört, wird die Importsteuer ebenfalls wegfallen.« Dieser unfaire Wettbewerb »ist einer der Hauptgründe gewesen, warum unsere Handelsbilanz im Laufe der letzten 15 Jahre ausgehöhlt wurde«.

Nachdem Westeuropa und Japan mit US-Hilfe ihre »Lebenskraft wieder zurückgewonnen« haben und zu starken Konkurrenten geworden sind, »ist der Zeitpunkt gekommen, daß sie ihren gerechten Anteil an den Lasten der Verteidigung der Freiheit überall auf der Welt übernehmen. Es ist an der Zeit, daß die Wechselkurse bereinigt werden und daß die großen Länder den Wettbewerb untereinander auf gleicher Ebene austragen.«

Den Erfolg dieser Maßnahmen kann nur das Volk sichern, dazu muß es einen »inneren Antrieb« haben. »In der Wirtschaft nennt man diesen inneren Antrieb Wettbewerbsdenken.

Jede der von mir heute Abend ergriffenen Maßnahmen ist darauf abgestellt, ein solches Wettbewerbsdenken zu nähren und zu fördern,.... ob die Vereinigten Staaten in der Weltwirtschaft weiterhin an erster Stelle bleiben oder sich mit dem zweiten, dritten oder vierten Platz zufriedengeben,.... all das hängt von ihrem Wettbewerbsdenken ab,....«

Einer »Sache können wir sicher sein: Je geringer die Gefahr eines Krieges wird, um so stärker wird die Herausforderung, die uns der friedliche Wettbewerb stellt«.

Die in der Nixon-Rede in ideologisierender und zynischer Form angekündigten Maßnahmen sind in sich widersprüchlich:

- o Nixons Maßnahmen sind sowohl geeignet, die Konjunktur anzukurbeln als auch die Deflationstendenzen weiter zu verschärfen, z. B. kündigt er ein Investitionsförderungsprogramm an und kürzt gleichzeitig die Staatsausgaben.
- o Nixons Erlaß eines Lohn- und Preisstops ist nur als Ideologisierung zu verstehen, denn, wie DER SPIEGEL richtig bemerkt: »Tatsächlich sind bei einem Lohn- und Preisstopp die Arbeitnehmer stets die Dummen, weil sich Tarifverträge leichter überwachen lassen als der unübersehbare Wirrwarr der Preise. So verläßt sich Nixon denn auch vor allem auf den Druck der öffentlichen Meinung gegen Preisbrecher.«¹²⁶
- o Ebenfalls als verschleiern ist Nixons Aufforderung an die Unternehmen zu verstehen, die Dividenden nicht zu erhöhen.
- o Offen zynisch wird Nixon, wenn er es als eine Herausforderung bezeichnet, »eine neue Prosperität ohne Krieg zu schaffen«.
- o Als irreführende Phraseologie ist es anzusehen, wenn Nixon die Spekulanten bezichtigt, »einen internationalen Krieg gegen den US-Dollar entfacht« zu haben.

Die von uns beschriebenen Strukturmängel des Bretton-Woods-Systems, nämlich nationales Geld als Weltgeld fungieren zu lassen, muß das System in dem Moment zeitweilig außer Funktion setzen, wenn die ungleichmäßige Entwicklung sich gegen das Leitwährungsland selber wendet. In dieser Situation ist das Leitwährungsland gezwungen, die Umtauschbarkeit seiner Währung in Gold zeitweilig auszusetzen, um die ausländischen Zentralbanken daran zu hindern, ihre Dollarguthaben den USA zum Umtausch in Gold zu präsentieren. Denn die aus der ungleichmäßigen Entwicklung notwendig werdende Dollar-Abwertung und/oder Aufwertung der übrigen Währungen würden die in Gold aufgehäuften Währungsreserven der Zentralbanken aufwerten.

Das Charakteristische der *augenblicklichen* Weltwährungskrise ist demnach darin zu sehen, daß sich die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen gegen das Leitwährungsland gewendet hat und damit die Strukturschwäche des Bretton-Woods-Systems zur Verschärfung der Krise beiträgt.

6.5. Währungspolitische Konsequenzen

»In Bankkreisen des In- und Auslandes werden die währungspolitischen Entscheidungen der amerikanischen Regierung als das weitaus wichtigste währungspolitische Ereignis der Nachkriegszeit angesehen. Man erblickt darin eine Zäsur und meint, daß dieser Schritt die mehr als 10-jährige Periode

der Überversorgung der westlichen Welt mit Dollar beenden und damit diese erstrangige Inflationsquelle verstopfen könnte,....¹²⁸

Insbesondere in der BRD würden sich aber daraus deflatorische Tendenzen ergeben. Zum einen werde die verbesserte Position der USA auf dem Weltmarkt den Export in die USA erschweren und zum anderen sei mit einem erheblichen Rückfluß von US-amerikanischen Geldern in die USA zu rechnen.¹²⁹

Die kritische wirtschaftliche Situation der USA, die auch ihre Position auf dem Weltmarkt verschlechtert, ist dennoch kein Anlaß zur Freude für die japanischen und westeuropäischen Konkurrenten. Die Bindung an den Dollar, sowie die Bedeutung der USA für den Welthandel ziehen bei Störungen auch Westeuropa und Japan in die Schwierigkeiten mit hinein. Wie wünschenswert auch die Verbesserung der US-Handelsbilanz ist, sie kann eben nur auf Kosten der Handelsbilanz von Japan und Westeuropa erfolgen.

Die Aufhebung der Goldkonvertibilität des Dollar setzt das Währungssystem außer Kraft und entbindet die Zentralbanken von der Interventionspflicht gegenüber dem Dollar. Die amerikanische Regierung versichert, wenn »die unfairen Wechselkurse« gegenüber dem Dollar beseitigt seien (d. h. die anderen aufgewertet haben), könnte die Importsteuer wieder gestrichen werden. — So lange nur einige Währungen floaten, bleibt der Dollar Leit- und Reservewährung, nur ist er nicht mehr ans Gold fixiert, sondern durch die anderen festen Wechselkurse gebunden.

Der Staatssekretär im US-Schatzamt, Volcker, der in London die europäischen Regierungen über die Nixon-Maßnahmen unterrichtet, präsentierte klare Vorstellungen zu einem Kompromiß. Unter drei Voraussetzungen wären die USA bereit, die Konvertierbarkeit des Dollar in Gold wieder in Kraft zu setzen:

- o Eine Änderung der Paritäten.
- o Die Übernahme eines »gerechten Anteils« an den Militärausgaben der NATO durch die europäischen Mitglieder sowie
- o »günstigere Bestimmungen für den Welthandel«.¹³⁰

Überall ist die Einsicht vorhanden, daß das Währungssystem reformiert werden müsse. So schlägt z. B. die Morgan Guaranty Trust Co., New York, vor, daß zwischen den USA und ihren Handelspartnern geklärt werden müsse:

- o Zukünftige Rolle des Goldes,
- o Fixpunkt der flexiblen Wechselkurse (Gold, Dollar, SZR?),
- o Rolle des IWF,
- o Rolle der zukünftigen Reservewährung.

Das Handelsblatt vom 26. August 1971 fordert von einer neuen Währungsordnung:

- o Neufestsetzung der Wechselkurse,
- o flexiblerer Mechanismus, der die Kapitalströme reguliert (die sich nach dem Zins- und Stabilitätsgefälle richten),

- o allmähliche Ablösung des Dollar als Reservewährung, damit das Währungssystem nicht von einem Land abhängig bleibt.

Untersucht man die Vorschläge der Wirtschafts»praktiker«, so lassen sich darunter keine Lösungskonzepte für das unlösliche Problem einer kapitalistischen Währungsordnung (ausreichende Liquidität, Stabilität und gleichmäßiges Wachstum) finden. Was bleibt sind Vorschläge für mehr »Flexibilität im Währungssystem«. ¹³¹

In welchem Maße gerade eine übergeordnete Währungsbehörde (eine Art »Weltzentralbank«) nötig wäre, um den konkurrierenden nationalen Kapitalen zur gleichmäßigen Akkumulation zu verhelfen, in welchem Maße aber die unterschiedlichen nationalen Kapitale gerade dies verhindern, zeigt die währungspolitische Reaktion der EWG-Staaten. Sie konnten sich nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Die geplante europäische Währungsunion wird daher vorläufig — in den vorgesehenen Etappen — nicht verwirklicht werden können. Den nationalen Akkumulationsbedingungen gehorchend, praktizieren die EWG-Staaten seit der Wiedereröffnung der Devisenmärkte (23.8.71) vier verschiedene Währungssysteme:

- o Die BRD läßt ihren Kurs frei schwanken (floatet) nach Angebot und Nachfrage,
- o die Benelux haben untereinander die Bandbreite auf 0,75 % verringert und floaten gemeinsam nach außen (sie haben damit den Schiller-Plan verwirklicht),
- o Italien hält die alte Parität bei vergrößerter Bandbreite,
- o Frankreich hat den Devisenmarkt gespalten in
 - a) einen für Handelsgeschäfte, die zum alten Fixkurs abgewickelt werden und in
 - b) einen freien Markt für Finanz- und Reisetransaktionen (dies soll die Parität des Francs unabhängig von Spekulationsgeldern machen). ¹³²

6.6. Reaktionen in den USA

Die Zustimmung der US-Bourgeoisie in der Wirtschaft und im Parlament zu den Maßnahmen der amerikanischen Regierung war breit: »Während die deutsche Wirtschaft trauerte, jubilierten die Bosse in den Vereinigten Staaten«, so der »Spiegel«. ¹³³

Die bürgerlichen Volkswirtschaftler stimmten mit ein, so auch der Nobelpreisträger Paul A. Samuelson.

6.6.1. Auswirkungen für die nationale Wirtschaftspolitik

In den Jubel mischten sich aber auch Stimmen, die den Erfolg der Maßnahmen kritisch beurteilen, so Carl Landauer, emeritierter Professor für Wirtschaftswissenschaften. ¹³⁴

Ersieht in dem auch wahltaktischen Programm des Präsidenten, das dieser »mit ziemlich bedeutungslosen Phrasen«, z. B. gegen die »Spekulanten« schmückte, wegen der Konzessionen an verschiedene Gruppen kaum Erfolgchancen. Der Lohn-Preisstopp und damit die »Aufhebung des Streikrechts, die nicht unbedingt notwendig war und deren Legalität zweifelhaft zu sein scheint«, bringt für »die Gewerkschaften und ihre Mitglieder, die — oft unter schweren Opfern — für Lohnerhöhungen gekämpft haben« das Ergebnis, daß die Lohnerhöhungen zumindest vorläufig ausgesetzt werden. Soweit die Preise von Erzeugnissen mitbestimmt sind von Importwaren, die der 10%igen Steuer unterliegen, wird dies auch auf die Verbraucherpreise durchschlagen, d. h. die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft werden sich bei gleichbleibendem Einkommen erhöhen.

»Inflation ist zwar ein großes Übel, aber Arbeitslosigkeit ist schlimmer.« Das Nixon-Programm will die Inflation bekämpfen und nimmt dafür weiter Arbeitslosigkeit hin. »Minister Conally betrachtet heute eine 4%ige Arbeitslosigkeit als Zielgröße, eine Größe allerdings, die in den letzten 25 Jahren mit Ausnahme der Kriegszeit nie erreicht worden ist. Daher scheint er 4,5 % als bestes und befriedigendes Ergebnis zu akzeptieren.« Die Steuersenkungen werden den Verbrauch kaum wesentlich steigern. Die Einführung von Mindesteinkommen ist verschoben worden. Angestellte des Bundes werden entlassen. Investitionsanreize bei ohnehin nicht ausgelasteten Kapazitäten werden kaum die gewünschte Wirkung erzielen.

Der Marktmechanismus hat in den USA versagt, deshalb müsse der Staat »untragbare Ergebnisse durch Staatsinterventionen« korrigieren.

6.6.2. Auswirkungen auf die internationale Stellung der USA

Die amerikanische Importsteuer richtet sich hauptsächlich gegen Japan und Westeuropa, die von der Steuer am stärksten betroffen sind. Nachstehende Raten geben den Anteil der Exporte verschiedener Länder an, die von der amerikanischen Importsteuer betroffen werden:¹³⁵

80 %	aller	Importe	aus	der	EWG,
72 %	''	''	''	''	Großbritannien,
92 %	''	''	''	''	der BRD,
86 %	''	''	''	''	Italien,
84 %	''	''	''	''	Belgien, Luxemburg,
83 %	''	''	''	''	Frankreich,
75 %	''	''	''	''	den Niederlanden,
94 %	''	''	''	''	Japan,
95 %	''	''	''	''	Südkorea,
93 %	''	''	''	''	Taiwan,
83 %	''	''	''	''	Hongkong.

Die kostenmäßige Verschlechterung wird allerdings kaum in allen Fällen der 10%igen Importsteuer entsprechen.

Die »Ersatzabwertung« soll die Währungen der »Partner« zur Aufwertung zwingen, um die Wettbewerbsposition der USA zu verbessern. Obwohl nur 4 % des amerikanischen Bruttosozialprodukts exportiert werden, sind doch

einige Branchen stark exportorientiert. So ist in der Bau- und Werkzeugmaschinenindustrie jeder 4., in der Papierindustrie jeder 10., in der Chemieindustrie jeder 8. Arbeitsplatz vom Export abhängig, in der verarbeitenden Industrie sind es 7 % aller Arbeitsplätze. 1/3 der landwirtschaftlichen Anbaufläche wird für den Export bestellt.¹³⁶

Die USA können daher kaum Interesse an Gegenmaßnahmen der Handelskonkurrenten haben.

Eine grundsätzliche Lösung kann aber nur über eine generelle Anpassung der USA an die veränderte Rangfolge in der Stufenleiter der universellen Arbeit erfolgen, d. h. der Dollar muß im Verhältnis zu einzelnen Währungen abgewertet werden.

6.7. Reaktionen verschiedener Länder

Die spanische Zeitung »Arriba« vom 20.8.71¹³⁷ bemerkt richtig, daß die »vielzitierte 'amerikanische Herausforderung' der Vergangenheit angehört... Das wirtschaftspolitische Programm Präsident Nixons ist nicht nur der Beweis für eine vorübergehende Schwäche des Dollar, sondern auch das Eingeständnis einer wirtschaftlichen Notlage der USA.«

Die Antwort auf die Notlage der USA, d. h. die binnenwirtschaftlichen Schwierigkeiten sowie die sich ständig verschlechternde Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt mußte bei den Hauptkonkurrenten der USA je nach den aktuellen Verwertungs- und Akkumulationsbedingungen unterschiedlich ausfallen.

6.7.1. Die BRD

Klaus Dieter Arndt, ehemaliger parlamentarischer Staatssekretär bei Wirtschaftsminister Schiller, erklärte bereits im Juni in einem Hearing des amerikanischen Kongresses zur Währungspolitik: »Der gelehrte Ökonom weiß, daß die Vereinigten Staaten in den Jahren von 1968 bis 1970 ihren Beitrag leisteten, um ihre Wettbewerbsfähigkeit durch die Beschränkung der Binnenachfrage zurückzugewinnen. Es war den USA nicht zumutbar, diese Politik noch stärker zu betreiben. In dieser Situation ließen die USA den Nationen mit aktiven Zahlungsbilanzen die Wahl: eine stärkere Inflation in den kommenden Jahren als in den USA oder neue Wechselkurse. Die BRD entschied sich zu letzterer Möglichkeit¹³⁸.«

Die Freigabe der DM im Mai wurde von der westdeutschen Industrie zunächst gelassen aufgenommen. Im August, als sich der Aufwertungseffekt 8 % näherte, fürchtete die Industrie um ihre Auslandsmärkte.

So Hans Mundorf im Handelsblatt vom 16. 8. 71:

»Immer, wenn der unbekannte Vorsitzende eines unbedeutenden amerikanischen Untersuchungsausschusses das Wort Währungspolitik in den Mund nimmt, verliert jetzt die deutsche Exportwirtschaft Kunden, weil ihre Produkte im Ausland wieder ein paar Prozente teurer werden.« Der Bundesbank gelänge zwar die Umleitung der Dollarströme, aber damit »floate« sie die west-

deutschen Exportpreise nach oben. Hans Mundorf zeigt den »verheimlichten logischen Zwang« der währungspolitischen Maßnahmen der BRD auf: »Sie haben nur dann einen Sinn, wenn sie wirklich zum echten Beschäftigungsrisiko führen und die Geldwertstabilität durch den Konjunkturschock erzwingen... Die brutale Alternative heißt: Stabilität oder Beschäftigung. Und die Bundesregierung scheint sich für das erstere entschieden zu haben... Selbstverständlich wird Bonn diese harte Wahrheit nicht offen aussprechen. Vor allem die Gewerkschaften würden sie nicht vertragen...«

Die Reaktionen der verschiedenen Wirtschaftsverbände in der BRD lassen sich auf den gemeinsamen Nenner bringen:

- o Forderung nach baldiger Neuordnung des Weltwährungssystems,
- o Furcht vor Beeinträchtigung des Welthandels (angesichts der hohen Exportabhängigkeit der BRD).¹³⁹

Im einzelnen ergaben die Stellungnahmen der Industrie auf eine Handelsblatt-Umfrage¹⁴⁰:

- o der »Maschinenbau befürchtet schwerste Einbußen« (7,2 % des Exports gehen in die USA),
- c die Elektroindustrie sieht im »US-Protektionismus« keine Lösung,
- o die »Automobilindustrie hält Entlassungen für unvermeidlich« (36 % des Exports gehen in die USA),
- o die Feinoptik sieht ihren wichtigsten Markt (12,5 % der Ausfuhren) durch Auftragsrückgänge gefährdet,
- o nur die »Chemie sieht sich weniger betroffen«, da nur 5,5 % des Exports in die USA gehen, vielmehr wird gefürchtet, daß sich der Protektionismus allgemein ausbreitet,
- o die Eisen-, Blech- und Metallverarbeitende Industrie: »das Faß läuft über«.

Angesichts der Konjunkturlage in der BRD — das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung spricht von einem »Übergang in eine Phase der Stagnation«¹⁴¹ — mußte die Reaktion der Exportindustrie entsprechend heftig sein. Da laut IFO-Institut nur 2 % des Gesamtumsatzes der westdeutschen Industrie auf US-Exporte entfallen¹⁴², sind wohl die Auswirkungen der neuen Importsteuer relativ gering. Die Zielrichtungen der Klagen ist dahingegen klar: »Von größter Wichtigkeit sei es jetzt, die... Exportwirtschaft nicht noch unter einen zusätzlichen Druck durch unverkraftbare Lohnkosten zu bringen. Jede auf lohnpolitischem Gebiet geübte Rücksicht könne dazu beitragen, die Schwierigkeiten der Exportindustrie zu erleichtern und Tausende von Arbeitsplätzen zu sichern, die sonst auf dem Spiel stünden«. So ein Bericht des Handelsblattes vom 20. / 21.8.1971 über die Ausführungen des Präsidenten der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, O.A. Friedrich, der sich voll hinter den Präsidenten der Bundesbank, Clasen, stellt.

6.7.2. Frankreich

»Frankreich weigert sich, die Wiederherstellung des Gleichgewichtes der amerikanischen Zahlungsbilanz mit einer Verlangsamung seines wirtschaft-

lichen Wachstums oder mit Arbeitslosigkeit in Frankreich zu bezahlen. Eine Aufwertung des Franc hätte sicher antiinflationäre Effekte,... aber die Regierung hat beschlossen im Kampf gegen die Inflation nur interne Mittel zur Anwendung zu bringen«, so Finanzminister Giscard d'Estaing am 5.9.1971¹⁴³.

Bereits am 30. Juni hatte die französische Regierung klar gemacht — anlässlich der bevorstehenden Beratungen der EWG-Finanzminister —, daß weder eine direkte Franc-Aufwertung in Frage käme, noch eine Erweiterung der Bandbreiten, die bei der herrschenden Spekulation gegen den Dollar eine de-facto-Franc-Aufwertung herbeiführen würde.

Eine Aufwertung des Franc würde die Position innerhalb Westeuropas (der französische Export geht zu 2/3 nach Europa, in die BRD 20 %) erheblich schwächen. Der Stand der Klassenkämpfe macht es der Bourgeoisie kaum möglich, die Lohnkosten zu senken.

Die »Süddeutsche Zeitung« vom 27.8.1971 sieht den »Schlüssel für die Hartnäckigkeit, mit der sich Paris jeder noch so geringen Aufwertung des Franc widersetzt: Die zum größten Teil an der untersten Grenze der Rentabilität wirtschaftende französische Industrie könnte eine wesentliche Preiserhöhung ihrer Erzeugnisse auf den Exportmärkten nicht abfangen. Da obendrein das Pariser Wirtschaftsministerium für 1972 mit fortschreitender Stagnation auf den wichtigsten europäischen Ausfuhrmärkten rechnet, steuert Frankreich auf eine schwere Krise zu, falls zusätzliche Belastungen die Ausfuhr hemmen; schon 1 % Rückgang der französischen Ausfuhr gefährdet heute fast 20.000 Arbeitsplätze.«

6.7.3. Die EWG

Die EWG-Staaten konnten sich gemeinsam mit Japan schnell darauf einigen, die amerikanischen Pläne, wonach nur die außeramerikanischen Währungen eine Kurskorrektur vollziehen sollten, abzulehnen. Eine ausschließliche Aufwertung der EWG-Währungen und des Yen bei Beibehaltung der alten Dollar-Parität würde nämlich die Konkurrenzposition der EWG auf dem *gesamten* Weltmarkt verschlechtern. Hingegen brächte eine Abwertung des Dollar ihnen zwar Nachteile im Handel mit den USA, auf dritten Märkten aber nur insofern, als sie dort mit den USA konkurrieren.

Hingegen konnten sich die EWG-Staaten nicht auf den Schiller-Plan (verminderte Bandbreiten innerhalb der EWG, flexible Wechselkurse nach außen) einigen, da dieser der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den EWG-Staaten nicht Rechnung trug. Der Schiller-Plan hätte eine de-facto-Aufwertung aller europäischen Währungen zur Folge gehabt, was zwar den Verschiebungen der Rangpunkte in der Stufenleiter der universellen Arbeit der BENELUX-Staaten, Italiens und der BRD entsprochen hätte, nicht aber der Frankreichs.

Die Verwirklichung des Schiller-Plans hätte außerdem innerhalb des Weltwährungssystems eine weitere Währungszone geschaffen, in der die DM als Leitwährung fungieren würde. Dies wurde von Frankreich abgelehnt, denn, so erklärte Giscard d'Estaing, Frankreich sei nicht bereit, »nach der Vorherrschaft des Dollars die Vorherrschaft der Mark zu akzeptieren.«^{143*}

6.7.4. Japan

Japan hat bei immer engerer Verflechtung mit den USA (Wert der Ex- und Importe 1963 3,3 Milliarden Dollar, 1969 8,4 Milliarden Dollar) seit 1965 einen größeren Aktivsaldo (1965 500 Millionen Dollar, 1969 1,4 Milliarden Dollar) erzielen können¹⁴⁴. Demgegenüber blieben die Möglichkeiten für US-Kapitalanlagen in Japan weiter beschränkt. Demgemäß richteten sich die Nixon-Maßnahmen auch gegen Japan, das sich weigert, den Yen aufzuwerten. Ein Drittel der japanischen Ausfuhr, das sind 3 % des Bruttosozialprodukts, gehen in die USA¹⁴⁵, so daß jede Verlangsamung der Exporte in die USA konjunkturdämpfend wirken muß.

Die japanische Binnenkonjunktur hatte sich im Juni wieder leicht erholt, aber die unausgenutzten Produktionskapazitäten führten nur zu geringen Investitionen in der verarbeitenden Industrie (Zuwachs von 2,3 %). Infolge der US-Maßnahmen wird sich der Export in die USA nach japanischen Schätzungen um 1,2 Milliarden Dollar verringern. Das reale Wirtschaftswachstum wird daher voraussichtlich nur noch 8 % betragen. Da verschiedene Programme zur Steigerung der öffentlichen Ausgaben verabschiedet wurden und der Diskontsatz gesenkt wurde, wird sich das Ziel der »kontrollierten Inflation« von 5,5 % im laufenden Jahr kaum noch erreichen lassen. Der stark ungleichgewichtige Handel (Exportzuwachs 24,5 %, Importzuwachs 8,7 %) im ersten Halbjahr 1971 dürfte die Inflation weiter verschärfen.¹⁴⁶

Wie wir oben gesehen haben, betreibt Japan seit Jahren eine extrem nationalistische Handelspolitik; seine Reaktion auf die Nixon-Maßnahmen war deshalb zunächst eine ablehnende, obwohl sich Japans Position in der Stufenleiter der universellen Arbeit am meisten verbessert hat und deshalb eine hohe Aufwertung seiner Währung vornehmen müßte. Diese nationalistische Reaktion wurde — ebenso wie in der BRD — durch die augenblickliche konjunkturelle Situation Japans verstärkt. Erst der starke Druck der USA ließ auch den Dachverband der japanischen Wirtschaftsverbände, Kaidanren, einsehen, daß eine Aufwertung des Yen unumgänglich sei.

6.8. Notwendigkeit der Anpassung der Wechselkurse

Seit 1948 haben die wichtigsten kapitalistischen Länder immer wieder Kurskorrekturen vorgenommen. (Mit Ausnahme des Dollar und des Yen; die Parität des Schweizer Franken wurde erstmals am 10. 5. 1971 um plus 7,1 % verändert.)¹⁴⁷ Darin drückt sich eine, wenn auch durch verschiedene Umstände modifizierte Anpassung an die Stufenleiter der universellen Arbeit aus.

Wird diese Anpassung durch entsprechende Wechselkurskorrekturen nicht vollzogen, so kann sie durch Druck über »Handelskriege« von den Konkurrenten erzwungen werden oder sie wird über den Geldmengen-Preis-Mechanismus gegen die Wünsche der nationalen Kapitale hergestellt. Ist eine Währung zum Beispiel unterbewertet, werden die Exporte steigen und die Importe schrumpfen.

Die Exportüberschüsse haben über die kombinierte Wirkung von Liquiditäts- (Geldmengen-Preis-Mechanismus) und Nachfrageeffekt eine Entwertung der nationalen Währung zur Folge (importierte Inflation), die den Ex-

portwaren auf dem Weltmarkt einen höheren Preisausdruck verleiht und damit die Konkurrenzposition verschlechtert.

Ergibt sich die Unterbewertung der Währung aus der höheren Inflationsrate der Handelskonkurrenten, dann steigt der Preisausdruck der Importe, was ebenfalls die Inflation verstärkt; die inländischen Konkurrenten können aufgrund der höheren Importpreise ihre Preise ebenfalls erhöhen. (Die importierte Inflation spielte insbesondere für die BRD in den 60er Jahren eine Rolle).

Ist eine Währung überbewertet, so werden die Exporte auf Grund des zu hohen Preisausdruckes sinken, die Importe dagegen rasch steigen. Die Folge ist ein ständiger Devisenabfluß über die negative Handelsbilanz. Die daraus folgenden rezessiven und deflatorischen Tendenzen werden den Preisausdruck der Exportwaren senken und so die Wettbewerbsnachteile beseitigen.

Für die aktuelle Situation läßt sich sagen, daß *Japan*, *Italien* und die *BRD* aufgrund ihrer hohen Produktivitätsentwicklung und der relativ geringen Inflationsrate ihre Währungen aufwerten müssen, wenn sie nicht den Ausgleich über die importierte Inflation sich vollziehen lassen wollen. Die Ergebnisse der DM-Aufwertung im Okt. 1969 haben gezeigt, daß auch direkt danach die »Anpassungsinflation« sich noch fortsetzte, d.h. der Aufwertungssatz zu gering war.

In einer Untersuchung über die »Exportwirkungen der DM-Aufwertung von 1969« stellt Josef Molsberger¹⁴⁸ fest, daß zwar branchenspezifisch unterschiedlich und je nach Konjunkturverlauf im Ausland verschieden die Aufwertung im wesentlichen auf die ausländischen Käufer überwältigt werden konnte.

Die relativ günstige Produktivitätsentwicklung in *Frankreich* wird durch eine entsprechend hohe Inflationsrate kompensiert. Die Haltung der französischen Regierung, den Franc nicht aufzuwerten, da der Wechselkurs der internationalen Wettbewerbssituation entspricht scheint den Rangpunkt in der Stufenleiter der universellen Arbeit richtig zu treffen.

Für *Großbritannien* und die *USA* ergibt sich aus der geringen Produktivitätssteigerung und der hohen Inflationsrate eine Abwertung. Wenn die westeuropäischen Währungen und die japanische aufwerten, dann wird voraussichtlich keine britische Abwertung zur Anpassung notwendig sein.

7. Reformpläne und Tendenzen zur Neuordnung des Weltwährungssystems

Die Diskussionen um eine Neuordnung des Währungssystems setzen im wesentlichen an der fundamentalen Schwäche des Systems von Bretton Woods an, die darin besteht, daß nationales Geld als Weltgeld fungiert.

Wie oben gezeigt, ist die internationale Liquidität im System von Bretton Woods entscheidend von der Zahlungsbilanz-Situation der Leitwährungs-länder, insbesondere der USA, abhängig. Zahlungsbilanzüberschüsse des Leitwährungslandes verknappen die internationale Liquidität, was nach Meinung einiger bürgerlicher Reformpläne Deflationsgefahren für die Weltwirtschaft mit sich bringt; Zahlungsbilanzdefizite des Leitwährungslandes wie sie für die USA seit Beginn der 60'er Jahre zu konstatieren sind, dehnen die internationale Liquidität aus, worauf andere bürgerliche Reformpläne die internationale Inflation des letzten Jahrzehnts zurückführen wollen.

Die Vorschläge zur Behebung dieses Mangels des Bretton-Woods-Systems lassen sich weitgehend in drei Positionen unterscheiden:

7.1. Rückkehr zum reinen Goldstandard

Jacques Rueff, Albert Hahn, Michael A. Heilperin u. a. fordern die Rückkehr zum System der reinen Goldwährung, das allein eine stabile, inflationsfreie Weltwährungsordnung garantieren könne: »Die wesentlichen Elemente einer solchen Währungsreform können in nachstehenden drei Punkten zusammengefaßt werden: Erstens: Die Garantie uneingeschränkter Freiheit der internationalen Zahlungen, das heißt ohne Kontrollen oder Gefahren einer Devisenbewirtschaftung. Zweitens: Feste Wechselkurse, so daß Geschäftsleute ihre Handels- und Investierungsprogramme im voraus planen können, ohne befürchten zu müssen, daß ihre Währung plötzlich an Wert verliert. Drittens: Die rasche Wiederherstellung des Gleichgewichtes der Zahlungsbilanzen jedes Landes damit nicht einige von ihnen ständig an chronischen Defiziten leiden, während andere Überschüsse erzielen, womit sie sich selber und andere in eine heikle Lage bringen.

Meine Behauptung geht dahin, daß diese Bedingungen für eine neue Ordnung nur durch die Wiedereinführung des Goldstandards in seiner bewährten klassischen Form mit bedingungsloser Einlösung der Währungen in Gold im In- und Ausland und mit der Einrichtung internationaler, auf Gold und nur auf Gold lautenden Konten erfüllt werden können.«¹⁴⁹

Wenn auch die Rückkehr zur reinen Goldwährung den entscheidenden Strukturangel des Bretton-Woods-Systems beheben könnte, der darin besteht, daß nationales Geld als Weltgeld fungiert, so geht doch aus den oben

ausgeführten theoretischen Überlegungen hervor (4.5.1), daß die Rückkehr zur reinen Goldwährung unrealistisch ist, weil sie:

- A. nur eine äußerst brüchige Bewegungsform für die Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt bietet und
- B. den Verzicht der Nationalstaaten auf eigenständige Wirtschaftspolitik fordert, denn im System der Goldwährungen vollzieht sich die Anpassung an die Stufenleiter der universellen Arbeit nur über den internationalen Geldmengen-Preis-Mechanismus, nicht über die Veränderung der Wechselkurse.

7.2. Flexible Wechselkurse

Die zweite Position sieht die Lösung der Schwierigkeiten des gegenwärtigen Weltwährungssystems in der Einführung flexibler Wechselkurse. Dieses System hat nach Meinung seiner Vertreter den Vorzug, daß es keine Anhäufung von Devisenreserven ermöglicht und damit die Folgen des besonderen Struktur Mangels des Systems von Bretton Woods beseitigt.

Wie aber im Zusammenhang der Diskussion über den Wechselkursmechanismus (4.5.2) gezeigt wurde, stellt auch das System flexibler Wechselkurse keine adäquate Bewegungsform des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt dar und hat somit keine Chance auf Realisierung.

7.3. Verfeinerung des Bretton-Woods-Systems

Eine Reihe weiterer Vorschläge zielen nicht auf eine generelle Beseitigung des Systems von Bretton Woods ab, sie intendieren vielmehr, die Flexibilität des Systems selber zu verbessern. Über die Schaffung von SZR oder sogenannten Bancor, einem neutralen Weltgeld, oder über eine partielle Zentralisierung der Gold- und Devisenreserven der Nationalstaaten sollen der internationalen Zirkulation neue Liquiditätsquellen erschlossen werden. Der Kredit spielraum des internationalen Währungsfonds soll erweitert werden.

All diesen Reformvorschlägen des Weltwährungssystems ist gemein, daß sie die periodisch auftretenden Währungskrisen nicht als Ausdruck der Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt begreifen, d. h. die periodisch notwendig werdenden Wechselkursänderungen nicht aus der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen und damit aus den Positionsverschiebungen in der Stufenleiter der universellen Arbeit erklären; vielmehr führen sie die Währungskrisen auf die bekannten strukturellen Mängel des Bretton-Woods-Systems zurück. Eine der wesentlichen Thesen dieser Arbeit besteht gerade darin, die Währungskrisen Ende der 60'er Jahre und die Krise 1971 nicht allein aus der Weltgeldfunktion des Dollars abzuleiten, sondern im wesentlichen aus der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den USA, Westeuropa und Japan zu begreifen. So ist die aktuelle Dollar-Krise vor allem auf die geringeren Zuwächse der Produktivität der Arbeit in den USA im Vergleich zur EWG und zu Japan zurückzuführen.

Dieser Erklärung widerspricht nicht die Tatsache, daß die gegenwärtige Krise durch die Funktion des Dollar als Leitwährung verschärft wird, denn

die jahrelangen chronischen Zahlungsbilanzdefizite der USA haben sie dazu gezwungen, die Eintauschbarkeit der ausländischen Dollarguthaben in Gold aufzukündigen.

Wir sehen also die Währungskrisen des Systems von Bretton Woods im wesentlichen in der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den nationalen Kapitalen begründet, die allerdings die Strukturmängel des Systems dann zur Erscheinung bringt und damit die Krisen verschärft, wenn sie sich gegen das Leitwährungsland selber wendet.

7.4. Perspektiven des Weltwährungssystems

Die Stellung des Dollars im Bretton-Woods-System ist Resultat der ökonomischen Vormachtsstellung der USA nach dem 2. Weltkrieg. Die Mängel, die sich aus der Funktion des Dollars als Leitwährung ergeben, werden solange durch Formen internationaler Kooperation behoben, wie sich die ungleichmäßige Entwicklung nicht gegen das Leitwährungsland richtet, weil erstens alle wichtigen kapitalistischen Industrieländer ein vitales Interesse an der Aufrechterhaltung des Welthandels haben, zweitens die USA die Rolle des Weltpolizisten stellvertretend für das gesamte kapitalistische Lager nur über ihre Position als Leitwährungsland wahrnehmen können und drittens zur Zeit noch kein anderes kapitalistisches Land die ökonomische Macht hat, die Rolle des Dollars als Leitwährung zu ersetzen.

Solche Formen der internationalen Kooperation, die den Dollar als Leitwährung absichern, sind in der Arbeit des Goldpools, der Spaltung des Goldmarktes im März 1968, den Swap-Abkommen der USA mit einigen westeuropäischen Zentralbanken und in der Garantie der westeuropäischen Länder und Japans, mit Ausnahme Frankreichs, zu sehen, ihre Dollarguthaben nicht in Gold einzulösen.

Da jedoch die Leitwährungsfunktion des Dollars für Westeuropa und Japan mit ökonomischen Nachteilen verbunden ist (unbegrenzte Möglichkeit zu amerikanischen Direktinvestitionen in Westeuropa und Japan), ist aufgrund der von uns analysierten ungleichmäßigen Entwicklung zwischen diesen drei Regionen zu erwarten, daß Westeuropa und Japan die Stellung des Dollar zurückdrängen werden, wenn sich ihre ökonomische Position im Vergleich zu den USA weiterhin festigen wird. Die Zurückdrängung des Dollar als Weltgeld kann sich in zweifacher Weise vollziehen:

- A. Westeuropa und Japan können im IWF daraufhin arbeiten, die SZR als neutrales Weltgeld auszubauen,
- B. eine zweite Möglichkeit besteht darin, daß nach dem Zustandekommen einer Wirtschafts- und Währungsunion innerhalb der EWG die Europa-Währung und der Yen als zusätzliches Weltgeld neben dem Dollar in der internationalen Zirkulation fungieren.

Die Beurteilung der Frage, welche dieser beiden Tendenzen sich historisch durchsetzen wird, hängt davon ab, inwieweit überhaupt das allgemeine Äquivalent in seiner Naturalform, dem Golde, durch international neutrale Wertzeichen repräsentiert werden kann. Die Schaffung eines internationalen und

neutralen Wertzeichens setzt den Ausbau des internationalen Währungs-fonds zu einer Weltzentralbank voraus. Diese Superzentralbank müßte die Vollmacht haben, die internationale Liquidität steuern und damit den nationalen Konjunkturzyklus der Einzelstaaten beeinflussen zu können. Eine Superzentralbank, die eine überstaatliche Wirtschaftspolitik betreiben müßte, wäre von der Interessenidentität der nationalen Kapitale abhängig, die auf Grund der ungleichmäßigen Entwicklung und des unterschiedlichen Standes der Klassenauseinandersetzungen in den einzelnen Ländern permanent durchbrochen wird. Solange nationale Kapitale existieren, kann folglich das allgemeine Äquivalent auf dem Weltmarkt nur durch nationale Wertzeichen repräsentiert werden.

Ist somit deutlich, daß die SZR niemals soweit ausgebaut werden könnten, daß sie die Funktion des Wertzeichens und damit auch die Funktion des Maßes der internationalen Werte und des internationalen Maßstabes der Preise übernehmen können, so bleibt zu fragen, ob sie die übrigen Weltgeldfunktionen, nämlich Zahlungsmittel- und Reservemittel zu sein, wahrnehmen können. Die bisherigen Erfahrungen mit der Tätigkeit des internationalen Währungsfonds lassen darauf schließen, daß die Interessenabstimmung zwischen den nationalen Kapitalen insoweit funktioniert, als sie zur Aufrechterhaltung der internationalen Zirkulation notwendig ist. Daraus kann abgeleitet werden, daß die SZR in ihrer Funktion, Basis für Zahlungsbilanzüberbrückungskredite zu sein, d. h. die Funktion des Zahlungs- und Reservemittels wahrzunehmen, ausgebaut werden können.

Die Schaffung der SZR als neutrales Weltgeld dürfte damit in der partiellen Wahrnehmung der Funktionen des Geldes als Zahlungs- und Reservemittel ihre Grenzen finden.

Sind diese Überlegungen richtig, dann dürfte langfristig zu erwarten sein, daß Westeuropa und Japan den Dollar als Weltgeld dadurch zurückdrängen werden, daß sie ihre Währungen selber zu Leitwährungen machen. Für die Formen der Währungskrisen hätte diese Tendenz zur Folge, daß zwar die strukturellen Mängel des Bretton-Woods-Systems jeweils dann in Erscheinung treten, wenn sich die ungleichmäßige Entwicklung gegen eines der Leitwährungsländer wendet; insgesamt wird allerdings die Verschärfung der aus der ungleichmäßigen Entwicklung resultierenden Krisen durch die Strukturmängel des Systems selber nicht die krasse Form annehmen, wie zur Zeit, wo das System von einer einzigen Leitwährung abhängig ist.

Zusammenfassend läßt sich über die Weltwährungskrisen sagen:

Solange die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise existieren, die sich auf dem Weltmarkt unter anderem in der ungleichmäßigen Entwicklung manifestieren, werden Krisen jede Form des Weltwährungssystems erschüttern, weil diese die Bewegungsform des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt darstellen. Allerdings können die verschiedenen Formen der Weltwährungsordnung mehr oder minder adäquate Bewegungsformen des Wertgesetzes sein. Während die reine Goldwährung und das System flexibler Wechselkurse den Vorteil bieten, nicht in dem Maße von der Zahlungsbilanz-Entwicklung eines Leitwährungslandes abhängig zu sein, wie das Bretton-Woods-System, so bilden sie dennoch keine adäquate Bewegungsform für

das Wertgesetz auf dem Weltmarkt. Das System von Bretton Woods stellt unserer Meinung nach — trotz seiner strukturellen Mängel — die adäquateste Bewegungsform des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt dar, weil es mit seinen festen Wechselkursen und deren periodischen Korrekturen die Stufenleiter der universellen Arbeit am korrektesten abbildet.

Anmerkungen

- ¹ Karl Marx, Das Kapital, Band 1, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Band 23, S. 167.
Im folgenden werden Zitate aus dem Kapital nur noch mit MEW... angegeben.
- ² MEW 23, S. 618
- ³ MEW 23, S. 621
- ⁴ MEW 23, S. 589
- ⁵ MEW 26.2., S. 510
- ⁶ Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, (Im folgenden »Grundrisse«), Berlin 1953, S. 311
- ⁷ Grundrisse, S. 312
- ⁸ Grundrisse, S. 322
- ⁹ Vergleiche dazu MEW 26.2., S. 528
- ¹⁰ MEW 25, S. 501
- ¹¹ Grundrisse, S. 316 f. Siehe auch MEW 26.2., S. 532
- ¹² MEW 25, S. 254 f.
- ¹³ MEW 25, S. 276 f.
- ¹⁴ Grundrisse, S. 311
- ¹⁵ MEW 26.2., S. 525
- ¹⁶ MEW 26.2., S. 510
- ¹⁷ MEW 23, S. 53
- ¹⁸ Karl Marx, Brief an Kugelmann, in: Karl Marx, Friedrich Engels, »Briefe über 'Das Kapital'«, Berlin 1954, S. 185
- ¹⁹ MEW 26.2., S. 516ff
- ²⁰ Ernest Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt/M., 1968, passim,
Paul M. Sweezy, Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Köln 1959, passim
- ²¹ Friedrich Engels, Vorrede zu Karl Marx 'Elend der Philosophie', zitiert nach Roman Rosdolsky, Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen 'Kapital', Band I, S. 117
- ²² MEW 23, S. 336
- ²³ MEW 23, S. 337
- ²⁴ MEW 25, S. 195

- ²⁵ MEW 26.2., S. 263
- ²⁶ MEW 26.2., S. 260
- ²⁷ MEW 23, S. 117
- ²⁸ Vergleiche Roman Rosdolsky's Auseinandersetzung mit Grigorovici, in: Rosdolsky, a. a. O. S. 116 ff
- ²⁹ MEW 23, S. 584 f
- ³⁰ Gunther Kohlmey, Karl Marx' Theorie von den internationalen Werten, in: Probleme der Politischen Ökonomie, Band 5, S. 44
- ³¹ MEW 23, S. 584
- ³² Kohlmey, ebda
- ³³ Kohlmey, a. a. O., S. 45
- ³⁴ MEW 25, S. 222 f
- ³⁵ In den neueren Beiträgen zur Imperialismustheorie versuchen die Franzosen A. Emmanuel und S. Amin die Phänomene der Unterentwicklung aus einer Theorie des ungleichen Tausches auf dem Weltmarkt abzuleiten. Sie gehen dabei fälschlicherweise von der Annahme aus, daß sich schon eine allgemeine Profitrate auf dem Weltmarkt herausgebildet habe und damit über die Weltproduktionspreise ein permanenter Werttransfer von der Dritten Welt in die Industrieländer stattfinde. Überdies vernachlässigen die genannten Autoren das Problem der Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt völlig, woraus allein der ungleiche Tausch auf dem Weltmarkt und der begrenzte Akkumulationsprozeß des Kapitals in den unterentwickelten Ländern abgeleitet werden kann. Vergleiche dazu S. Amin, Der internationale Handel und die internationalen Kapitalbewegungen, in: Derselbe, Neuere Beiträge zur Imperialismustheorie, Band I, München 1971; ferner Busch/Schöller/Seelow, Diskussionsbeitrag zur ungleichmäßigen Entwicklung auf dem Weltmarkt, Berlin 1971, unveröffentlichtes Manuskript.
- ³⁶ MEW 25, S. 247 f
- ³⁷ Vergleiche dazu: Ernest Mandel, Die Marxsche Theorie der ursprünglichen Akkumulation und die Industrialisierung der Dritten Welt, in: Folgen einer Theorie. Essays über »Das Kapital« von Karl Marx, Frankfurt 1967, S. 83 f
- ³⁸ MEW 26.3., S. 101
- ³⁹ Grundrisse, S. 755
- ⁴⁰ MEW 13, S. 36
- ⁴¹ MEW 23, S. 102
- ⁴² MEW 23, S. 128
- ⁴³ MEW 23, S. 109
- ⁴⁴ MEW 23, S. 113

- 45 MEW 23, S. 77
- 46 MEW 23, S. 143
- 47 MEW 23, S. 144
- 48 MEW 23, S. 150
- 49 MEW 23, S. 138
- 50 MEW 23, S. 156
- 51 MEW 23, S. 157
- 52 Erich Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie. I. Teil Theorie des Wirtschaftskreislaufs, Tübingen 1947, S. 81 f
- 53 Schneider, a. a. O., S. 93
- 54 Quelle: Jahresbericht der Deutschen Bundesbank 1970, S. 87
- 55 Klaus Rose, Theorie der Außenwirtschaft, Fritz Vahlen-Verlag 1970, S. 42
- 56 Rose, a. a. O., S. 46
- 57 Alfred Kruse, Außenwirtschaftspolitik, Berlin 1965, S. 279
- 58 Kruse, a. a. O., S. 284
- 59 Rose, a. a. O., S. 94
- 60 Kruse, a. a. O., S. 278
- 61 Zum Schwanken der Währungsparitäten zwischen den sogenannten Goldpunkten vergleiche Rose und Kruse an den angeführten Stellen.
- 62 Artikel 4, Absatz 1 des Abkommens von Bretton Woods. Soweit nicht anders angegeben, sind alle Angaben über das System von Bretton Woods aus: Carl Hudeczek: Das internationale Währungssystem — Mängel und Reformen, Ffm 1969
- 63 Kruse, a. a. O., S. 220
- 64 MEW 23, S. 138
- 65 MEW 23, S. 137
- 66 MEW 23, S. 141 f
- 67 Quelle: Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Band 37, Berlin 1967, S. 19 und S. 21
- 68 Kuczynski, a.a.O., S. 45, S. 47
- 69 Ernest Mandel, Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika, Frankfurt/M. 1968, S. 7
- 70 Mandel, a. a. O., S. 6
- 71 Eugen Varga, Der englisch-amerikanische Gegensatz im zweiten imperialistischen Krieg, in: Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, Frankfurt/M. 1969, S. 406
- 72 Varga, a. a. O., S. 408

- ⁷³ A. W. Kirsanow, Die USA und Westeuropa, Berlin 1968, S. 22
- ⁷⁴ Quelle: Kirsanow, a. a. O., S. 87
- ⁷⁵ Kirsanow, a. a. O., S. 92
- ⁷⁶ Kirsanow, a. a. O., S. 96
- ⁷⁷ Kirsanow, a. a. O., S. 45
- ⁷⁸ Kirsanow, a. a. O., S. 47
- ⁷⁹ J.-J. Servan-Schreiber, Die amerikanische Herausforderung, Hamburg 1970, S. 48
- ⁸⁰ Servan-Schreiber, a. a. O., S. 52 f
- ⁸¹ M. R. Sachmatowa, Die Expansion des USA-Privatkapitals nach Westeuropa, Berlin 1968, S. 110
- ⁸² Sachmatowa, a. a. O., S. 134
- ⁸³ Sachmatowa, a. a. O., S. 132 f
- ⁸⁴ Angaben aus Sachmatowa, a. a. O., S. 135 ff
- ⁸⁵ Kirsanow, a. a. O., S. 172 f
- ⁸⁶ Katja Nehls, Kapitalexport und Kapitalverflechtung, Frankfurt/Main 1970, S. 94 ff
- ⁸⁷ Hakan Hedberg, Die japanische Herausforderung, Hamburg 1970, S. 221
- ⁸⁸ Hedberg, a. a. O., S. 223
- ⁸⁹ Der Spiegel, Nr. 29, 12.7.1971, S. 72
- ⁹⁰ Autorenkollektiv, Der Imperialismus der BRD, Berlin 1971, S. 415
- ⁹¹ Der Spiegel, a. a. O., S. 76
- ⁹² Hedberg, a. a. O., S. 88 f
- ⁹³ Der Spiegel, a. a. O., S. 75
- ⁹⁴ »Ein amerikanischer Rationalisierungsingenieur in einer im schwedischen Besitz befindlichen Fabrik in Kobe studierte mit höchstem Erstaunen die Arbeitsleitung des Personals. Das Ergebnis war ein »Schweißindex«: Wenn der internationale Durchschnittswert bei 100 liegt, hat der Amerikaner ein »Input« oder eine Arbeitsintensität von 70, der Japaner 130...«, aus: Hedberg, a. a. O., S. 28
- ⁹⁵ Hedberg, a. a. O., S. 177
- ⁹⁶ Der Spiegel, a. a. O., S. 77
- ⁹⁷ Hedberg, a. a. O., S. 127
- ⁹⁸ Quelle: Jahresgutachten 1970 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bonn 1970, S. 176/177
- ⁹⁹ Autorenkollektiv, a. a. O., S. 413

- ¹⁰⁰ Autorenkollektiv, a. a. O., S. 415
- ¹⁰¹ Kirsanow, a. a. O., S. 209f
- ¹⁰² Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Brüssel 1970, S. 6
- ¹⁰³ Quelle: vergleiche Fußnote 98
- ¹⁰⁴ Berechnet nach dem »Statistical Yearbook of the United Nations«, 1969, Tabellen »World Trade by regions and countries«, S. 370 ff und dem Statistischen Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1970, S. 75
- ¹⁰⁵ Hans-Eckart Scharrer, in: Wirtschaftsdienst, 1971, IX, S. 470 ff. (Wirtschaftsdienst fortan zitiert mit WD)
- ¹⁰⁶ Der Spiegel, Nr. 35, 1971, S. 27
- ¹⁰⁷ Quelle: Handelsblatt vom 18.8.1971, S. 13
- ¹⁰⁸ WD, 1968, VIII, S. 438 ff
- ¹⁰⁹ Statistische Beihefte zum Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom Okt. 1971, Tabelle 19
- ¹¹⁰ Quelle: Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1971, S. 34
- ¹¹¹ Scharrer, WD, 1968, VIII, S. 438 ff
- ¹¹² Magdoff, Harry, Das Zeitalter des Imperialismus, Ffm. 1970, S. 93
- ¹¹³ Magdoff, a. a. O., S. 94
- ¹¹⁴ Magdoff, a. a. O., S. 78
- ¹¹⁵ Diese Entwicklung wird aus der Tabelle über die Grunddaten der amerikanischen Zahlungsbilanz (Posten 4. Veränderungen der kurzfristigen Auslandsposition der amerikanischen Geschäftsbanken) deutlich, wenn man das Jahr 1969 mit dem Jahr 1970 vergleicht.
- ¹¹⁶ Soweit nicht gesondert vermerkt, sind alle Angaben aus dem Handelsblatt (HB) vom 23./24. 7. 1971
- ¹¹⁷ HB vom 17. 8. 1971, S. 2
- ¹¹⁸ WD 1971, IX, S. 467
- ¹¹⁹ WD 1971, IX, S. 468
- ¹²⁰ HB Nr. 141, 1971
- ¹²¹ HB Nr. 156, 1971, S. 2
- ¹²² HB Nr. 161, 1971, S. 3
- ¹²³ ebda
- ¹²⁴ Deutscher Wortlaut der Rede, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 64 vom 17.8.1971
- ¹²⁵ Unterstreichungen von Busch/Schöllner/Seelow

¹⁷⁶ Die Grenzen des kapitalistischen Systems werden auch den bürgerlichen Ökonomen immer wieder bewußt, wenn sie die Unmöglichkeit beklagen, im Rahmen der Marktwirtschaft die Ziele Vollbeschäftigung, Preisstabilität und Wachstum gleichzeitig zu erreichen. Die erschwerten Verwertungsbedingungen des Kapitals (in vielen Nationen »Stagflation«, d.h. hohe Arbeitslosigkeit, hohe Inflation und geringes wirtschaftliches Wachstum) lassen sich auch am verstärkten »Neo-Dirigismus« seit dem Herbst 1970 ablesen. So führten ein

- o Preisstopp und Preiskontrollen: Schweden, Norwegen, Island, Dänemark, Luxemburg, Irland
- o Preiskontrollen: Belgien, Irland, Finnland, Niederlande, Frankreich, Großbritannien,
- o Ergänzung durch Lohnstopps gibt es in: Norwegen, Dänemark, Finnland, Irland und den Niederlanden.

In den USA hat die Regierung mit dem Taft-Hartley-Gesetz die Möglichkeit, Streiks für 80 Tage zu verbieten. Bereits 1962 veröffentlichte der Council of Economic Advisors Richtlinien für Preis- und Lohnerhöhungen, an die sich Gewerkschaften und Unternehmer bis zum Sommer 1966 hielten. Die wachsende Inflation unter Präsident Johnson ließ die Richtlinien endgültig illusionär werden. Nixon verkündete bei Amtsantritt noch einmal die Ablehnung von Lohn- und Preiskontrollen, wurde aber durch die ökonomische Entwicklung gezwungen, die liberale Ideologie seiner Wirtschaftspolitik über Bord zu werfen.

¹²⁷ Der Spiegel, Nr. 35, 1971, S. 25

¹²⁸ HB, Nr. 156, S. 11, 1971

¹²⁹ HB, Nr. 258, 1971, S. 2

¹³⁰ HB, Nr. 163, 1971, S. 17

¹³¹ So der Titel eines Leitartikels von Otto G. Mayer im WD, 1971, IX, S. 440

¹³² Die Spaltung der französischen Währung in Handelsfranc mit fester Parität und Finanzfranc mit flexibler Parität bestätigt unsere These, daß nur die in der Handelsbilanz erfaßten ökonomischen Transaktionen adäquater Ausdruck der Stufenleiter der universellen Arbeit sind. Frankreich, dessen Rangpunkt sich in der Stufenleiter der universellen Arbeit nicht verschoben hat, kann sich keinen allgemeinen flexiblen Wechselkurs seiner Währung leisten, weil die ökonomischen Bewegungen, die in der Kapital-Verkehrsbilanz erfaßt werden, den Franc nach oben floaten würden.

¹³³ Der Spiegel, Nr. 35, 1971, S. 24

¹³⁴ WD, 1971, IX, S. 463 ff

¹³⁵ WD, 1971, IX, S. 469

^{135*} Quelle: HB, Nr. 164, S. 4

¹³⁶ WD, 1971, II, S. 72

¹³⁷ Abgedruckt in WD 1971, IX, S. 444

¹³⁸ HB vom 26.6.1971, S. 23

- ¹³⁹ HB Nr. 156, 1971, S. 2
- ¹⁴⁰ HB Nr. 156, 1971, S. 5
- ¹⁴¹ HB Nr. 143, v. 29.7.1971, S. 2
- ¹⁴² HB Nr. 165, v. 30.8.1971, S. 1
- ¹⁴³ HB Nr. 170, v. 5.9.1971, S. 17
- ^{143*} Der Spiegel, Nr. 35, 1971
- ¹⁴⁴ Wirtschaftsdienst 1971, IX, S. 70
- ¹⁴⁵ WD 1971, IX, S. 479
- ¹⁴⁶ Alle Angaben aus HB Nr. 161, v. 24.8.1971, S. 1
- ¹⁴⁷ Statistische Beihefte zum Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom Okt. 1971, Tabelle 19
- ¹⁴⁸ WD 1971, IX, S. 483 ff
- ¹⁴⁹ Michael A. Heilperin, Zurück zum Goldstandard, in: Albert Hunold, Inflation und Weltwährungsordnung, Stgt. 1963, S. 48
- ¹⁵⁰ Vgl. Elmar Altvater, Die Weltwährungskrise, Ffm. 1969, S. 120 ff

